



# Plenarprotokoll

## 6. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 8. Juni 2000

<b>Reform des Föderalismus</b> .....	323	<b>Videüberwachung in öffentlichen Räumen zum Zwecke der Gefahrenabwehr und der Kriminalitätsbekämpfung</b> .....	343
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/128		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/137 (neu)	
Martin Kayenburg [CDU] .....	323	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ursula Kähler [SPD] .....	326	Drucksache 15/154	
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	327	Dr. Johann Wadephul [CDU] .....	343
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	328	Klaus-Peter Puls [SPD] .....	346
Anke Spoorendonk [SSW].....	329	Günther Hildebrand [F.D.P.] .....	347
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	330	Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	349
Heinz-Werner Arens [SPD].....	333	Silke Hinrichsen [SSW].....	350
Beschluss: Annahme .....	334	Thorsten Geißler [CDU] .....	351
<b>Zusammenarbeit zwischen den nord- deutschen Ländern</b> .....	334	Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	352
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Helmut Plüschau [SPD].....	353
Drucksache 15/118		Klaus Buß, Innenminister .....	354
Lothar Hay [SPD].....	334	Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/154.....	355
Martin Kayenburg [CDU] .....	335	<b>Bericht der Landesregierung zur Ent- wicklung der GMSH</b> .....	356
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	336	Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/125	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	338, 341, 342	Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	356
Anke Spoorendonk [SSW].....	339, 341	Renate Gröpel [SPD].....	357
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.].....	340	Reinhard Sager [CDU] .....	359
Klaus Buß, Innenminister .....	341	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	360
Jürgen Feddersen [CDU], zur Geschäftsordnung.....	343	Anke Spoorendonk [SSW].....	361
Thorsten Geißler [CDU], zur Geschäftsordnung.....	343		
Beschluss: Annahme .....	343		

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	362	Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/159	
Beschluss: Annahme .....	363	Claus Ehlers [CDU].....	400
<b>Wirtschaftsbericht 2000</b> .....	363	Wolfgang Fuß [SPD].....	401
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/60		Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	402
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	364	Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	402
Uwe Eichelberg [CDU] .....	365	Lars Harms [SSW] .....	403
Bernd Schröder [SPD].....	368	Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus .....	404
Dr. Heiner Garg [F.D.P.].....	369	Beschluss: Ablehnung .....	406
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	372, 381	<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes</b> .....	406
Lars Harms [SSW] .....	375	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und F.D.P. Drucksache 15/157	
Klaus-Dieter Müller [SPD] .....	378	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/162	
Manfred Ritzek [CDU].....	379	Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss .....	406
Heinz Maurus [CDU] .....	380	<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes</b> .....	406
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	382	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/117	
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung .....	383	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....	406
<b>Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung des Trilateralen Wattenmeerplanes in Schleswig-Holstein</b> .....	383	<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens in Norddeutschland</b> ....	406
Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2000 Drucksachen 15/51 und 15/89		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/124	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/132		Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss .....	406
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten .....	383	<b>Entsendung von sechs Abgeordneten in den Beirat der Landesentwicklungsgesellschaft</b> .....	407
Lars Harms [SSW] .....	385	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU Drucksache 15/85	
Herlich Marie Todsen-Reese [CDU] ...	387		
Wilhelm-Karl Malerius [SPD] .....	389		
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	392		
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	395		
Jürgen Feddersen [CDU] .....	398		
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten .....	399		
Beschluss: Überweisung an den Umweltausschuss zur abschließenden Beratung .....	400		
<b>Heizöl als Kraftstoff für die Land- und Forstwirtschaft</b> .....	400		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/127			

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 15/104	
Beschluss: Annahme .....	407
<b>Verfassungsschutzbericht 1999</b> .....	407
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/108	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....	407
<b>Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsangelegenheiten</b> .....	407
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/20	
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/92	
Bericht und Beschlussempfehlung des In- nen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/122	
Beschluss: Annahme .....	407

\* \* \* \*

### Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-  
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und  
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-  
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und  
Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,  
Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume,  
Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales

\* \* \* \*

### Beginn: 10:03 Uhr

#### Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen. Ich eröffne die heutige Sitzung. Das Haus ist beschlussfähig.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Rainer Wiegard. Beurlaubt sind Frau Abgeordnete Christel Aschmoneit-Lücke und für heute Nachmittag Herr Abgeordneter Martin Kayenburg.

Darüber hinaus dürfen wir Frau Abgeordneter Gisela Böhrk ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich darf weiter mitteilen, dass zwischen den Fraktionen vereinbart worden ist, den Tagesordnungspunkt 8 - Wahl der Mitglieder des Medienrates der Unabhängigen Landesanstalt für das Rundfunkwesen - von der Tagesordnung abzusetzen. Wir beginnen jetzt mit dem Tagesordnungspunkt 15.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

#### Reform des Föderalismus

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/128

Ich darf fragen: Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Oppositionsführer des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Herr Martin Kayenburg.

#### Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir ein geeintes Europa bauen, wenn wir die europäische **Zukunft** gestalten wollen, wenn **Deutschland** in einem größeren **Europa** bestehen will und wenn Deutschland es mit seiner Erneuerung, das heißt mit der Neuordnung der jeweiligen Kompetenzen und der Subsidiarität ernst meint, dann - so glaube ich - müssen wir die Föderalismusdebatte neu führen. Wir müssen - verzeihen Sie mir das harte Wort - den seit Jahren degenerierenden Föderalismus erneuern.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Ich bin dankbar, dass uns die Europadiskussion diese Föderalismusdebatte geradezu aufzwingt. Das gibt uns die Chance, die ungleichgewichtige deutsche Debatte zu überwinden, die sich vorrangig mit Finanzreform, mit Finanzausgleich, nicht aber mit

(Martin Kayenburg)

Kompetenzzuordnung und Gemeinwohlorientierung befasst.

In Zukunft ist die Kompetenzverteilung auf die **Länder** und vielleicht auch die Stärkung der **Regionen**, natürlich bei vermehrter Beachtung des Prinzips der Subsidiarität, Voraussetzung dafür, dass sich der Bürger mit seinem Lebensumfeld und mit einem geeinten Europa identifizieren wird. Nur so wird es gelingen, die Gemeinwohlorientierung der Länder und der Bürger in einem immer schneller werdenden Wettbewerb zu stärken.

Die Verkürzung der deutschen Föderalismusdebatte auf den Finanzausgleich ist also ein Grund, warum wir diese Debatte führen möchten. Ein zweiter Grund ist aber für uns noch viel wichtiger und der hat etwas mit dem Selbstverständnis eines Parlamentes zu tun. Deshalb eignet sich diese Debatte - so meine ich - auch nicht so sehr für einen politischen Streit, sondern für eine - wenn natürlich auch kontroverse - Diskussion, an deren Ende eine Einigung, vielleicht sogar eine Einigungskultur stehen sollte, die wir dann vielleicht auch auf andere Politikfelder übertragen können.

Wir dürfen aber - das ist der entscheidende Punkt - diese Föderalismusdebatte nicht den Regierungen allein überlassen.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß  
[CDU])

Es geht eben nicht nur um Administration und Ausgleich zwischen den Ländern, es geht entscheidend um unsere parlamentarische Funktion.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SSW)

Es geht darum, wie wir künftig in unseren Ländern, in den politischen Einheiten und in den Regionen unsere Aufgaben wahrnehmen wollen und können. Es liegt in unserer Verantwortung, unsere Kompetenzen wirksam zu vertreten, Kompetenzabgrenzungen und Kompetenzübertragungen zu definieren und auch durchzusetzen. Dabei muss die Kompetenzkompetenz bei den Bundesländern bleiben und darf nicht ausgehöhlt werden. Derzeit - so glaube ich - laufen wir Gefahr, diese wichtigste Aufgabe der **Parlamente** den **Regierungen** allein zu überlassen. Wenn wir dies nicht ändern, werden wir auch gestalterisch nicht eingreifen können, sondern nur noch Ergebnisse nachträglich abnicken können, die - wie etwa bei Staatsverträgen - zustande gekommen sind, ohne dass etwa unsere Beteiligung gefragt war. Das entspricht zumindest nicht meinem Parlamentsverständnis.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir leben in einem Risiko, das ähnlich der Position ist, die das Europäische Parlament heute hat: eine übermächtige Kommission, Politikgestaltung - nicht etwa deren Vollzug - durch die Administration und ein Europäisches Parlament, das zwischen der Kompetenz der Nationalstaaten einerseits und der Allmacht der Kommission andererseits mühsam seine eigene Kompetenz zu definieren versucht. Wir sollten uns nicht durch unsere Untätigkeit in eine ähnliche Lage hineinmanövrieren.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler  
[SPD])

Das würde auch nicht unserem Verfassungsauftrag entsprechen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie vereinzelt  
bei der SPD)

Der Beifall zeigt mir, dass auch Sie es für selbstverständlich, ja unverzichtbar halten, dass wir uns verstärkt in diese Föderalismusdebatte einbringen.

Aber um diese Aufgabe sachgerecht wahrnehmen zu können, müssen wir natürlich auch die Auffassung der Landesregierung dazu wissen, die sich ja schon pflichtgemäß und verantwortungsbewusst mit diesem Thema auseinandersetzt. Besonders dankbar bin ich dafür, dass sich die Parlamentspräsidenten ebenfalls mit diesem Thema befasst haben, um der Föderalismusdebatte neue Impulse zu geben und die parlamentarische Verantwortung zu unterstreichen.

Die Reaktionszeit der Politik auf gesellschaftliche und die europäischen Entwicklungen ist einfach zu langsam. Komplizierte und überregulierte Entscheidungsprozesse kennzeichnen unser politisches **Handeln**. Dies gilt leider und insbesondere in Deutschland. Entscheidungen werden aufgeschoben oder gar nicht getroffen. Wir, die gewählten **Volksvertreter**, werden meines Erachtens damit dem uns erteilten Auftrag nicht gerecht, auf ökonomische, ökologische und soziale Veränderungen in angemessener Zeit zu reagieren. Wir haben oft nicht den Mut, das komplizierte Dickicht von Interessen und Besitzständen wirksam zu beschneiden. Dies haben die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes nicht vorausgesehen und auch nicht gewollt, als sie den Föderalismus als Grundprinzip unseres Staatswesens definierten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der föderale Grundgedanke geht davon aus, dass der **Gesamtstaat** für die Dinge zuständig ist, die im Interesse des Volkes einheitlich geordnet werden müssen. Die übrigen Angelegenheiten regeln die **Gliedstaaten**. Aber das Streben nach Einheitlichkeit in fast allen Lebensbereichen hat sich fest in unserem Den-

(Martin Kayenburg)

ken verankert. Die Tendenz zu bundesweit einheitlichen Regelungen von Sachverhalten war und ist die Regel. Das liegt natürlich an unserem Grundgesetz, in dem zunächst die „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ über das Gebiet eines Landes hinaus und nach der Wiedervereinigung die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ festgeschrieben war. Aber dieses unitäre Streben erschwert eine zukunftsgerichtete und ergebnisoffene Föderalismusdebatte.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Nun muss und darf nicht alles auf Bundesebene geregelt werden. Stattdessen brauchen wir mehr **Wettbewerb** zwischen den **Ländern** und auf allen möglichen Gebieten.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind gefordert, unter diesem Aspekt die Bereiche, die keiner bundeseinheitlichen Regelung bedürfen, neu zu definieren. Damit werden wir klare **Kompetenzen** schaffen. Die wiederum schaffen **Transparenz**, die Grundbedingung für einen fairen Wettbewerb auch zwischen den Ländern ist, und zwar einen Wettbewerb, der die Einheit des Ganzen nicht gefährdet.

Im Hinblick auf die EU fordern wir allenthalben das **Subsidiaritätsprinzip** ein, vor allem wir Länder. Dies muss auch unsere grundsätzliche Einstellung gegenüber dem Bund sein. Nur so erzielen wir die machterteilende Wirkung, die der Föderalismus wirklich will. Wir Länder müssen Kompetenzen und Eigenverantwortung zurückgewinnen. Nur dann haben wir auch die Chance, uns gegen das Regeldickicht der europäischen und deutschen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien durchzusetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dies wird immer wichtiger; denn schon jetzt beschäftigt sich der Bundesrat mit mehr Vorlagen aus Brüssel denn aus Berlin.

Es geht also darum, unsere föderale Ordnung, die der geschichtlichen Erfahrung unserer Nation entspricht, die ihre Identifikation bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts nicht im Staat, sondern in der gemeinsamen Sprache und Kultur fand, zu stabilisieren. Wir als Länder haben in den vergangenen 50 Jahren leider dazu beigetragen, dass wir heute einen kooperativen Föderalismus haben, der viele unserer Möglichkeiten beschneidet und einschränkt.

Wir müssen also auf den Gebieten, auf denen wir alleinige Gestaltungsmöglichkeiten haben, diese auch wahrnehmen und nicht eine überzogene Angleichung vornehmen, die uns unserer Kompetenzen beschneidet.

(Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies gilt zum Beispiel für die Bildungspolitik und den Bereich der inneren Sicherheit.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Freiwillige Koordinierung kann sinnvoll, muss aber nicht die Regel sein.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Die **Rahmengesetzgebung des Bundes** muss sich künftig auf unverzichtbare Elemente beschränken. Alle Detailregelungen gehören in die **Gesetzgebungskompetenz der Länder**.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Dabei müssen wir uns natürlich auch die Frage nach einer eigenen Steuerautonomie stellen. Warum sollten wir als Land nicht zumindest für die Steuern, deren Einnahmen allein dem Land und unseren Kommunen zustehen, nicht auch die Gesetzgebungskompetenz wahrnehmen?

(Beifall bei CDU, F.D.P. und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dies gehört zur **Stabilisierung der föderalen Struktur** genauso wie die Überarbeitung des Länderfinanzausgleichs, das Thema Mischfinanzierung und natürlich auch die konkurrierende Gesetzgebung. Diese Fragen werden uns in der Föderalismusdebatte beschäftigen. Da die Ministerpräsidenten bereits auf ihrer Sitzung Anfang Dezember 1998 beschlossen hatten, eine Kommission einzusetzen, um „die bundesstaatlichen Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmeverteilung einschließlich der bestehenden Regelung der Finanzverfassung und des Finanzausgleichs einer kritischen Überprüfung mit dem Ziel der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung zu unterziehen“, ist jetzt, anderthalb Jahre nach diesem Beschluss, der geeignete Zeitpunkt, einen entsprechenden Sachstandsbericht einzufordern und zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Dabei interessieren uns natürlich besonders die Positionen und die Positionierung Ihrer Regierung, Frau Simonis, weil eine Reform des Föderalismus auch - ich hatte das erläutert - die zukünftige Arbeit der Parlamente betrifft, auch die des schleswig-

(Martin Kayenburg)

holsteinischen, und wir als Parlament wollen deshalb frühzeitig in diese Debatte eingebunden werden.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Ursula Kähler.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg, zum jetzigen Zeitpunkt kann man sagen: Es gab selten so viel Einigkeit - bis auf ein paar kleine Punkte - in diesem hohen Haus. Aber ein wenig amüsiert es mich schon, wenn die CDU-Fraktion erst heute die Wichtigkeit einer **Reform des föderalen Systems** erkennt,

(Widerspruch bei der CDU)

insbesondere dann - ja, ja! -, wenn man sich einmal vor Augen führt, dass die SPD - und hier in erster Linie die damalige schleswig-holsteinische Finanzministerin Heide Simonis und der damalige Innenminister Professor Bull - 1990 gefordert haben, die Grundgesetzänderungen einhergehen zu lassen mit einer Neuordnung der Finanzverfassung und einer Modernisierung des föderalen Systems.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist daraus geworden?)

Sowohl hier als auch auf Bundesebene stieß dieser Vorschlag auf taube Ohren.

Nun hat das **Bundesverfassungsgericht** im November 1999 entschieden, dass der **Finanzausgleich** neu geregelt werden muss, und die Karlsruher Richter räumten dem Gesetzgeber für die Umsetzung nur eine äußerst knapp bemessene Zeit ein.

Im Gegensatz zu Ihrer Presseerklärung, Herr Kayenburg, haben Sie jetzt sehr deutlich gemacht, dass **Föderalismus** mehr ist als der immer wieder in den Vordergrund gestellte **Länderfinanzausgleich**. Gleichwohl erkenne ich an, dass er, einhergehend mit der Stärkung und Aufgabenstellung der Handlungs- und Gestaltungsspielräume, einen wesentlichen Bestandteil des Föderalismus darstellt, also Stärkung der Länder im Gesetzgebungsbereich - Sie sprachen es an -, Überführung von Gesetzgebungsmaterien in die Rahmenkompetenz - man könnte sich etwa Besoldung und Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder Schutz des deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung in das Ausland vorstellen, um nur einige wenige zu nennen -, Landeskompetenzen bei der Umsetzung von EG-Richtlinien oder Einwirkungsrechte der Landtage, Klagerechte der Länder - insbesondere der

Landtage vor dem EuGH -, Mitwirkung am Entscheidungsprozess der Gemeinschaften und so weiter. Das könnte man x-beliebig fortführen.

Ich habe den Eindruck, dass wir uns in einem Punkt auf jeden Fall einig sein können. Schleswig-Holstein darf keiner Regelung zustimmen, die den Interessen des Landes oder - sagen wir besser - der norddeutschen Region widerspricht. Ich kann auch nur jeden warnen, dem solidarischen Föderalismus entgegenzuwirken.

Niemand - das sage ich auch einmal in Richtung Bund - sollte ein klammheimliches Interesse daran haben, dass sich die Länder nicht einigen. Dieses Interesse würde zu einer Diskussion führen, von der ich bis heute den Eindruck habe, dass sie niemand will, nämlich die Länderneugliederungsdebatte.

Was die **Reform des Länderfinanzausgleichs** angeht, so steckt - wie in vielen anderen Dingen, Herr Kollege Kayenburg - natürlich auch hier der Teufel im Detail.

Während der Mehrbedarf an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen bei den **Stadtstaaten** durch einen erhöhten Gewichtungsfaktor bei den Einwohnern berücksichtigt wird, gilt eine solche Regelung bei dünn besiedelten **Flächenstaaten** nicht, obwohl diese genau so - wenn nicht sogar stärker - durch die Kosten öffentlicher Leistungserstellung belastet sind.

Gleichwohl erkennen wir die bisherige Grundphilosophie in diesem Punkt an. Es tut sich aber noch eine ganze Menge anderer Fragen auf, die ähnlich auch für die **Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen** gelten. Ich nenne folgende:

Wie können die Leistungen eines Ballungszentrums für das Umland richtig bewertet werden?

Müssen dünn besiedelte Gebiete ebenso berücksichtigt werden wie das Ballungszentrum?

Welche praktischen und ökonomisch rationalen Indikatoren können für die Finanzkraft eines Landes gefunden und vereinbart werden?

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

In welcher Höhe sollte das bisherige Ausgleichsniveau von 95 % der durchschnittlichen Finanzkraft in Zukunft liegen?

Brauchen wir die grundlegende Neuorientierung der Umverteilung von Steuereinnahmen?

Ist es ökonomisch sinnvoll, bei der Reform des Länderfinanzausgleichs den Willen der einzelnen Bundesländer zu stärken, ihre Steuerquellen im Wettbewerb zu pflegen und zu mehren?

(Ursula Kähler)

Ist es richtig, mit möglichst geringen Eingriffen in die Haushaltsautonomie von Bund und Ländern Anreize für einen strikten Konsolidierungskurs von Bund und Ländern zu schaffen?

Werden sich die Bundesländer einig sein, die jetzigen Gemeinschaftsaufgaben „Hochschule“, „regionale Wirtschaftsstruktur“, „Agrarstruktur und Küstenschutz“ als künftige Aufgabe selbst zu übernehmen, und dafür einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer einfordern?

Die SPD-Landtagsfraktion erklärt sich mit den im April dieses Jahres verabredeten **Eckpunkten zur Ausgestaltung des Maßstäbengesetzes** im Grundsatz einverstanden, die da lauten: gezielte Stärkung der Steuerausstattung durch so genannte Ergänzungsanteile, differenzierende Einbeziehung der Gemeindefinanzkraft und des Gemeindebedarfs - ein ganz wichtiger Punkt -, Einwohnerwertung für die Stadtstaaten, Sicherung des solidarischen Länderausgleichs auf aufgabengerechtem Niveau, solidarische Beteiligung des Bundes durch Bundesergänzungszuweisungen, Fortsetzung der notwendigen Aufbauhilfe für die ostdeutschen Länder.

Dass dem Ansinnen der Klägerländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen durch das Bundesverfassungsgericht nicht gefolgt wurde, kann man eigentlich nur positiv bewerten. Wenn die Reform des Föderalismus dann noch unter dem Thema „so wenig Staat wie nötig“ erfolgt, und zwar unter Beteiligung der Landesparlamente,

(Glocke des Präsidenten)

dann ist die heutige Debatte eine gute Ausgangsposition für die künftige Gestaltung des Föderalismus, und wir sollten uns, Herr Kayenburg, jeweils einen Sachstandsbericht im Finanzausschuss durch die Landesregierung geben lassen und das auch inhaltlich begleiten.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Bevor ich dem Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktion, Herrn Kubicki, das Wort erteile, möchte ich auf der Besuchertribüne Besucherinnen und Besucher aus der Berufsschule Heide und der Realschule Schönkirchen begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion, Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn dieser Antrag heute so beschlossen wird - ich bin sicher, er wird heute so beschlossen -, dann hat die Frau Ministerpräsidentin eine harte Zeit bis zur nächsten Tagung. Statt an ihren legendären Decken zu sticheln - ich habe mich sachkundig gemacht, dass es wirklich „sticheln“ heißt; ich hatte immer gedacht, das sei etwas anderes -, muss sie einen langen Besinnungsaufsatz mit dem schönen Titel „Ich und mein Verhältnis zum Föderalismus im Allgemeinen und im Besonderen“ schreiben.

Ich befürchte zwar, Kollege Kayenburg, dass es im Konzert der deutschen Bundesländer auf den local player Schleswig-Holstein nicht in dem Maße ankommen wird, wie dies die CDU offenbar annimmt, aber es kann nicht schaden, wenn der Landtag frühzeitig über die Pläne unterrichtet wird, mit welcher Marschroute die Ministerpräsidentin in die Verhandlungen über das vom Bundesverfassungsgericht geforderte **Maßstäbengesetz zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs** geht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Gleiches gilt für die Überlegungen zur Neuordnung der bundesstaatlichen Aufgabenverteilung. Ich sage ganz deutlich, Frau Kollegin Kähler: Als Liberaler hege ich große Sympathien für einen Umbau weg von der Konkordanz hin zum Wettbewerbsföderalismus.

(Beifall bei der F.D.P.)

Da wir es aber mit 16 gleichberechtigten Partnern mit sehr unterschiedlichen Interessenlagen zu tun haben, sind Einzelmeinungen nicht von so großer Bedeutung. Die F.D.P. jedenfalls ist gespannt, welche weitreichenden Vorschläge uns die Ministerpräsidentin vorstellen wird.

Wir werden diesem Antrag zustimmen, Herr Kollege Kayenburg, und ich bin dankbar, dass Sie in der Begründung dieses Antrages weit über die Fragestellung hinausgegangen sind, wie der künftige Länderfinanzausgleich aussehen soll. Aber ich mache auch keinen Hehl daraus, dass ich von uns als Parlamentarier eine Diskussion und Vorschläge darüber erwarte, wie wir unsere Rechte in einem multilateralen System erhalten beziehungsweise zurück erobern, indem wir nicht nur aufgefordert werden, etwas zuzustimmen, was andere ausgehandelt haben. Das gilt übrigens auf allen Ebenen.

(Beifall)

(Wolfgang Kubicki)

Nur wir können die Rechte des Parlaments sichern. Das können wir von der Regierung nicht erwarten.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute etwas vertauschte Rollen. Denn im Unterschied zu meinen beiden Vorrednern hat mir die Rede des Oppositionsführers sehr gut gefallen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Uns hat sie auch gut gefallen!)

Ich empfand sie als einen bemerkenswerten Beitrag zum Thema „Föderalismus“ aber auch zum Thema „Selbstverständnis des Parlaments“.

Ich hatte eingangs eigentlich eine ironische Vorbemerkung dahin machen wollen, dass man wieder einmal einen Antrag behandeln wolle, bevor der Bericht vorliegt, aber ich halte diese Vorbemerkung zurück und möchte nur fünf Thesen vortragen, die die Position meiner Fraktion, aber zum Teil auch meine persönliche Haltung zum Thema Föderalismus kennzeichnen.

Erstens. Wir halten den **Föderalismus** für ein hohes Gut. Wer die Situation in Zentralstaaten wie Frankreich kennt, wo es keine Länder, sondern nur Provinzen gibt, die von Präfekten regiert werden, der weiß, dass dort teilweise die Verhältnisse extrem auseinander driften. Was wir hier in Deutschland finden, nämlich eine gleichmäßige Entwicklung der Regionen, wo jede Partei darauf angewiesen ist, sich je nach Region tatsächlich selbstständig zu profilieren und den Gegebenheiten vor Ort Rechnung zu tragen, findet in Frankreich nicht in gleichem Maße statt. Deshalb glaube ich, dass sich der Föderalismus in Deutschland in den letzten 50 Jahren bewährt hat und die gleichmäßige Entwicklung, die wir zum Teil als selbstverständlich empfinden, durchaus ein Ergebnis des Föderalismus ist, das sich sehen lassen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Zweitens. Wir halten eine **Überprüfung des Finanzausgleichs** für sinnvoll. Insbesondere ist es ein Nachteil, wenn sich die Bundesländer gar nicht mehr die

Mühe geben können oder dürfen, ihre eigenen Einnahmequellen zu verbessern, weil sowieso alles nivelliert wird. Ich halte trotzdem eine Umlage, die die gleichmäßige Entwicklung der Länder gewährleistet, für sinnvoll. Der Finanzausgleich muss aber so gestaltet werden, dass er an objektiven Strukturkriterien ansetzt und nicht direkt an den Steuereinnahmen.

Drittens. Unabhängig von der Finanzverteilung - da stimme ich mit Ihnen überein, Herr Kayenburg -, halte ich eine Überprüfung der **Kompetenzen der Länder** für erforderlich. Ich glaube, dass Landesregierungen nur dann sinnvoll sind, wenn sie klar abgegrenzte eigenständige Kompetenzen haben. Die Vermischung der Kompetenzen von Bund und Ländern, wie wir sie in vielen Bereichen haben, halte ich für schädlich, weil sie die Klarheit der Verantwortung gegenüber dem Bürger verschleiert und weil darüber hinaus der Bundesrat Entscheidungen blockieren kann. Für den Bürger ist damit nicht die Transparenz gegeben, die notwendig ist.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Damit wird die Demokratie nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Viertens. Ich halte es für sinnvoll, dass jede Ebene - **Bund, Länder, Kommunen** - eigene **Steuereinnahmen** hat. Da gibt es allerdings in unserer Partei auch andere Meinungen. Es wird zum Teil befürchtet, dass damit die Entwicklung zu sehr auseinander dividiert wird. Das sehe ich auch. Aber meine persönliche Meinung ist, dass eine eigene Steuerbasis für jede demokratische Ebene wichtig und eine gute Grundlage für die Politik ist.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Günter Neugebauer [SPD], Lothar Hay [SPD] und Martin Kayenburg [CDU])

Fünftens. Es stellt sich in diesem Zusammenhang natürlich immer wieder die Frage, ob die Bundesländer in der jetzigen Größenordnung und Zusammensetzung so richtig gestaltet sind. Für uns bedeutet das das Thema **Nordstaat**, über das schon seit Ewigkeiten diskutiert wird.

Ich muss in dieser Debatte sagen, dass bei mir persönlich wie bei vielen anderen und in der gesamten



**(Karl-Martin Hentschel)**

Bevölkerung - so glaube ich - Herz und Verstand etwas auseinander gehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei Ihnen? - Sie haben ein großes Herz!)

Als Verkehrspolitiker sehe ich beispielsweise die Stagnation des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs im Hamburger Umland mit der Konsequenz, dass das Hamburger Umland gegenüber anderen Regionen zurückfällt. Berlin und Brandenburg haben aber gezeigt, dass man es ohne Vereinigung besser machen kann.

Andererseits sehe ich, dass die Schleswig-Holsteiner mit ihrer 614-jährigen Geschichte - vielleicht auch im Unterschied zu einigen anderen Bundesländern - eine stark eigenständige kulturelle Identität haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Schleswig-Holstein war ja das einzige Bundesland, das während der gesamten Zeit - bis auf 78 Jahre - unter der preußischen Krone stets ein eigenes Land war, mal im Deutschen Reich, die meiste Zeit unter der dänischen Krone. Deshalb halte ich es für unwahrscheinlich, dass ein Zusammenschluss mit Hamburg oder anderen Ländern von den Menschen hier einfach so akzeptiert wird.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! Schleswig-Holstein ist ein kleines Land. Man kennt sich, man sieht sich

(Heiterkeit bei der CDU)

und das „Schleswig-Holstein Magazin“ ist die beliebteste Sendung im Lande. Deshalb richte ich zum Schluss an Sie alle meinen Appell: Wenn es um den Föderalismus geht, dann geht es auch um Schleswig-Holstein. Da sollten wir gemeinsam an einem Strang ziehen, der zum Nutzen unseres Landes ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum machen Sie das dann nicht?)

So schön schwarze Sirengesänge aus München oder Stuttgart sind, die auch manchem parteipolitisch näher stehen -, letztlich geht es gerade in der Debatte um den Föderalismus darum, unser Land Schleswig-Holstein zu stärken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlässlich der Veranstaltung „50 Jahre Landessatzung Schleswig-Holstein“ sagte Professor Bender in seiner Festrede unter anderem:

„Das für die Bundesrepublik typische Verbundmodell des Föderalismus ist aufgrund der Überverflechtung in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung nicht zukunftsfähig.“

Weiter sagte er, dass die Ursache der strukturellen Krise, in der sich das politische System der Bundesrepublik befinde, die unnötig dichte Verflechtung der Entscheidungsstrukturen der Länder und des Bundes sei, dass also die Länder keinen eigenen Gestaltungsraum mehr hätten und damit ein fruchtbarer Wettbewerb zwischen ihnen verhindert werde.

Ich lobe daher die CDU ausdrücklich für diese Initiative. Es ist höchste Zeit, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag intensiv mit der Reform des Föderalismus beschäftigt.

(Beifall bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Gute Rede!)

Wir dürfen die wichtigen Entscheidungen, die im Zuge der **Reform der Finanzverfassung und der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung** auf uns zukommen, nicht nur den Landesregierungen überlassen. Hier sind gerade auch die Parlamente gefragt. Es geht in dieser Debatte schließlich um nichts weniger als um die Zukunft des Bundeslandes Schleswig-Holstein. Ich kann es nicht lassen hinzuzufügen, dass der SSW überhaupt nichts von einer erneuten Debatte über einen Nordstaat hält. Den lehnen wir - wie Sie wissen - entschieden ab.

(Beifall bei SSW, SPD und CDU - Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut!)

Im Gegensatz zu vielen zentralistisch organisierten Staaten wie beispielsweise Frankreich oder Großbritannien hat der **Föderalismus in Deutschland** eine lange und bewegte Geschichte hinter sich: vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation über das Kaiserreich bis zur heutigen Bundesrepublik. Spätestens nach 1945 hat der Föderalismus in Deutschland eine positive Bilanz aufzuweisen, sodass andere Länder wie eben Großbritannien jetzt sogar dabei sind, einige der deutschen Strukturen zu übernehmen.

Wir dürfen uns aber nichts vormachen. Die Handlungs- und Gestaltungsspielräume der Bundesländer - das ging ja bereits aus dem Zitat von Herrn Professor Bender hervor - sind in den letzten Jahren im Zuge der erweiterten EU-Kompetenzen und vor dem Hintergrund der steigenden finanziellen Probleme der

**(Anke Spoorendonk)**

öffentlichen Hand stark eingeschränkt worden. Spätestens mit dem Beschluss auf der Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten 1998 und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1999 zum Kernbereich des Föderalismus - des Länderfinanzausgleichs - steht die Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung auf der Tagesordnung. Das **Bundesverfassungsgericht** hatte damals entschieden, dass die Ausgestaltung der Nachfolgeregelung des heute geltenden Finanzausgleichs spätestens bis zum Ende 2002 rechtsverbindlich und nachvollziehbar konkretisiert werden soll. Hinzu kommt, dass es im letzten Jahr eine unschöne Debatte über Geber- und Nehmerländer gegeben hat. Gerade von Bundesländern wie beispielsweise Bayern, die über Jahre vom Länderfinanzausgleich profitiert haben, hätte man eigentlich etwas mehr Solidarität erwarten können.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Eines ist klar: Um Änderungen im Länderfinanzausgleich und in der Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmeverteilung zwischen Bund, Länder und Kommunen kommen wir nicht umhin. Die entscheidende Frage lautet natürlich, in welche Richtung diese Änderungen gehen sollen.

Der SSW unterstützt dabei die Position der Landesregierung, wonach der Grundpfeiler der Bundesrepublik auch in Zukunft ein **solidarischer Föderalismus** bleiben muss. Wir brauchen einen Mechanismus, der sicherstellt, dass die Lebensbedingungen in den verschiedenen Regionen Deutschlands - wie es im Grundgesetz vorgesehen ist - aneinander angeglichen werden. Das gilt gerade auch für die ostdeutschen Länder.

Allerdings ist es sicherlich auch richtig, bei der **Neuordnung des Länderfinanzausgleichs** verstärkt Anreize einzubauen, die die eigenen Bemühungen der Länder um bessere Finanzen belohnt. Die von den Finanzministern im April beschlossenen Eckpunkte sind eine gute Grundlage, um bei dieser Reform weiterzukommen. Insbesondere unterstützt der SSW den Gedanken, dass die Steuerausstattung der Länder gestärkt werden muss. Hier ist es dringend notwendig, dass die Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen entrümpelt und stark vereinfacht wird. Der heutige Bürokratismus in diesen Bereichen schädigt den Föderalismus.

Die CDU hat ja Recht, wenn sie in ihrer Pressemitteilung zum Antrag sagt, dass es für die **Länder** darum gehen müsse, **Kompetenzen** und **Eigenverantwortung** wiederzugewinnen. Das ist in den letzten 16 Jahren nicht geschehen. Vor dem Hintergrund der auch von der jetzigen rot-grünen Bundesregierung geführten

Politik wird es sehr schwer werden, diese Entwicklung umzukehren.

Hinzu kommt die Entwicklung in der Europäischen Union. Es muss doch selbst den EU-begeisterten Parteien in der Bundesrepublik zu denken geben, dass gerade durch die in Brüssel geführte Politik viele Kernbereiche des deutschen Föderalismus - von den Landesbanken bis zu den Sparkassen - in Gefahr geraten.

Da nützen all die schönen Worte vom „Europa der Regionen“ sehr wenig. Denn die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir als Parlament sind aufgerufen, diese Wirklichkeit zu verändern, wenn wir es mit dem Föderalismus in der Bundesrepublik ernst meinen.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Ministerpräsidentin Heide Simonis das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie hatten mir heute freundlicherweise Dispens erteilt, zur Ministerpräsidentenkonferenz zu gehen, um genau über dieses Thema zu reden. Die Tatsache, dass ich hier stehe, bedeutet, dass wir uns im Moment nicht geeinigt haben und heute Abend einen erneuten Anlauf versuchen werden - die Finanzminister auf ihrer Ebene, wir auf unserer. Es ist nämlich doch ein bisschen schwieriger, als mancher von uns gern glauben und hoffen möchte.

Die Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich ein Bundesstaat. **Bund** und **Länder** sind eigenständige Gebilde, die dennoch zusammengehören und dazu verpflichtet sind, sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen. Das ist die Idee des Föderalismus. Ein funktionsfähiges **föderales System** fußt auf einem ausgewogenen Zusammenspiel der Prinzipien der Eigenständigkeit sowie der Subsidiarität auf der einen Seite und den Grundsätzen der Kooperation und der Solidarität auf der anderen Seite.

Zwischen diesen beiden Prinzipien, denen jeder zustimmen würde, besteht natürlich - wie bereits das **Bundesverfassungsgericht** in seinem letzten Urteil sagte -, eine Spannung, bei der es darauf ankomme, die richtige Mitte zu finden. Diese Mitte sieht natürlich jeder aus seinen gegebenen Umständen etwas anders - Reiche wiederum etwas anders als Arme. Da nun genau den Weg zu finden, der nicht zu Verletzungen führt und Entwicklungen nicht behindert, ist der entscheidend schwierige Punkt.

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Dazu gibt es wirklich unterschiedliche Antworten, die manchmal - wenn ich das in aller Bescheidenheit sagen darf - davon abhängig sind, wie die Konstellationen in den jeweiligen Regierungen aussehen. Große Koalitionen reagieren ein bisschen anders als zum Beispiel die absolute Mehrheit der CSU oder zum Beispiel eine rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Auch das muss man neben allen ökonomischen und finanziellen Situationen mit bedenken.

Es bestehen nun einmal große regionale und sektorale **Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur der Länder** der Bundesrepublik Deutschland, und zum Teil bestehen unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie diese beseitigt werden können. Die originären Steuereinnahmen der Länder sind entsprechend unterschiedlich ebenso wie die Ausgabenbelastungen. Die verfügbare Finanzmasse bestimmt, ob und in wieweit ein Land überhaupt noch eigenständig handeln kann.

Seit Bestehen der Bundesrepublik sind Verhandlungen über die Verteilung des Finanzaufkommens zwischen dem Bund und den Ländern immer sehr schwierig gewesen, mit großem Interesse begleitet worden und haben den Zeitungen Schlagzeilen beschert. Weswegen wurde die Finanzverfassung als letzter Teil unseres Grundgesetzes verabschiedet? - Weil hierin natürlich der größte Sprengstoff lag.

Ich darf auf einige Punkte eingehen, die gegenwärtig die Debatte um den Föderalismus prägen. Die heutige Form des Föderalismus, als **kooperativer Föderalismus** bezeichnet, weist ein außerordentlich hohes Maß an Verflechtung und Abstimmung zwischen Bund und Ländern auf und aufseiten der Länder wird durchaus geseufzt: Muss das alles tatsächlich immer noch einmal auch vom Bund durch die Mühle gedreht werden, muss es Mischfinanzierung sein? Muss es dies oder jenes sein? Mancher und manche, mich eingeschlossen, würde sagen: Nein; gebt uns die Verantwortung, dann müssen wir den Kopf dafür hinhalten und dann wird ein bisschen Bürokratie gespart und die Kompetenz beziehungsweise die Verantwortung ist klarer auszumachen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heute sind die wahrzunehmenden Aufgaben sowie die **Leistungs- und Kostenstandards der Länder und Gemeinden** fast durchgehend durch Bundesrecht und verbindliche Vereinbarungen zwischen den Ländern festgelegt. Bundeseinheitliche Tarife und Besoldungsregelungen lassen wenig Spielraum und die meisten Sozialtransfers sind im Grunde und der Höhe nach bundeseinheitlich geregelt. Die großen Steuern sind Gemeinschaftssteuern und die Länder haben praktische

keine Gesetzgebungskompetenz. Sie haben nicht einmal die Möglichkeit, eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik zu betreiben - wie uns dies zum Beispiel unsere Nachbarn, die Dänen, mit sehr großem Erfolg vorführen -, es sei denn, wir würden etwas aus der eigenen Tasche dazu tun.

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieses System hat sich in der Vergangenheit bewährt. Die Frage ist nur, ob es in Zukunft noch allen Anforderungen standhält. Wenn Sie heute in den fünf neuen Ländern einen Menschen, der mit offenen Augen geschaut und mit offenen Ohren zugehört hat, fragen, ob er das System des Föderalismus gut findet, müsste er ehrlicherweise sagen: Ja, denn wir haben pro Jahr etwa 180 Milliarden DM Transferleistungen von Bund, Ländern und Kommunen bekommen, die diese an uns gegeben haben, damit unser Aufholprozess erfolgreich verläuft.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Mischfinanzierungstatbestände zu einem Zeitpunkt, als die Länder allein noch nicht einmal im Traum hätten daran denken können, bestimmte Aufgaben zu erfüllen, richtig war. Darüber, ob das aber auch heute noch Gültigkeit hat, insbesondere nachdem - wie ich glaube - die Integration der neuen Länder grundsätzlich gelungen ist, muss diskutiert werden. Natürlich gibt es noch große Defizite, aber die Leistungen der **neuen Länder** gehören wie die der **alten Länder** jetzt auf den Prüfstand der Effizienz.

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun kommt das eigentliche Problem, nämlich sich vorzustellen, wie das Prinzip des **kooperativen Föderalismus** bei der Ausweitung **europäischer Kompetenz** übertragen werden kann. Die Geschäftsgrundlage des deutschen Föderalismus muss in dem Maße neu bewertet werden, wie der Bund Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen hat, ohne das Grundgesetz zu ändern. Das heißt: Die uns verbliebenen und garantierten Rechte können nicht ohne Weiteres vom Bund auf Europa übertragen werden, sondern dies muss zunächst nach Artikel 23 GG mit den Ländern besprochen werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Das Treffen der Ministerpräsidenten mit Herrn Prodi war durchaus ein interessantes Treffen. Denn die Fragen der Subsidiarität, des Föderalismus in Europa,

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

der Kompetenzfeststellung bedeutet, wenn man sie bis zum Ende durchdiskutiert, dass kein Mensch weiß, wovon die Deutschen reden. Null Ahnung, und wenn man versucht, es ihnen zu erklären, finden sie es pfiffig, wenn wir an bestimmten Dingen herumnörgeln.

Nun macht es aber wirklich einen Unterschied, ob wir unsere Sparkassen behalten und damit - wie ich gerade heute morgen gelesen habe - in der Lage sind, einem mittelständischen Unternehmer Geld zu geben, wenn er einen Kredit braucht und den Privatbanken ablehnen, oder ob wir durch die europäischen Regelungen unsere **Sparkassenrechte** abgenommen bekommen. Deswegen sind wir nicht antieuropäisch, sondern wir versuchen, nur das für uns zu behalten, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, und das auf Europa zu übertragen, was unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbsföderalismus auch in Zukunft für Europa wichtig ist.

(Beifall bei SPD und SSW)

Während der Reise, die ich kürzlich mit dem Herrn Bundeskanzler in die baltischen Staaten machen musste - -

(Heiterkeit)

- Nein, ich durfte nur mitfahren und habe mich auch anständig benommen. So ist es nicht! - Dort habe ich festgestellt: Sie wissen offenbar mehr vom Föderalismus Deutschland und bewundern das Prinzip, weil vor allem die baltischen Staaten sehr wohl sehen, dass dies ein Prinzip ist, bei dem sie ihre Eigenständigkeit behalten und dennoch als Balten gemeinsam auftreten können.

Unter **Marketinggesichtspunkten** ist es jedenfalls wichtig, dass die **Länder** einerseits ihre Wettbewerbsvorteile ausspielen können, andererseits aber nicht durch ein Steuersystem beziehungsweise durch eine Neuordnung des Föderalismus gezwungen werden, ihre Standortvorteile deswegen aufzugeben, weil irgendein anderer großmütig Steuern mehr ausgibt, weil er mehr Einnahmen hat. Die Bayern wären durchaus jederzeit bereit, auf einen Spitzensteuersatz von 25 % zu gehen. Aber das wäre das Ende von Schleswig-Holstein, weil wir dann überhaupt nichts mehr in die Kasse bekommen würden.

Ich halte die Behauptung, nivellierende Elemente im Finanzausgleich führten dazu, dass sich Länder und Gemeinden nicht mehr anstrengten, ihre eigene Wirtschaftskraft zu stärken, für falsch und weise sie auch entschieden zurück. Allein das Beispiel des Landes Bayern zeigt, dass dies wirklich ein ungerechter Vorwurf ist. Nachdem es 40 Jahre lang aus dem Länderfinanzausgleich kassiert hat, ist es heute ein wohlblü-

hender Staat. Das bedeutet, sie haben sich angestrengt, mit dem Geld etwas zu tun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Gegensatz zu Schleswig-Holstein, das auch 40 Jahre lang kassiert hat!)

- Sie haben sich mit dem Geld, das sie bekommen haben, angestrengt, so wie sich die Schleswig-Holsteiner auch angestrengt haben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Denn zusätzlich zum Finanzausgleich sind nach Bayern sämtliche großen Rüstungsaufträge gegangen, die es je in der Bundesrepublik gegeben hat. Deswegen sind die großen Firmen in Bayern einfach auch die größeren Steuerzahler.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die großen Rüstungsaufträge wollten Sie ja nicht haben!)

- Ich hätte gern ein Stückchen davon für unser Land gehabt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Rüstungsaufträge können Sie haben! Bei HDW!)

Jedenfalls haben die Ministerpräsidenten den Wettbewerbsföderalismus noch nicht ohne Diskussion übernommen. Wir haben uns viel mehr vorgenommen, die bundesstaatlichen Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverteilung einschließlich der bestehenden Regelungen der Finanzverfassung und des Länderfinanzausgleichs einer kritischen Prüfung mit dem Ziel der **Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung** zu unterziehen. In Bund-Länder-Gesprächen wurde die Bildung einer Regierungskommission der Regierungschefs von Bund und Ländern angedacht, die jetzt konstituiert wird. Denn die Beschlüsse standen zu Anfang unter dem ungünstigen Stern der Verfassungsklage von Baden-Württemberg, Hessen und Bayern zum Länderfinanzausgleich. Es lässt sich schlecht verhandeln, wenn man gleichzeitig verklagt wird. Die Verhandlungen gestalten sich zurzeit ausgesprochen zäh.

Die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung, in der das Wort „Wettbewerbsföderalismus“ nicht ein einziges Mal vorkommt, ist keine Richtlinie dafür, dass man jetzt weiß, wohin man laufen soll, sondern sie bedeutet nach wie vor, dass wir unseren eigenen Kopf anstrengen müssen. Sie ist eine Verhandlungsgrundlage, auf die wir uns einzurichten haben. Wir wissen, dass uns, wenn wir uns nicht einigen können, unter Umständen ein weiterer Gang zum Bundesverfassungsgericht bevorsteht.

Jedenfalls müssen bis Ende des Jahres 2002 das **Maßstäbengesetz** und bis Ende des Jahres 2004 die

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

neuen **Finanzausgleichsgesetze** verabschiedet sein. Hier wird sich zeigen, ob die Länder die besondere Hilfen vom Bund bekommen - wie zum Beispiel das Saarland - oder ob zum Beispiel die ostdeutschen Länder, die besondere Hilfe durch ihre Landesfinanzkollegen bekommen, mit uns zusammen in der Lage sind, eine Basis zu finden, mit der sie einerseits anerkennen, dass auch wir eine große Leistung erbringen, wenn wir in den Ländertopf einzahlen, dass sie andererseits aber auch erkennen, dass wir auch Geld zur Entwicklung unseres eigenen Landes brauchen.

Die **Ministerpräsidentenkonferenz** hat jedenfalls erst einmal eine **Arbeitsgruppe** eingesetzt, um die Verhandlungspositionen der Länder mit dem Bund zu erarbeiten. Seitdem wir einen neuen Finanzminister in Berlin haben, ist dies ausgesprochen schwierig, weil dieser Mann nur ein Wort kennt, nämlich nein, und das ist ein bisschen wenig, um zu einem Ergebnis zu kommen. Jedenfalls werden wir die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils in absehbarer Zeit hoffentlich zu Ende gebracht haben und Ihnen vorlegen lassen.

Wir werden uns beim Finanzausgleich einvernehmlich dahin gehend verständigen, dass die vertikalen und horizontalen Fragen gemeinsam mit dem Bund zu verhandeln sind, also nicht auf der einen Seite der Bund und die Länder und auf der anderen Seite die Länder untereinander, weil sonst genommen wird, was auf der anderen Seite gegeben wird, und umgekehrt. Das wollen wir gern vermeiden. Die Eckpunkte, die wir den Finanzministern mitgegeben haben, werden getreulich und sorgfältig in die Diskussion eingebracht. Davon bin ich absolut überzeugt.

Bei den Fragen der Hafengebühren, der Kosten der politischen Führung, der Einwohnerwerte und so weiter sind sich die Länder einig, dass wir grundsätzlich niemanden abwürgen wollen. Aber ob wir jedem alles lassen, was wir ihm vorher zugestanden haben, ist eine andere Frage.

Auf Länderebene besteht ebenfalls Einigkeit darüber, dass die erforderliche Neuregelung des Finanzausgleichs nur gemeinsam mit dem Bund bewältigt werden kann und dann mit in die Diskussion mit der **Europäischen Union** eingehen muss. In Zukunft muss jedenfalls eine aufgabengerechte Finanzausstattung der **Länder** durch den **Bund** gesichert sein. Nicht nur die Aufgaben, sondern auch die Einnahmen müssen für uns gesichert sein. Dann übernehmen wir auch gern die Aufgaben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die Neuordnung der föderalen Kompetenzordnung und der Finanzverfassung wird jedenfalls einerseits eine grundsätzliche Fragestellung der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern sein, sich andererseits aber auch damit auseinander zu setzen haben, ob es zu einer **Grundgesetzänderung** kommen muss, denn manches kann nur geändert werden, wenn wir das Grundgesetz ändern. Das gilt übrigens auch für manchen Vorschlag auf europäischer Ebene.

Sobald wir auch im Hinblick auf den Termindruck, den uns das Bundesverfassungsgericht setzt, die neuen Regelungen haben, werden wir Sie - so wie Sie es wünschen - im Juni oder Juli unterrichten. Ich bitte aber jetzt schon um Ihr Verständnis, dass das eher ein Zwischenbericht als ein Endbericht sein wird, denn es wird in Europa noch manches passieren, bis Europa begriffen hat, worin die Vorteile des Föderalismus liegen. Die Vorteile sind jedenfalls nicht das Abkassieren, sondern die Eigenverantwortung und die Solidarität zwischen Ländern unterschiedlicher Wirtschaftskraft, aber gleichen politischen Willens und eines gleichen politischen Wertesystems.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hans-Werner Arens zu einem Kurzbeitrag das Wort.

**Heinz-Werner Arens [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Föderalismusdebatte** ist auch und im Kern eine europäische Debatte. Hier ist Frankreich angesprochen worden. Wenn wir die Föderalismusdebatte in Deutschland, die Regionalisierungsdebatte in Frankreich, die Dezentralisierungsdebatte in Großbritannien, die Wirtschaftsreformen in Polen und die Verwaltungsstrukturereformen in Finnland und in Schweden sehen, dann sehen wir, dass es immer um das gleiche Thema geht. Es dreht sich um die Stärkung regionaler Kompetenzen in dem Rahmen und in den Organisationsstrukturen, die in den jeweiligen Staaten vorhanden sind. Wir sind gut beraten, in dieser Diskussion immer beim Menschen selbst anzusetzen, der in **Europa** mitgenommen werden muss. Europa wird in der Zukunft nur gelingen, wenn der Mensch nicht seine europäische Identität allein, sondern immer auch seine regionale Identität ausformen kann.

(Beifall im ganzen Haus)

Das ist der Kern. Hier haben wir heute noch ein tiefes Missverhältnis in der Notwendigkeit, Europa zu bau-

(Heinz-Werner Arens)

en, und dem gleichzeitigen Mitnehmen der Menschen in ihrer Akzeptanz Europas. Insofern war die Auslösung der Debatte heute durch diesen Antrag wichtig.

Die Föderalismusdebatte in Deutschland ist eine Regierungsdebatte. Die Regierung dafür zu prügeln, wäre das Schlimmste, was man machen könnte. Sie leistet und erfüllt ihre Aufgaben und wir wollen kooperieren. Wir müssen aber begreifen, dass wir unsere eigene Plattform entwickeln müssen.

(Beifall bei der SPD)

In allen Beiträgen wurde angesprochen, dass diese **Diskussion** heute der Anfang einer Diskussion im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist, bei der ich empfehlen möchte, dass wir die vorgetragenen Grundpositionen im Gespräch über die Fraktionsgrenzen hinaus ausloten, miteinander besprechen und versuchen, daraus eine Plattform für die Diskussion zu gewinnen. Wir wären gut beraten, wenn wir dies fraktionsübergreifend hinkriegen würden. Die Ansätze dafür waren heute da. Die Diskussion hätte dann ihren Sinn erfüllt.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und komme zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/128, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/118

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Herr Lothar Hay.

**Lothar Hay [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Bundesländern** ist ein Politikfeld, für das wir sehr viel Geduld mitbringen müssen. Man kann es auch anders ausdrücken: Wer dort spektakuläre Erfolge erzielen will, muss sich auf das Bohren von Eisenbahnschwellen einstellen.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist wahr!)

Die Bereitschaft, die Zusammenarbeit zu verstärken, ist überall in Norddeutschland parteiübergreifend vorhanden. Schwierig wird es, wenn es um die Klärung von Detailfragen geht. Ziel der Initiative der Koalitionsfraktionen ist es, das Tempo der Zusammenarbeit zu beschleunigen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir sind uns der Schwierigkeiten bewusst, fünf norddeutsche Bundesländer unter einen Hut zu bekommen. Ein Beispiel, das wir in der Vergangenheit in diesem hohen Hause diskutiert haben, spricht dafür Bände. Das ist das Beispiel Küstenwache. Deshalb gilt es aus Sicht der SPD-Fraktion auszuloten, ob es nicht schneller zu **Kooperation** und **Zusammenlegungen** kommt, wenn man erst einmal - ich betone ausdrücklich - einen weiteren Partner gefunden hat. Wir hoffen, dass sich die daraus entstehende Sogwirkung positiv auf die dann noch vorhandenen drei weiteren norddeutschen Bundesländer auswirkt.

Nach Gesprächen, die ich mit den sozialdemokratischen Fraktionen der norddeutschen Bundesländer geführt habe, scheint mir der Wille zur Zusammenarbeit in Hamburg zurzeit am stärksten vorhanden zu sein.

Ich will nicht verkennen, dass es bereits positive **Beispiele** für die **Zusammenarbeit** gibt. Wir können parteiübergreifend feststellen, dass das gemeinsame „Hanse-Office“ in Brüssel hervorragend zum Wohle Schleswig-Holsteins gearbeitet hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weiter sind der gemeinsame Landesplanungsrat mit Hamburg, der die Grundlage für das regionale Entwicklungskonzept geschaffen hat, oder die vereinbarte Zusammenarbeit bei den Datenzentralen zu nennen. Es gibt weitere Beispiele, die belegen, dass die politische Zusammenarbeit kein Neuland ist.

Der rot-grüne Antrag führt beispielhaft Behörden und Politikfelder an, die uns geeignet erscheinen, zu weiteren Kooperationen zu kommen. Kooperation ist für uns der erste Schritt. Der zweite Schritt, der folgen muss, ist das Zusammenlegen von Behörden. Hier beginnt der Egoismus, von dem wir in Schleswig-Holstein natürlich total befreit sind.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Gesetze und Verordnungen einer Zusammenarbeit oder einem Zusammenlegen entgegen stehen,

(Lothar Hay)

dann müssen diese Gesetze und Verordnungen entsprechend geändert werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Durch unseren Berichtsantrag wollen wir Wege aufgezeigt bekommen, wie etwas geht und nicht, wie etwas nicht geht. Das setzt in erster Linie ein Umdenken voraus.

So weit können viele noch folgen. Doch dann kommt der entscheidende Knackpunkt in die Diskussion, nämlich die **Standortfrage**. An dieser Stelle war es mit der Gemeinsamkeit meistens vorbei. Wer Kooperation und Zusammenlegung will, der muss auch bereit sein, in Schleswig-Holstein Behördenstandorte aufzugeben. Sonst ist das eine Diskussion, die wir am Sonntagnachmittag führen können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Dass sich norddeutsche Länder für nahezu jeden Bereich eine eigene Behörde leisten, ist antiquiert, titelten die „Kieler Nachrichten“ am 6. Juni 2000. Wir wollen so viel Kooperation und Zusammenlegung wie möglich, wir wollen aber keinen **Nordstaat**. Warum wollen wir keinen Nordstaat? Die Antwort schließt nahtlos an die vorherige Debatte an. Die Diskussion über den Nordstaat wurde lange Jahre geführt. Sie musste zwangsläufig scheitern, weil sie viel zu hoch angesetzt war und an den Bedürfnissen und Ängsten der Menschen vorbei ging. Angesichts von rasanten Veränderungen wie der deutschen Einheit, der Einführung des Euro und der Globalisierung war und ist den Menschen ein weiterer tief greifender Wandel nicht zuzumuten. Dem ist aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen. Ich freue mich auf einen interessanten Bericht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich erteile Herrn Oppositionsführer Martin Kayenburg das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon im Frühjahr 1997 hat die CDU-Landtagsfraktion ein **Positionspapier** zur Verschlinkung des Staates und zum Abbau von Bürokratie vorgelegt. Das ist jetzt drei Jahre her. In diesem Papier haben wir gefordert - ich zitiere wörtlich - „Zusammenarbeit der norddeutschen Länder“ mit der „Zielsetzung: Kostenersparnis und mehr Effizienz durch die Ausnutzung von Synergieeffekten“.

Am 19. Juni 1998 haben wir - zweitens - den **Antrag** „Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert“ in den Landtag eingebracht; das ist jetzt zwei Jahre her. Wir haben in diesem Antrag die Landesregierung aufgefordert - ich zitiere wiederum wörtlich -, „mit der Hansestadt Hamburg und mit Mecklenburg-Vorpommern in Verhandlungen über gemeinsame Planungen und die Einrichtung gemeinsamer Behörden einzutreten, um Bürokratie abzubauen, Verwaltungseffizienz zu steigern, Synergieeffekte zu nutzen und die Länder von Kosten zu entlasten“. Dies wäre unser Weg zu Kooperation und Zusammenarbeit gewesen. Der Antrag hat dann in den Ausschüssen geschmort und ist im Dezember 1998 von Rot-Grün endgültig abgelehnt worden.

Dritter Punkt: In den **Haushaltsanträgen** der vergangenen Jahre finden sich viele konkrete Forderungen der CDU zur Zusammenarbeit, um Kosten einzusparen. Ich erinnere an unseren Haushaltsantrag für das Jahr 1999, in dem wir viele Behörden sogar beispielhaft genannt haben, die wir für geeignet für eine Zusammenarbeit halten. Ich nenne nur die Statistischen Landesämter, die Verfassungsschutzbehörden, die Katasterverwaltungen, die Wasserschutzpolizeien, die Datenschutzbeauftragten und die Landesämter für Denkmalpflege. Einen Teil dieser Behörden hat der Kollege Hay hier ja inzwischen ebenfalls bereits erwähnt.

Viertens erinnere ich an unseren **Entschließungsantrag zum Haushalt 2000**, in dem wir die „Zusammenarbeit beziehungsweise Zusammenlegung norddeutscher Behörden und Gerichte“ als „mittelfristig haushaltswirksame Maßnahmen“ gefordert haben.

Ich kann nur sagen: Herzlich willkommen! Jetzt, ein halbes Jahr nach den letzten Haushaltsberatungen und gerade einmal anderthalb Jahre, nachdem Sie unseren Antrag „Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert“ abgelehnt haben, wollen Sie offensichtlich Positionen für sich reklamieren, die Sie, als diese Positionen von der CDU gefordert wurden, nicht wahrhaben wollten. Wir fühlen uns geschmeichelt, dass wir die Vordenker waren, und sind auch weiterhin gern bereit, Ihnen Unterlagen zu liefern.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings vermisse ich in Ihrem Antrag, Herr Kollege Hay - nicht in Ihren Ausführungen; das betone ich ausdrücklich -, ein bisschen Konkreteres. Sie fragen nämlich nicht nach konkreten Vorhaben, nach Taten der Landesregierung, sondern nur nach Plänen. Ge-

**(Martin Kayenburg)**

fragt wird, wie durch die Zusammenarbeit von Einrichtungen des Landes mit den entsprechenden Einrichtungen der anderen norddeutschen Länder - oder einiger von ihnen - der Haushalt in Zukunft möglicherweise entlastet werden könnte. Sie wollen zwar die Diskussion bestimmen, aber nach dem Antrag haben Sie bis jetzt jedenfalls nicht vor, Fakten zu schaffen; ich kann nicht erkennen, dass Sie nach dem Wortlaut des Antrags ergebnisoffen, aber abschlussorientiert in die Verhandlungen eintreten wollen. Nun haben Sie in Ihrem Beitrag hier im Hause Gott sei Dank auch Signale gesetzt, dass Sie bestimmte Positionen durchaus offen angehen wollen; deswegen hoffe ich, dass wir in dieser Hinsicht auch ein Stück weiter kommen.

Allerdings kann ich mir die Kritik nicht verkneifen: Wären Sie unseren Vorschlägen gefolgt, als wir die Anträge eingebracht haben, dann wären wir jetzt schon ein ganzes Stück weiter und der Landeshaushalt wäre wirklich bereits ein Stück weit entlastet.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mir trotz des Angebotes die Kritik nicht ersparen, dass dies natürlich auch ein Antrag ist, der etwas von den Problemen ablenken soll, die Herr Möller hat, die Enden des Haushalts zusammenzubekommen. Da ist möglicherweise das Prinzip Hoffnung der entscheidende Faktor und ich fürchte, das Desaster wird uns bei den Haushaltsberatungen noch direkt in die Augen springen. Dann werden wir deutlich machen - und vor allem Sie werden deutlich machen müssen -, ob denn Ihre Vorhaben wirklich in Vorteile für unser Land umgesetzt werden können, ob wir die **Synergieeffekte**, die Sie sich versprechen, dann auch realisieren können. Ich fürchte, wir werden beim Haushalt, wenn die Landesregierung den Offenbarungseid zu leisten hat, gar keinen anderen Weg mehr gehen können. Deswegen biete ich Ihnen aufgrund Ihrer Vorschläge eine faire Diskussion über die Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern an, vorausgesetzt - ich unterstelle das -, dass Sie auch an Ergebnissen interessiert sind. In dieser Erwartung wird meine Fraktion Ihrem Antrag uneingeschränkt zustimmen.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kayenburg, Sie haben zu Recht auf Initiativen Ihrer

Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode hingewiesen.

(Holger Astrup [SPD]: Auch die F.D.P. hat ja Initiativen eingebracht!)

- Danke! Das finde ich gut.

(Heiterkeit)

Mein zweiter Satz hätte gelautes: Auch die F.D.P.-Fraktion hat in dieser Hinsicht bereits gearbeitet

(Holger Astrup [SPD]: Der SSW auch!)

und wir freuen uns natürlich, dass ein solches Thema am Anfang der Legislaturperiode - das ist auch der richtige Zeitpunkt - wieder aufgegriffen wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sollten das nicht vorwegnehmen!)

Wir sehen natürlich in einer konkreten Umsetzung von Maßnahmen und nicht nur in einer Diskussion das eigentliche Ziel einer solchen Veranstaltung.

Wir vermissen gleichwohl in dem Antrag der SPD-Fraktion das, was Herr Hay in seiner Begründung ausgeführt hat, nämlich ein bisschen mehr Konkretes, wohin es gehen soll.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir sind uns alle darüber einig - das gilt ganz allgemein -: Wenn es eine **Zusammenarbeit** bis jetzt noch nicht gegeben hat, dann werden wir sie mit diesem Antrag auch nicht hinbekommen; wir brauchen mehr als nur eine formelle Zusammenarbeit, sondern tatsächlich eine Überprüfung von Aufgaben und der Frage, wo und von wem diese Aufgaben am besten wahrgenommen werden können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir stellen natürlich fest, dass die Regierungsfractionen erst durch die besonders leeren Kassen des Landes Schleswig-Holstein in Ihren Überlegungen beflügelt werden. Wir wollen daran erinnern, dass noch in der letzten Legislaturperiode entgegen dem Votum der Enquetekommission dieses Landtages die Staatlichen Umweltämter neu eingeführt worden sind - Mittelbehörden -, und dies auch nur, damit der Umweltminister eigene Mittelbehörden vorweisen kann - aus keinem anderen Grund,

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig! So ist es!)



**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

aus rein machtpolitischen Gründen. Es gab dafür damals keine fachliche Notwendigkeit und es gibt auch heute keine fachliche Notwendigkeit dafür.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

In dieser Legislaturperiode soll nun der Zusammenarbeit von Behörden sogar über die Landesgrenzen hinweg das Hohelied gesungen werden. So ändern sich die Zeiten, wenn der Rotstift regiert.

Für die F.D.P.-Fraktion will ich aber hinzufügen, dass wir unabhängig von dem Entlastungspotential für den Landeshaushalt eine **Zusammenarbeit von Landesbehörden der norddeutschen Länder** weitgehend, aber orientiert an den Aufgaben, die sie wahrnehmen, unterstützen. Wir stellen uns unter Zusammenarbeit mehr vor als nur den Austausch von Informationen. Es wird langfristig auch um die Aufgabenverlagerung in einzelne Bundesländer und auch um die Aufgabe einzelner Behördenstandorte gehen.

Ich stimme auch Ihrer Sicht zu, Herr Hay, dass für Schleswig-Holstein die Zusammenarbeit mit Hamburg eine ganz besondere Bedeutung hat.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Wir sagen allerdings, dass das formale Bekenntnis zur Zusammenarbeit nicht ausreicht. Wenn mit der **Straffung der Behördenstruktur** in Norddeutschland auch eine höhere Effizienz und eine verbesserte Wahrnehmung der Aufgaben erreicht werden sollen, dann muss es mittelfristig das Ziel sein, auch die **gesetzlichen Grundlagen** mit den zugehörigen Verordnungen, die in den fünf norddeutschen Ländern gelten und deren Umsetzung ja von den Behörden wahrgenommen werden soll, zumindest einander anzupassen. Es kann ja keinen Sinn machen, dass ein norddeutsches Landesamt fünf verschiedene Landesgesetze mit fünf verschiedenen Verordnungsapparaten umsetzt. So geht es nicht.

Eine solche erweiterte norddeutsche Kooperation bietet sich dann in allen jenen Fällen an, in denen Behörden ihre Kommunikation weitgehend über Post, Telefon und Internet erledigen können und nicht in der Fläche präsent sein müssen. Das gilt zumindest fast uneingeschränkt für die ersten sieben Ämter, die Sie genannt haben. Bei weiteren Einrichtungen muss man das schon sehr genau prüfen und angesichts des Scheiterns aller bisher aufgestellten Laborkonzepte finde ich es schon verwunderlich,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.] Ja!)

dass ausgerechnet die Labore in der Liste der Einrichtungen aufgeführt werden, deren Zusammenarbeit zu Synergieeffekten führen soll.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da sollten wir mal die Haushaltsmittel sperren!)

Schon die Stärkung der Zusammenarbeit der Umweltlabore in Kiel, die seit immerhin fünf Jahren verfolgt wird, hat bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Daher macht es wenig Sinn, das Problem auf die Ebene der Zusammenarbeit der Länder zu verlagern.

Darüber hinaus gibt es Bereiche, in denen wir einer Zusammenarbeit zwar selbstverständlich zustimmen, eine Verminderung von Standorten, eine Einschränkung der Aufgabenwahrnehmung in Schleswig-Holstein jedoch nicht für gut halten. Schleswig-Holstein kann durch **Einsparungen im Bildungsreich** vielleicht kurzfristig seinen Haushalt entlasten, aber mittel- und langfristig seine Finanzkraft nicht verbessern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Im Gegenteil, der Export von Abiturienten an Hochschulen außerhalb Schleswig-Holsteins bedeutet eine Schwächung der Wirtschaftskraft des Landes.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ebenso können wir einer weiteren Reduzierung des ohnehin schon viel zu geringen Studienangebots für angehende Berufsschullehrer nicht zustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ebenso ist im Bereich der Lehreraus- und -fortbildung zu beachten, dass weitere Zentralisierungen zulasten der Ausbildung gehen. Referendaren sind weitere Wege in der Ausbildung nicht zuzumuten. Die Qualität der Lehrerbildung ist entscheidende Voraussetzung für guten Unterricht. Da darf nicht gespart werden.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es wundert uns schon nicht mehr, dass in der Liste auch die **Landwirtschaftsverwaltung** auftaucht, für diese Landesregierung wie für die vorangegangene ein Bereich, in dem sie offensichtlich immer ein Einsparpotential sieht. Es darf auf keinen Fall der Weg vom Betrieb zur Behörde noch länger werden, als es schon jetzt der Fall ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Darunter würde die Aufgabenwahrnehmung durch die Behörden leiden. Schon jetzt sind die Fahrzeiten

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

sehr lang. Wer eine flächendeckende Landwirtschaft will, darf die Behörden nicht zentralisieren. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der F.D.P. - Unruhe)

Wir sehen gleichwohl Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit gerade mit Hamburg. Wir erwarten einen umfassenden, interessanten Bericht und freuen uns auf die Diskussion.

(Beifall bei F.D.P., CDU sowie der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD], Lothar Hay [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ressourcen können und müssen gebündelt werden. Dies ist nicht neu und auch die Grünen haben natürlich immer wieder zu diesem Thema etwas gesagt und eine stärkere **Zusammenarbeit** eingefordert, wie wir alle. Aber angesichts der Haushaltssituation, vor allem aber auch angesichts der Steuerreform muss Schleswig-Holstein seine bisherigen Bemühungen weiter verstärken.

Warum fordern wir als regierungstragende Fraktionen unsere eigene Landesregierung dazu auf? Da gab es ja gleich die Häme der Opposition. Da sage ich sehr deutlich: **Parlamentarismus** bedeutet auch, einmal die eigene Landesregierung aufzufordern, wenn wir meinen, etwas läuft ein bisschen zu langsam oder könnte verstärkt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist das so?)

Wenn sich die Opposition darüber lustig macht, ist es wahrscheinlich so, dass sie sich in so einer Situation eher antriebsarm im Sessel zurücklehnen und all ihre Initiativen unten beim Pförtner abgeben würde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hat sich denn lustig gemacht? - Unruhe)

Das tun wir nicht. Das ist nicht unsere Auffassung eines lebendigen Parlamentarismus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem bietet sich gerade bei diesem Thema ein möglichst parteiübergreifender Antrag, eine parteiübergreifende Aufforderung an die Regierung an. Denn wenn der Inhalt des Antrages tatsächlich umgesetzt wird - darauf ist ja hingewiesen worden -, wenn die Zusammenarbeit auch einen Abbau von bisherigen

Strukturen mit sich bringt, wenn es um Standortschließungen geht, wenn Arbeitsplätze verlagert werden oder auch wegfallen, brauchen wir alle Kräfte dieses Hauses, die auch vor Ort, vor den Betroffenen sagen:

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ja, wir haben diese Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern gewollt und jetzt stehen wir auch vor Ort zu den Konsequenzen, zur Auflösung bisheriger Strukturen, zum Abbau oder zur Verlagerung von Arbeitsplätzen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich freue mich, dass Herr Kayenburg an der Stelle geklatscht hat, als Herr Hay gesagt hat, dass es auch um Standortauflösungen geht, während mich bei dem Beitrag von Frau Happach-Kasan etwas gewundert hat, dass sie erst einmal aufgezählt hat, was alles nicht geht.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Wenn wir den Antrag heute verabschieden, haben wir alle eine Verantwortung und der Antrag ist extra in zwei Teile gegliedert: Im ersten Teil spricht er sich eindeutig dafür aus, dass die Zusammenarbeit verstärkt werden soll - da geht es um einen Beschluss -, und der zweite Teil des Antrages ist der Berichtsantrag.

(Unruhe)

In der **Aufzählung** der Bereiche, in denen wir eine verstärkte **Zusammenarbeit** einfordern, ist der Antrag sehr weitgehend. Wenn Sie sich darüber lustig machen - was ich auch verstehen kann -, dass wir gerade die Labore mit reingeschrieben haben, sage ich, dass wir das Laborkonzept extra noch einmal mit hineingeschrieben haben, weil das ein Beweis dafür ist, dass wir nicht nur nachholen müssen, was wir in Schleswig-Holstein bisher nicht geschafft haben, sondern gleich mit überlegen müssen, ob wir nicht schon einen Schritt weitergehen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn der **Bericht der Landesregierung** im September vorliegt, haben wir sicherlich eine gute Grundlage, um unsere Anforderungen zu präzisieren. In jedem Fall muss der Bericht Grundlage für eine qualifi-

(Monika Heinold)

zierte **Beratung in den Fachausschüssen** sein. Erst dann, wenn Schleswig-Holstein seine Ziele der gewünschten Zusammenarbeit formuliert hat - das möchte ich deutlich sagen -, beginnt der mühsame Weg der Verhandlungen mit den anderen Bundesländern. Allein mit unserer Beschlussfassung, allein mit unserer Einigkeit ist es bei diesem Thema leider nicht getan.

Es ist nicht so, dass Hamburg dasteht und darauf wartet, dass zum Beispiel das Statistische Landesamt in Hamburg aufgelöst und dessen Arbeit in Schleswig-Holstein mitgemacht wird, sondern jeder möchte natürlich seinen Standort behalten. Damit es überhaupt vorangeht, gehört zu einer **norddeutschen Kooperation** meiner Meinung nach eine **Paketlösung**, indem in mehreren Bereichen geguckt wird, was zusammengelegt werden kann, und dann muss jeder einen Standort aufgeben, aber auch einen Standort erhalten und ausweiten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Schleswig-Holstein muss die treibende Kraft sein, denn die Haushaltssituation ist zu schwierig, als dass wir uns weiterhin überflüssige Doppelstrukturen leisten können. Gerade wenn wir keinen **Nordstaat** wollen, wenn wir auch die Eigenständigkeit der kleinen Bundesländer erhalten wollen, müssen wir bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben auf Zusammenarbeit und Zusammenlegung drängen, damit nicht die Haushaltssituation dazu führt, dass wir unsere Eigenständigkeit eines Tages aufgeben müssen. Europa der Regionen - dazu passt diese Linie. Eigenständigkeit und Identität in der Region und Zusammenarbeit und Abstimmung, wo es überregional sinnvoll ist.

Strukturelle Veränderungen brauchen Zeit, bis sie zu tatsächlichen Einsparungen führen. Deshalb müssen wir noch in diesem Jahr weitere Grundlagen für die Haushalte ab 2002 legen. Dieser Antrag wird mit Sicherheit nicht dazu beitragen, den Haushalt 2001 zu entlasten, so schön es auch wäre. So weit reicht mein Optimismus dann doch nicht.

Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam den Mut haben, wenn der Bericht vorliegt, weitere Entscheidungen zu treffen, damit die Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern mutig vorangeht, wo es sinnvoll ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für den SSW erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja richtig, wenn in einer Tageszeitung zu dieser Initiative gesagt wird, es gehöre zum Ritual schleswig-holsteinischer Landespolitik, immer wieder einmal das Hohelied über die norddeutsche Zusammenarbeit anzustimmen. Neu ist die Forderung nach verstärkter **Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern** bei weitem nicht. Es ist auch nicht so, dass in dieser Frage bis heute gar nichts passiert ist. Im Gegenteil, beispielsweise gibt es schon seit 1955 eine institutionalisierte gemeinsame Landesplanung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, es gibt einen gemeinsamen Landesplanungsrat Hamburg/Schleswig-Holstein und viele gemeinsame Ausschüsse, die sich mit den länderübergreifenden Problemen und Herausforderungen beschäftigen. Auch gemeinsame Kabinettsitzungen wurden zwischen den norddeutschen Landesregierungen bereits abgehalten.

Nun fordern SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Landesregierung diese Zusammenarbeit verstärkt. Laut Presseberichten möchte man sogar noch einen Schritt weitergehen: Man überlegt die **Zusammenlegung von Behörden**. Wenn dieser Vorstoß auch vor dem Hintergrund der Diskussion um die Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung als **Alternative zum Nordstaat** verstanden werden soll, begrüßen wir ihn ausdrücklich.

Im Prinzip befürworten alle Parteien, dass Verwaltungseinrichtungen, Behörden und andere Einrichtungen aus Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein durch verstärkte Zusammenarbeit mehr Synergieeffekte erzielen und dadurch eventuell auch Einsparungen im Landeshaushalt möglich sind. Der Teufel steckt aber wie im immer im Detail.

Für den SSW ist in der Frage einer möglichen Zusammenarbeit in diesen Bereichen erst einmal wichtig, dass das **Kontrollrecht des Landtages** durch solche Maßnahmen nicht ausgehöhlt wird. Deshalb begrüßen wir, dass eine Zusammenlegung des Verfassungsschutzes nicht mehr auf der Agenda steht.

(Lothar Hay [SPD]: Das war eine Fehlinformation!)

Denn gerade bei einer Zusammenlegung des Verfassungsschutzes hätten wir Probleme mit der parlamentarischen Kontrolle bekommen. Ich glaube nicht,

(Anke Spoorendonk)

dass eine gemeinsame Kontrolle durch die Parlamente verfassungsrechtlich möglich gewesen wäre.

Natürlich ist es ein großes Problem, wenn bei der **Zusammenlegung von Behörden** oder **Ämtern Arbeitsplätze** an gewissen Standorten verloren gehen. Man kann leicht anführen, dass es dabei um das übliche Klein-Klein oder Kirchturmspolitik geht; aber wir sind in Schleswig-Holstein heute leider noch lange nicht in einer Situation, wo so viele neue Arbeitsplätze entstehen, dass uns ein Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Bereich nicht mehr berührt. Das bedeutet nicht, dass sich der SSW der Diskussion um Zusammenlegung verweigern wird. Diese ist notwendig, nicht zuletzt - wie ich vorhin schon sagte - auch aus finanziellen Gründen. Aber man darf es sich nicht zu einfach machen und diese Entscheidung nur auf dem Reißbrett fällen. Es geht immerhin um Menschen. Das muss Ausgangspunkt auch dieser Diskussion sein.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Sieht man sich die Liste der vorgeschlagenen Behörden und Ämter an, so gibt es sicherlich einige Bereiche, in denen eine Zusammenarbeit schon lange fällig ist.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sehen dem Bericht der Landesregierung über den derzeitigen Stand der Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern mit Spannung entgegen.

Letzte Bemerkung! Ich will nicht verhehlen, dass für uns die andere Seite der Medaille eine neue Dimension der **Regionalpolitik** ist. Damit meine ich nicht einfach ein weiteres „Auf-die-Pauke-Hauen“ von wegen Ungleichgewicht zwischen dem Landesteil Schleswig und dem Landesteil Holstein, sondern ich meine auch hier zukunftsweisende und intelligente Regionalpolitik. Aber die muss mit bedacht werden.

Wir vom SSW werden auf diesen Aspekt immer wieder aufmerksam machen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Bevor ich Herrn Dr. Ekkehard Klug das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile, begrüße ich auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher der Gesamtschule aus Elmshorn, der Wirtschaftsakademie aus Kiel, der Hermann-Tast-Schule aus Husum und von der Berufsvorbereitung aus Raisdorf. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Herr Abgeordneter Dr. Klug, Sie haben das Wort!

**Dr. Ekkehard Klug** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Abstimmungsverhalten gern noch Folgendes mitteilen und feststellen: Den **Bericht**, der angefordert ist, begrüßt meine Fraktion ausdrücklich; dem stimmt sie zu. Wir können aber aufgrund eines Punktes dem **Forderungskatalog**, den Herr Hay und Frau Heinold vorgelegt haben, nicht zustimmen. Ein Punkt, Frau Heinold, der bei uns auf Bedenken stößt, ist der drittletzte Punkt auf der ersten Seite, der die Zusammenarbeit - wie es da heißt - bei der Abstimmung von Studienangeboten, insbesondere auch für Berufsschullehrerinnen und -lehrer betrifft. Nach meiner Einschätzung verbirgt sich dahinter das auch mit dem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Rauner-Gutachten intendierte Ziel, die Ausbildung von Diplom-Handelslehrern, also von **Berufsschullehrern**, an der **Universität Kiel** aufzugeben. Jedenfalls haben wir hier Sorge, dass uns dies untergejubelt werden soll.

Ich habe bereits in der ersten Sitzung des Bildungsausschusses zum Punkt Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern im Bildungsbereich, speziell im Hochschulbereich, vom Kultusministerium einen Bericht angefordert - er steht im Ausschuss noch aus -, weil mir - wie gesagt - Informationen vorliegen, dass es entsprechende Bestrebungen geben soll.

Ich möchte zur Sache gern noch hinzufügen, dass wir nach den Angaben, die uns das Kultusministerium in den letzten Monaten vorgelegt hat, bis zum Jahre 2005 einen Einstellungsbedarf in der Größenordnung von etwa 1.000 Berufsschullehrerinnen und -lehrern haben und dass zurzeit in Schleswig-Holstein in unseren Hochschulen, die solche Studienangebote für diese Lehrämter vorhalten, in Kiel 120 und in Flensburg 54 Studierende immatrikuliert sind. Das heißt, dass wir mit den beiden Standorten heute überhaupt nur ein Sechstel des Bedarfs, den wir in unserem Land haben, in den nächsten fünf Jahren abdecken können und dass unter diesem Aspekt Bestrebungen zur Konzentration von Studienangeboten, zum Abbau von Studienangeboten an einer der Hochschulen des Landes überhaupt nicht sachdienlich sind. Im Hinblick auf diese Überlegungen können wir leider dem Forderungskatalog, den die beiden Fraktionen vorge-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

legt haben, in diesem Punkt nicht zustimmen, bevor das nicht ausgeräumt ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt Frau Abgeordnete Monika Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Klug, Sie vermuten Dinge,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Zu Recht!)

- nein! -, die nicht stimmen. Da ich diesen Antrag mit formuliert habe und gerade auch zum Rauner-Gutachten überhaupt nichts sagen kann, weiß ich zumindest, dass dieser Ansatz nicht dahinter steckt. Das will ich an dieser Stelle auch ehrlich sagen.

Hintergrund ist, dass wir gesagt haben, gerade im Bereich der Hochschulen, bei denen wir ja auch überlegen, wie mit Kapazitäten zurecht gekommen werden kann und wir trotzdem vernünftige Standards halten gerade auch im Bereich der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, auch der **Berufsschullehrerinnen und -lehrer**, von denen wir ja wissen, dass eine Reihe von Neueinstellungen notwendig sind, die Schleswig-Holstein selbst gar nicht abdecken kann, muss es eine Zusammenarbeit, eine Abstimmung geben. Ich kann zwar verstehen, dass Sie dem Punkt nicht zustimmen wollen, aber von daher kann ich jetzt wirklich nur sagen, dass Sie dort nicht einfach etwas vermuten sollten, was damit so nicht gemeint ist.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Lothar Hay [SPD] und Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja jetzt eine ganz interessante Diskussion, die angezettelt wird: inwieweit man sich schon in dem Moment festlegt, in dem man einen Berichts Antrag unterstützt. Ich meine, das tut man nicht. Man muss Wissen haben, um handeln zu können. Vorhin sagte ich, was für den SSW wichtig ist, nämlich dass die **Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern** als andere Seite der Medaille eine neue Dimension der Regional-

politik hat. Wir werden auf keinen Fall etwas unterstützen, was zum Beispiel den Universitätsstandort Flensburg schwächt. Aber wir werden natürlich den Berichts Antrag mit tragen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Innenminister Buß das Wort.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen die Initiative der Regierungsfractionen und sind selbstverständlich gern bereit zu berichten. Das Thema ist ja in der Tat nicht neu, ist Gegenstand von Besprechungen der Regierungschefs der norddeutschen Länder und auch auf der Innenministerkonferenz gewesen. Alles das, was hier über Kosten, Synergieeffekte und so weiter gesagt worden ist, kann natürlich von hier aus nur unterstrichen werden.

Es darf aber nicht der Eindruck entstehen, auf dem Gebiet der **norddeutschen Zusammenarbeit** habe sich bisher nichts getan. Eine kurze Bestandsaufnahme über den Stand der länderübergreifenden Kooperation der norddeutschen Länder auf dem Gebiet der Verwaltung hat ergeben, dass es bereits 172 **Kooperationsprojekte** verschiedenster Art gibt. An 141 dieser Projekte in Schleswig-Holstein beteiligt.

Ich will ohne Wertung und nur in der Reihenfolge einige Beispiele nennen: die Wasserschutzpolizeileitstellen Nord- und Ostsee, die Zusammenarbeit der Polizeien im Beschaffungswesen, die Ausbildung für das Personal der Landesversicherungsanstalten an der Fachhochschule Schleswig-Holstein, die Kooperation der Datenzentrale Schleswig-Holstein und des Hamburgischen Landesamtes für Informationstechnik, die Intensivierung der Zusammenarbeit der Eichbehörden, die Arbeitsgruppe Lehrerbildung, den gemeinsamen Bibliotheksverbund der Länder - die Aus- und Weiterbildung für jene Fachkräfte -, die norddeutsche Kooperation mit der Lebensmitteluntersuchung und so weiter. Es werden natürlich aber noch weitere Anstrengungen nötig sein, um die vorstellbaren **Synergieeffekte** durch Zusammenarbeit bestmöglich auszuschöpfen.

Es ist nur nicht immer einfach, den Willen zur Kooperation zu wecken, da **Kooperation** fast immer auch **Verluste an Selbstständigkeit und Entscheidungskompetenz** mit sich bringt. Widerstände gibt

**(Minister Klaus Buß)**

es aus diesem Grund sowohl bei den potentiellen Kooperationspartnern in den anderen Ländern als auch natürlich in den eigenen Fachverwaltungen.

Nachvollziehbare Bestrebungen, die eigenen Kompetenzen zu verteidigen, bremsen die Kooperationsfreudigkeit. Auch insofern wird die vorliegende Initiative ausdrücklich begrüßt, denn politische Unterstützung ist nötig, um in der Sache voranzukommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich berichten wir gern - ich habe das schon gesagt - über die vorhandenen Kooperationsfelder. Ob die Zeit ausreicht - die Frist, die Sie uns gesetzt haben, ist doch relativ kurz; die Sommerpause liegt dazwischen -, um über neue Pläne und konkrete neue Vorhaben mit der notwendigen Tiefe zu berichten, wird sich zeigen. Ich hoffe, dass die Zeit ausreichen wird. Ideen zur Zusammenarbeit allein von schleswig-holsteinischer Seite entwickelt, reichen nämlich nicht aus. Zu jeder Kooperation gehören nun einmal mindestens zwei, Herr Kayenburg! Frau Heinold hat das ja auch in dankenswerter Klarheit hier - wenn ich richtig zugehört habe - als einzige so deutlich ausgesprochen. Vielen Dank dafür!

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist nämlich das Problem.

Wir werden sehen, ob der politische **Erkenntnisprozess** in den anderen norddeutschen Ländern schon so weit gediehen ist wie in diesem **Parlament** und - so behaupte ich einmal - auch in dieser **Regierung**. Ich sage Ihnen nur ein Beispiel: In meinem früheren Amt habe ich noch eine Konferenz der norddeutschen Agrarminister in Lübeck zusammengebracht.

Es war sehr schwierig, über die Verbalbeiträge hinaus bei der Zusammenarbeit zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Ich kenne die weitere Diskussion nicht, aber ich kann nur aus meinen Erfahrungen berichten, wie schwierig das im Einzelfall ist.

SPD und Grüne haben in ihrer Koalitionsvereinbarung ihre Absicht bekundet, auf diesem Feld noch weiterzukommen. Auch die Regierung sieht das als unbedingt notwendig an.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich selbst möchte für mich in meinem Amt nur sagen, ich werde noch vor der Sommerpause nacheinander Gespräche mit meinen drei Kollegen in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen führen, um genau diese Politikfelder, die Sie angesprochen

haben, zu erörtern, nämlich inwieweit dort eine neue Zusammenarbeit, weitere Zusammenarbeit oder zum Beispiel auch - wie Herr Hay es als Endziel angesprochen hat - eine Zusammenlegung von Behörden möglich ist. Ich bin sehr gespannt auf diese Gespräche und werde sie in den Bericht der Landesregierung mit einbeziehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Herr Dr. Klug, ich habe Sie so verstanden, dass Sie keine getrennte Abstimmung haben möchten, sondern nur erklären, dass die F.D.P. aufgrund der von Ihnen vorgebrachten Bedenken dem Antrag nicht zustimmen wird. - Gut, dann darf ich fragen, wer ansonsten dem vorliegenden Berichts Antrag seine Zustimmung geben möchte. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der F.D.P. ist der Berichts Antrag so angenommen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Präsident, es ist nicht nur ein Berichts Antrag - das habe ich eben noch einmal deutlich gemacht -, sondern der Antrag ist ein Beschluss! Deshalb auch der Einwand! Der zweite Teil ist ein Berichts Antrag! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dem stimmen wir auch zu!)

- Entschuldigung, dann stellt sich die Frage, ob wir noch einmal getrennt abstimmen sollen?.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Besser wäre das!)

- Ja, ja, gut, das habe ich eben gefragt. Da war das nicht gewollt. Wenn Sie das jetzt beantragen, haben wir eine andere Situation.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe. - Frau Heinold!

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da wir zumindest für den Berichts Antrag gern die Zustimmung des gesamten Hauses hätten, beantrage ich für die Antragsteller, dass wir über den Antrag in zwei Teilen abstimmen. Der erste Teil beinhaltet alles bis auf den letzten Absatz. Das ist die konkrete Aufforderung an die Landesregierung, die Zusammenarbeit zu verstärken und aktiver zu werden, sowie die Auflistung der Beispiele. Der zweite Teil, das ist

**(Monika Heinold)**

dann der letzte Absatz, das ist der Berichtsantrag. Es wäre schön, wenn wir darüber getrennt abstimmen könnten.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das war der Hintergrund meiner Frage. Ich bedanke mich für die Konkretisierung. Wir haben jetzt einen Antrag auf eine Worterteilung zur Geschäftsordnung. Herr Abgeordneter Jürgen Feddersen!

**Jürgen Feddersen [CDU]:**

Herr Präsident! Ich habe die Geschäftsordnung nicht im Kopf, aber das kenne ich aus der Kommunalpolitik, in der Gemeinde und auch im Kreistag, wenn wir abgestimmt haben, haben wir abgestimmt. Und dann ist das gewesen.

(Vereinzelter Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Abgeordneter Kubicki zur Geschäftsordnung!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, nein! Wir können doch abstimmen!)

- Die Frage ist, ob das einvernehmlich so gesehen wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir wollen einvernehmlich noch einmal abstimmen!)

- Herr Geißler!

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Herr Präsident! Ich schlage vor, dass der Landtag seinen eben gefassten Beschluss aufhebt. Dann können wir erneut abstimmen.

(Heiterkeit und Beifall)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege Geißler, das ist alles in Ordnung, aber mir ging es um die Frage des politischen Einvernehmens, dass wir noch einmal in die Abstimmung eintreten.

(Zurufe: Ja, ja!)

- Gut, prima, dann stelle ich das Einvernehmen darüber fest, dass der zuerst getroffene Beschluss so nicht wirksam ist, sondern dass wir erneut in die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 9 zur Drucksache 15/118 eintreten. Wer in der von Frau Heinold

vorgeschlagenen Fassung dem Beschlussteil, der sich aus Absatz eins und den einzelnen aufgeführten Punkten zusammensetzt, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser erste Teil, der Beschlussteil, mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen worden.

Wir kommen nun zum zweiten Antragsteil, das ist der Antrag, der sich aus dem dritten Absatz ergibt, der Berichtsantrag. Ich darf fragen, wer dem Berichtsantrag seine Zustimmung erteilt. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Berichtsantrag ist damit einstimmig angenommen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit ist der Tagesordnungspunkt 9 erledigt. Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 19.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

### **Videüberwachung in öffentlichen Räumen zum Zwecke der Gefahrenabwehr und der Kriminalitätsbekämpfung**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/137 (neu)

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/154

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem der Kollege Geißler zukünftig zu den Kommentatoren der Geschäftsordnung gehören wird, freue ich mich, dass wir in eine weitere ebenfalls juristisch interessante Debatte eintreten können.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Videüberwachung erleben wir an vielen Stellen des täglichen Lebens. Im privaten Bereich ist sie gang und gäbe. Wenn wir in eine Bank gehen, wenn wir zu einem Geldautomaten treten, wenn wir auf dem Bahnhof sind - überall erleben wir Videüberwa-

(Dr. Johann Wadephul)

chung, und zwar aus dem Grund, weil die Sicherheitslage das erforderlich macht.

Die Sicherheitslage ist jedoch nicht abhängig davon, ob der Raum privat oder öffentlich ist. Deshalb muss auch der Staat darüber nachdenken, dieses Medium einzusetzen. Es ist deshalb sehr erfreulich, dass die Innenministerkonferenz am 5. Mai diesen Jahres übereinstimmend - ich begrüße das, Herr Minister - zu der Ansicht gelangt ist, dass

„durch den offenen Einsatz von Videotechnik an Kriminalitätsbrennpunkten im Rahmen eines den jeweils spezifischen Gegebenheiten Rechnung tragenden Konzeptes die Prävention verstärkt, die Kriminalitätshäufigkeit reduziert, die Aufklärung von Straftaten gesteigert und das Sicherheitsgefühl verbessert werden“

können. In diesem Sinne ist - wie die **Innenministerkonferenz** in ihrem einstimmig gefassten Beschluss festhielt - die **Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten** im öffentlichen Raum ein geeignetes Mittel,

„um die Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben im Rahmen der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung wirksam zu unterstützen“.

Ich begrüße für meine Fraktion ausdrücklich diesen Beschluss. Und ich begrüße ausdrücklich, Herr Innenminister, dass Sie diesen Beschluss mitgetragen haben.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Klaus-Peter Puls [SPD])

Mit Sorge nehmen wir zur Kenntnis, was die Regierungsfaktionen mit ihrem Antrag hier vorgelegt haben. Und ich muss sagen, wenn wir diesen Antrag lesen, Herr Minister, wird deutlich, es droht, dass Ihnen jetzt rote oder grüne Korsettstangen angezogen werden. Aber haben Sie keine Angst; wenn Sie auf diesem Weg weitergehen wollen, wenn Sie das umsetzen wollen, was die Innenministerkonferenz beschlossen hat, haben Sie an dieser Stelle unsere Unterstützung und insofern auch eine Chance, das parlamentarisch durchzusetzen.

Der Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz hat die Forderung formuliert, dass eine zusätzliche rechtliche Absicherung der Videoüberwachung in den Polizeigesetzen der Länder notwendig ist. Wenn wir vergleichen, was in den verschiedenen Bundesländern an gesetzlichen Regelungen existiert, so müssen wir feststellen, dass es Regelungsbedarf gibt. Deshalb überar-

beiten die Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg zurzeit ihre Gesetze. Wenn wir die Gesetzeslage in Schleswig-Holstein mit der in Hamburg vergleichen, müssen wir feststellen: Auch hier gibt es Handlungsbedarf für unser Bundesland.

Derzeit ist nämlich die gesetzliche Regelung so, dass Videoaufzeichnungen nur bei dem Vorliegen einer konkreten Gefahr für die Begehung von Straftaten möglich sind. Die abstrakte Gefährdung im Vorfeld von Straftaten ist bisher nicht erfasst.

Genau dieser Umstand bereitet Probleme und schränkt die Wirksamkeit von Videoüberwachungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein sehr stark ein.

Ein Beispiel: Im Vorfeld einer Straftat - es kann ein Diebstahl sein, es kann aber auch ein Drogendelikt sein - ist die Vorbereitung der Tat nicht sofort erkennbar. Die Gesetzeslage in Schleswig-Holstein ermöglicht den tätigen Beamten erst dann, an den Monitoren tätig zu werden, die Videotechnik einzuschalten und eine Videoaufzeichnung durchzuführen, wenn die Straftat konkret erkennbar ist. Das ist für die Identifizierung des Täters und möglicher Mittäter und Gehilfen zu spät. Eine Auswertung der Überwachung, eine Rückverfolgung, wie es zu dieser Straftat kam, ist nicht mehr möglich. Das schränkt das Medium sehr stark ein.

Herr Minister, wenn Sie also tatsächlich an der Schaffung eines effektiven und gezielten Instrumentariums zur Gefahrenabwehr für unsere Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein interessiert sind, müssen Sie mit uns gemeinsam gesetzgeberisch tätig werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen mit unserem Antrag die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Videoaufzeichnung und die Videoüberwachung auf ein rechtlich sicheres Fundament gestellt werden. Uns ist sehr wohl bewusst, dass es sich dabei - in Bayern wird das teilweise geleugnet - um einen Grundrechtseingriff handelt, der nur auf der Grundlage eines Gesetzes erfolgen kann. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Interesse der handelnden Beamten brauchen wir eine klare gesetzliche Grundlage. Deswegen müssen wir nachbessern.

(Beifall bei der CDU)

Ich will auch hier ganz klar sagen: Wir wollen durch sehr konkrete Formulierungen im Gesetz verhindern, dass Videoüberwachung als falsch verstandenes Allheilmittel allerorten missbraucht wird.

(Beifall bei der CDU)



**(Dr. Johann Wadephul)**

Es ist notwendig, die Videoüberwachung einsatzmäßig klar zu begrenzen. Sie soll nach unseren Vorstellungen nur an Orten zulässig sein, an denen es in der Vergangenheit überproportional und schwerpunktmäßig zur Gefährdung der Sicherheit oder zu strafbaren Handlungen gekommen ist. Gemeint sind dabei zum Beispiel Treffpunkte der Drogenszene, die wir alle kennen, und auch die häufigen Ausgangspunkte der typischen Begleit- und Beschaffungskriminalität, die leider dazugehören. Wir wollen Videoüberwachung nur dort zulassen, wo es sich aufgrund der Erfahrungen der Polizei und Ordnungsbehörden um einen so genannten Kriminalitätsbrennpunkt handelt, also einen Ort, der nach der Kriminalitätslage als gefährlich eingestuft werden kann. Wo das letztlich der Fall ist, Herr Minister, müsste nach unseren Vorstellungen das Innenministerium im Einzelfall entscheiden.

Wir sind auch dafür, dass wir die Videoüberwachung nicht geheim durchführen, sondern dass sie sichtbar und für alle erkennbar ausgedeutet wird, sodass jeder weiß: An dieser Stelle findet Videoüberwachung statt. Das ist übrigens eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir wirklich zu Vorbeugung kommen, dass wir wirklich abschrecken. Das ist das beste und geeignetste Mittel polizeilicher Tätigkeit, dass sie verhindert, dass es überhaupt zu Straftaten kommt. Deswegen müssen wir an dieser Stelle tätig werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Weil Transparenz für uns wichtig ist, wollen wir auch die Bevölkerung umfangreich informieren und sind dafür, dass die kriminalpräventiven Räte eingebunden werden. Wir müssen das Verständnis derjenigen Bürgerinnen und Bürger erwerben, die notwendigerweise mit betroffen sind, auch aufgezeichnet werden können, beobachtet werden können, die sich nichts zuschulden haben kommen lassen, aber die von diesem Eingriff betroffen sind. Deswegen brauchen wir eine sorgfältige Einzelabwägung und sehr viel Transparenz in diesem Verfahren.

(Beifall bei der CDU)

Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen: Es gibt in anderen Ländern, beispielsweise in Großbritannien, sehr erfolgreiche Versuche mit einer umfangreichen, flächendeckenden Videoüberwachung. In Newcastle hat das zum Rückgang der Kriminalität um fast 50 % geführt. Wir haben vor einigen Tagen die Presseveröffentlichung über die Praxis in Regensburg verfolgt. Ich sage hier für meine Fraktion ganz klar: Wir wollen keine flächendeckende Videoüberwachung. Wir wollen sie ganz gezielt. Eine flächendeckende Videoüberwachung ist weder notwendig noch wünschenswert.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind, da wir alle Datenschutzprobleme sehr ernst nehmen, dafür, die notwendigen Daten relativ schnell wieder zu löschen. Wir können uns eine Lösungsfrist der Videoaufzeichnung nach spätestens sieben Tagen vorstellen. Darüber sollten wir ausführlich diskutieren. Wir wollen auch den Datenschutzbeauftragten des Landes umfangreich in das Verfahren einbinden und eine Entscheidung des Innenministeriums erst dann, wenn der Datenschutzbeauftragte seine Meinung dazu gesagt hat.

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Die CDU-Fraktion redet nicht einer unbegrenzten Videoüberwachung das Wort. Es geht uns um den angemessenen Einsatz eines geprüften Mittels zum Schutz von Personen und Rechtsgütern in unserem Bundesland.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen die Prävention stärken, die Kriminalitätshäufigkeit reduzieren, die Aufklärung von Straftaten erleichtern und das Sicherheitsgefühl aller Menschen in Schleswig-Holstein verbessern. Die Erfahrungen auch im Inland, in Leipzig und in Halle, haben gezeigt, dass kontrollierte Videoüberwachung ein adäquates Mittel der Kriminalitätsbekämpfung ist. In Leipzig, wo die Videoüberwachung im Bereich des Hauptbahnhofs als einem Kriminalitätsbrennpunkt seit 1995 durchgeführt wird, reduzierten sich beispielsweise die Kfz-Diebstähle und die Taschendiebstähle um die Hälfte.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich will auf den Antrag der Regierungsfractionen hinweisen. Verdrängungseffekte - das hat die Innenministerkonferenz festgestellt - wurden in diesem Bereich nicht festgestellt. Das heißt, diese Anmerkung in Ihrem Antrag ist völlig unnötig. Auch ein Rückgang der Rauschgiftkriminalität ist festzustellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt nicht!)

- Doch, Herr Kollege Kubicki! Für die Rauschgiftkriminalität gilt etwas anderes, aber für den Bereich der Kfz-Diebstähle, Einbrüche, Taschendiebstähle gab es keine Verdrängungseffekte. Das ist an dieser Stelle festgestellt worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist beschlossen worden von den Innenministern! Damit ist es nicht festgestellt!)

- Das ist so. Das ist umfangreich kriminalistisch er-

**(Dr. Johann Wadephul)**

mittelt worden. Diese Ergebnisse sollten wir gemeinsam zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wenn wir heute in den „Lübecker Nachrichten“ die Ergebnisse der aktuellen Sicherheitsstudie über Lübeck lesen, stellen wir fest: Die Bürgerinnen und Bürger haben in bestimmten Räumen Angst, die nicht bewacht sind, die besonders gefährdet sind. Herr Hüttmann hat ja ganz klar erklärt: Durch zusätzliche Bestreifungen sind diese Bereiche überhaupt nicht abzudecken. Deswegen gibt es Handlungsbedarf für Schleswig-Holstein. Deswegen sollten wir uns an dieser Stelle aufgeschlossen zeigen, an Kriminalitätsbrennpunkten Gefährdungen abzubauen und die öffentliche Sicherheit in unserem Land zu erhöhen.

Die Videoüberwachung - so fasse ich zusammen - ist kein Allheilmittel, aber sie ist im Verbund mit anderen polizeilichen Maßnahmen sehr geeignet, die öffentliche Sicherheit in Schleswig-Holstein zu erhöhen. Die Kriminalitätsrate gibt überhaupt keinen Anlass, gerade im Bereich der Massendelikte, zur Ruhe und dazu, dass wir uns zurücklehnen, sondern dass wir handeln. Das erwarten alle rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger von dem Parlament und von der Regierung ihres Bundeslandes.

Die Anordnung der Videoüberwachung bedarf klarer gesetzlicher Grundlagen, sowohl zum Schutz der Betroffenen als auch der handelnden Beamten. Hierfür bildet unser Antrag eine verlässliche Grundlage. Nicht „Big Brother“ im rechtsfreien Raum, sondern ernsthafte und ernst zu nehmende Gefahrenabwehr zum Schutz unseres Gemeinwohls! In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Klaus-Peter Puls.

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Vorbemerkung, Herr Dr. Wadephul! Gucken Sie sich den Innenminister an. Er ist sportlich und kernig. Er braucht keine rot-grünen Korsettstangen.

(Heiterkeit)

Jetzt zur Sache! „Der Schutzmann auf der Straße ist allemal besser als Big Brother.“

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie

[CDU]: Den muss man einstellen! Da darf man nicht kürzen!)

Mit diesem Satz, Herr Kollege Schlie, werde ich zum Thema Videoüberwachung in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ vom 23. Mai des Jahres zitiert. Die Begründung für meine These hatte der CDU-Kollege Geißler bereits in den „Lübecker Nachrichten“ vom 4. April vorab geliefert mit dem Satz: „Big Brother raubt dem Bürger Freiheit.“

(Thorsten Geißler [CDU]: Das ist auch so! Das wollen wir auch nicht!)

Der Kollege Geißler hat in seinem persönlichen Artikel in den „Lübecker Nachrichten“ richtig gesagt, dass es absurd sei, es handle sich bei der Videoüberwachung nur um eine Fortsetzung der Beobachtung durch das menschliche Auge mit anderen Mitteln. Der Kollege Geißler hat auch Recht, wenn er sagt:

„Moderne Videokameras verfügen über die Eigenschaften der Ausschnittvergrößerung, des Standbildes, der Zeitlupe; mithilfe der Zoomtechnik lässt sich jede mimische Regung, jede Lippenbewegung dokumentieren und entschlüsseln. Auch der rechtstreu Bürger gerät ins Visier der Kameras und er kann nicht erkennen, ob der Polizeibeamte am Monitor diese Mittel rechtmäßig oder auch unter Verstoß gegen Ausführungsbestimmungen einsetzt. Nicht zuletzt deshalb befürchten Polizeigewerkschaftler den Verlust eines Teils des Vertrauens, den sich unsere Polizei in der Bevölkerung erworben hat und von dessen Bestand der Erfolg ihrer Arbeit mit abhängt.“

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alles Originalton Geißler!

Der Kollege Geißler zitiert schließlich zu Recht auch die - wie er sagt - „denkwürdigen Sätze des Bundesverfassungsgerichts“, die da lauten:

„Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffenden Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden. Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wäre eine Gesellschaftsordnung

**(Klaus-Peter Puls)**

und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß.“

(Beifall bei SPD, F.D.P. und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, mit den Gründen des CDU-Kollegen Geißler sind wir gegen den vorliegenden CDU-Antrag.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und F.D.P.)

Teil eins Ihres Antrages, meine Damen und Herren von der CDU, gibt fast wortgleich den Beschluss der Innenministerkonferenz wieder. Sie sind darauf eingegangen, Herr Dr. Wadehul. Das müssen wir hier nicht noch einmal beschließen. Der Beschluss der **Innenministerkonferenz** entspricht nämlich unsererer schleswig-holsteinischen Rechtslage.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau! - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sagen in unserem Antrag dazu Folgendes:

„Zweifellos kann - wie dies die Innenministerkonferenz am 4./5. Mai festgestellt hat - Videoüberwachung in Einzelfällen geeignet sein, polizeiliche Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung zu unterstützen. Hierzu enthält das schleswig-holsteinische Landesverwaltungsgesetz eine ausreichende gesetzliche Grundlage.“

Und wir sagen weiter an anderer Stelle:

„Für Regelungen, die eine weitergehende Überwachung erlauben, besteht kein Anlass.“

Meine Damen und Herren, insbesondere den letzten Teil des CDU-Antrages lehnen wir dezidiert ab. Wir sind gegen eine Änderung der derzeit in Schleswig-Holstein geltenden und erfreulicherweise auch nur behutsam praktizierten rechtlichen Regelung im **Landesverwaltungsgesetz**. Wir sind insbesondere gegen die von der CDU vorgeschlagene und unserer Meinung nach unangebrachte Verschärfung der Vorschriften durch erweiterte und intensiviertere Aufzeichnungsmöglichkeiten.

(Beifall bei SPD und F.D.P. und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Stattdessen schlagen wir vor, bei künftigen Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes und gegebenenfalls unseres Landesdatenschutzgesetzes die Anregung

der Datenschutzkonferenz des Bundes und der Länder vom 14./15. März dieses Jahres aufzunehmen. Auch die Datenschutzbeauftragten haben in einer Entschliebung darauf hingewiesen, dass der zunehmende Einsatz von Videokameras zu einer Überwachungsinfrastruktur führen könnte. Die Videoüberwachung berührt nun einmal das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Ungewissheit darüber, ob und zu welchem Zweck überwacht wird, erzeugt einen latenten Anpassungsdruck und beeinträchtigt die grundrechtlich verbürgte individuelle Entfaltungsmöglichkeit und das gesellschaftliche Klima.

Die sorgfältige Abwägung aller Rechtsgüter, die behutsame und verhältnismäßige Anwendung der vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten zur **Videoüberwachung im öffentlichen Raum** ist und bleibt der richtige Weg. Das ist unsere Auffassung. Wir lehnen den CDU-Antrag ab und bitten um Zustimmung zum rot-grünen Antrag.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die F.D.P. erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

**Günther Hildebrand [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Wochen tobt in der deutschen Öffentlichkeit die Auseinandersetzung um die Fernsehsendung „Big Brother“. Eben wurde auch schon wieder darauf eingegangen. Kirchen, Medienanstalten, Politiker - die Entrüstung ist groß: Menschen werden ihrer Privatsphäre beraubt, werden zu einem bloßen Beobachtungsobjekt degradiert.

(Zurufe von der CDU)

Welch ein Unterschied zur Diskussion um die Überwachung von öffentlichen wie privaten Plätzen! Die Überwachungskameras erzeugen anscheinend bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl von Sicherheit, allenfalls am Rande ist Kritik zu hören.

Bei näherer Betrachtung verwundert dies ein wenig. Losgelöst von der Frage, wie jeder Einzelne von uns zu dieser Sendereihe steht, ist klar: „Big Brother“ hat eindeutige Spielregeln. Allen Mitspielern ist bekannt, dass Kameras das Geschehen aufzeichnen. Niemand wird gezwungen, sich diesen Bedingungen auszusetzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

**(Günther Hildebrand)**

Und wie ist es nun bei der Videoüberwachung? In Kaufhäusern, Einkaufspassagen oder an Verkehrsknotenpunkten erwartet man geradezu, dass Überwachungskameras eingesetzt werden. Aber auf öffentlichen Plätzen, in Parks, in einer beliebigen Straße - -

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Entschuldigung, ich habe das akustisch nicht wahrgenommen. Niemand bittet die Bürgerinnen und Bürger vorher um Zustimmung. Ja, vielen ist noch nicht einmal bekannt, dass jeder Schritt von Kameras überwacht werden kann.

Diese Tatsache ist für sich genommen weder ein Argument für die **Videoüberwachung in öffentlichen Räumen** noch dagegen. Aber sie zeigt die Ambivalenz der Diskussion um die öffentliche Variante von „Big Brother“. Es gibt offensichtlich ein Bedürfnis nach Sicherheit in der Bevölkerung. Dieses können wir Politiker nicht ignorieren. Schafft aber die öffentliche Überwachung tatsächlich mehr Sicherheit? Viele scheinen das zu glauben. Wer wagt es, quasi unter dem Auge des Gesetzes eine Straftat zu begehen? Wer geht das Risiko ein, aufgrund einer Videoaufnahme einer Straftat überführt zu werden? Aber gibt es deshalb weniger Kriminalität? Führt die Videoüberwachung nicht eher dazu, dass sich Kriminalität nur verlagert, nämlich dorthin, wo es keine Überwachung gibt? Und müssen folgerichtig nicht alle Plätze und Straßen überwacht werden, um einer Verlagerung vorzubeugen?

(Unruhe und Zurufe von der CDU)

Müssen da nicht diejenigen Bewohner und Geschäftsinhaber, die in nicht überwachten Straßen wohnen und arbeiten, gleich behandelt werden, egal ob sie es wollen oder nicht?

Die Debatte zu diesem Thema ist sehr schwierig. Es besteht die Gefahr, dass die Grenze zwischen Störern, Verdächtigen und unbescholtenen Dritten immer mehr verwischt wird. Ist es nicht vielmehr so, dass wir es mit einer Symbolpolitik, mit der Beruhigung unseres schlechten Gewissens zu tun haben? Denn die Ausstattung der **Polizei** hinkt gerade auch in Schleswig-Holstein den tatsächlichen Erfordernissen personell wie sächlich hinterher.

Rechtlich darf die Polizei immer mehr, tatsächlich aber kann sie immer weniger. Der Popanz, der um den so genannten großen Lauschangriff aufgebaut wurde, sollte uns allen ein mahnendes Beispiel sein.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Er ist so teuer, dass ihn sich die Polizei im wahrsten Sinne des Wortes nicht leisten kann. Nur zur Erinnerung: Insgesamt wurden im Jahre 1999 bundesweit acht Lauschangriffe durchgeführt. Zwei davon hatten teilweise Erfolg. Ich glaube, das sagt alles.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits heute darf deshalb bei allgemein zugänglichen Flächen und Räumen zur Gefahrenabwehr mittels Bildübertragung beobachtet und es dürfen in bestimmten Einzelfällen beispielsweise bei dem Verdacht eines Verbrechens oder gewerbsmäßiger Vergehen Aufzeichnungen gemacht werden. Aber das sind Einzelfälle.

Im vorliegenden Antrag geht es jedoch um etwas völlig anderes. Es geht nicht mehr um den Einzelfall mit konkreten Verdachtsmomenten,

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Doch!)

sondern um eine allgemeine, nicht spezifizierte Überwachung.

(Klaus Schlie [CDU]: Stimmt nicht!)

Eine Kamera kann nicht gezielt erheben; jeder, der in den Bereich einer Videoüberwachung eintritt, ist potentiell verdächtig. Damit aber nicht genug. Was geschieht mit dem Bildmaterial? Wird es überhaupt nicht gespeichert oder wird es erst gesichtet und dann vernichtet? Aber was, wenn sich erst sehr viel später zeigt, dass eine Straftat begangen wurde? Muss das Material nicht sinnvollerweise gespeichert werden?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Einen Tag? Eine Woche? Einen Monat? Ein Jahr? Auch hierzu kann man durchaus einen Widerspruch im CDU-Antrag feststellen.

(Klaus Schlie [CDU]: Nein!)

Vorn im Antrag steht, dass aufgezeichnet werden soll, und hinten im Antrag steht - das sagte eben Herr Dr. Wadephul auch -, dass die Aufzeichnungen beispielsweise sieben Tage gespeichert werden könnten.

(Zurufe von der CDU: Gelöscht!)

- Entschuldigung, selbstverständlich gelöscht! Aber was ist, wenn eine Straftat erst nach 14 Tagen oder nach drei Wochen bekannt wird? Dann könnte man gegebenenfalls auf länger gespeichertes Material zurückgreifen.

(Zurufe und Unruhe bei der CDU)

Ich muss sagen - ich schließe hiermit -, dass wir dem CDU-Antrag aus den vorgetragenen Gründen nicht zustimmen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Günther Hildebrand)**

Wir stimmen dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, obwohl dort einige Formulierungen vielleicht etwas unglücklich sind beziehungsweise unpräzise. Ich zitiere nur den Satz:

„Videoüberwachung führt dazu, Gefahren und Straftaten in nicht überwachte Bereiche zu verdrängen.“

Es muss natürlich heißen: Die Überwachung kann dazu führen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Irene Fröhlich das Wort.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Videoüberwachung verspricht zurzeit spannende Debatten. Ich halte eine ernsthafte gesellschaftliche und parlamentarische Auseinandersetzung mit diesem Thema für außerordentlich wünschenswert. Umso enttäuschter bin ich über den Antrag der CDU-Fraktion, weil er aus meiner Sicht weit hinter dem zurückbleibt, was wir bisher von Herrn Geißler gehört haben und gewohnt waren.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Enttäuscht bin ich nicht über politische Meinungsverschiedenheiten, sondern über sprunghafte Meinungsänderungen und auch im neuen Antrag enthaltene Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten; sie sind ja zum Teil ja schon benannt worden.

Kriminalität umfasst in Ihrem ursprünglichen Antrag beispielsweise nicht nur die öffentliche Sicherheit als Ganzes, sondern auch die öffentliche Ordnung - also - umgangssprachlich ausgedrückt - das ordentliche Benehmen oder - feiner ausgedrückt - das sozialkonforme Verhalten.

Dann ist Ihnen offenbar eingefallen, dass der Rechtsbegriff der **öffentlichen Ordnung** seit einigen Jahren nicht mehr im schleswig-holsteinischen Landesverwaltungsgesetz enthalten ist und dass uns Ihr Anlauf in der letzten Wahlperiode, ihn wieder einzuführen, nicht überzeugen konnte.

Also ein neuer Antrag! Ziel ist nach wie vor die Ausweitung der Videoüberwachung. Es finden sich aus meiner Sicht nach wie vor ein paar äußerst kritische Punkte. So heißt es, auf Veränderungen im Kriminalitätsgeschehen müsse Lagebild orientiert und flexibel

durch Einsatz mobiler Überwachungsanlagen reagiert werden. Das ist zwar folgerichtig - folgt man Ihrem Gedankengang -, macht aber auch deutlich, wie kritisch diese Forderung zu sehen ist. Die Videoaufzeichnung an der einen Straßenecke vertreibt die Szene selbstverständlich an die nächste Straßenecke. Schon der gesunde Menschenverstand sagt einem, dass sich wohl kaum jemand vor eine Videokamera stellt, um Stoff zu verkaufen oder Handtaschen zu plündern.

Wenn aber mobile Überwachungskameras durch die Innenstädte rollen, sind wir de facto bei der flächendeckenden Überwachung. Sie können uns gern versichern, dass Sie das nicht wollen. Hier führen Sie es selber ein.

(Thorsten Geißler [CDU]: Nein!)

Es besteht zwar kein Bedarf, aber mit der rollenden und flächendeckenden Überwachung führen Sie sie tatsächlich ein. Wir können aufgrund der Vorgeschichte Ihres Antrages allerdings hoffen, dass der Willensbildungsprozess bei Ihnen noch nicht ganz abgeschlossen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer wesentlicher Punkt Ihrer Forderungen ist die Ausweitung der Möglichkeit, Aufzeichnungen zu machen. Zurzeit sind Aufnahmen zulässig, wenn Tatsachen für die zu erwartende Begehung bestimmter schwerer Straftaten einer Gruppe sprechen.

Sie aber möchten die Zulässigkeit der Aufzeichnungen künftig von den Geschehnissen der Vergangenheit abhängig machen. Das mag vielleicht in vielen Fällen zu ähnlichen Ergebnissen führen. Der Ansatz ist jedoch aus unserer Sicht haarsträubend. Die Rechtmäßigkeit von Maßnahmen zur ordnungsrechtlichen Abwehr von Gefahren kann selbstverständlich nur auf einer Prognose für die Zukunft fußen. Nichts anderes als die Gefahrenabwehr ist im Landesverwaltungsgesetz geregelt.

Wie Sie aus dem rot-grünen Antrag erkennen können, kann die Videoüberwachung ein Mittel sein, das im Einzelfall geeignet ist, die polizeiliche Arbeit zu unterstützen. Insofern gebe ich dem Einwand von Herrn Hildebrand Recht. Wir haben da vielleicht ein bisschen apodiktisch formuliert. Wir sind uns aber im Inhalt einig, dass es okay ist.

Wer in das **Landesverwaltungsgesetz** schaut, findet in § 184 Abs. 3 Folgendes: Nach der derzeitigen Rechtslage ist die offene Videoüberwachung in allgemein zugänglichen Räumen von drei Bedingungen abhängig. Sie muss im Einzelfall geeignet sein, die konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit abzu-

**(Irene Fröhlich)**

wehren. Dazu gehört bekanntermaßen gerade die Verhinderung von Straftaten. Sie muss zweitens erforderlich sein, das heißt, es darf keine weniger beeinträchtigende Maßnahme geben. Und schließlich muss die Beeinträchtigung in einem vernünftigen Verhältnis zu dem erwarteten Gewinn für die Sicherheit stehen. Diese drei Punkte nennen die Verwaltungsjuristinnen und -juristen Verhältnismäßigkeitsprüfung.

Unter diesen Voraussetzungen ist Videoüberwachung zurzeit gesetzlich möglich. Daher sehen wir für eine Änderung der gesetzlichen Grundlage überhaupt keinen Anlass. Wir finden auch, dass die Innenministerkonferenz keinen Anlass dafür geboten hat.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal einen anderen Aspekt ansprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Die Anschaffung einer geeigneten Videokamera kostet nach Angaben der Polizei einige Zehntausend DM. Sie fordern die Installation von Kameras und außerdem eine ständige Überwachung der Live-Übertragung der Bilder durch die Polizei. Haben Sie eigentlich ein Konzept erarbeitet, wie Sie dieses Personal erwirtschaften wollen? Sollen die hohen Kosten für die Anschaffung der Kameras aus den Töpfen der Kriminalitätsprävention genommen werden? Das wüssten wir gern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja nun ein schlechtes Argument zu sagen, es sei zu teuer!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hinrichsen.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der SSW sieht in der elektronisch-optischen Überwachung öffentlicher Räume kein geeignetes Mittel, um Kriminalität vorzubeugen und die Strafverfolgung zu unterstützen. Die bisherigen Erfahrungen aus dem Ausland und aus dem viel gepriesenen Leipziger Versuch können nicht zuverlässig eine längerfristige Wirkung der Überwachung belegen - weder als Kriminalitätsverhinderung noch als Mittel zu deren Verfolgung und Aufklärung und auch gerade nicht zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Videoüberwachung allenfalls zur Verdrängung und Verlagerung von Kriminalität dienen kann. Es wäre naiv anzunehmen, eine solche Maßnahme nähme in größerem Umfang den Anreiz und die Gelegenheit, Straftaten zu begehen. Nicht zuletzt in Bezug auf die in Leipzig besonders ins Visier genommenen drogenbezogenen

Delikte wie illegaler Betäubungsmittelhandel oder Beschaffungsdelikte ist es naiv, davon auszugehen, diese ließen sich durch punktuelle Beobachtung ersatzlos unterbinden. Sie werden über kurz oder lang eben woanders verübt.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Der Nutzen der Videoüberwachung ist derart zweifelhaft, dass er keinen solch drastischen Einschnitt in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger rechtfertigen kann. Denn der angeblichen Wirkung der Videoüberwachung stehen noch zweifelhaftere Nebenwirkungen gegenüber.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Erstens meinen wir analog zum Verfassungsgerichtsurteil zur Volkszählung, dass es grundrechtlich nicht vertretbar ist, dass Menschen öffentliche Räume meiden müssen, wenn sie nicht von Videos überwacht werden wollen. Zweitens kommen erfahrungsgemäß vor allem Minderheiten in das Fadenkreuz solcher Überwachungsmaßnahmen, was auch nicht wünschenswert ist. Und drittens muss auch längerfristig eine negative Entwicklung der Überwachung befürchtet werden. Im „Mutterland“ der Videoüberwachung, nämlich in Großbritannien, wird die großflächige öffentliche Überwachung bereits mit biometrischen Verfahren verknüpft. Das sind Computerprogramme, die Gesichter und Bewegungsabläufe erkennen können. Da reicht bereits eine „unnormale“ Bewegung oder unkonventionelle Kleidung, um in ein Raster zu kommen und weitere Kontrollmaßnahmen auszulösen. Das wünscht sich meiner Meinung nach niemand von uns.

Das mag zwar für uns noch sehr weit entfernt klingen, ist es aber nicht. Denn Sicherheitsmaßnahmen wie die Videoüberwachung können zu einer Aufwärtsspirale führen, weil sie selbst neue, erhöhte Sicherheitsbedürfnisse erzeugen. In den Worten des amerikanischen Professors Robert Sommer lautet das so:

„Anfangs fühlt sich eine Person unwohl bei der Anwesenheit von bewaffneten Polizisten im Busbahnhof oder dem Einkaufszentrum. Später fühlt sie sich unwohl, wenn sie keinen Polizisten sehen kann. Dasselbe geschieht mit den Videokameras im Flur der Postfiliale und in einigen öffentlichen Toilettenanlagen. Zu Beginn werden sie als ein Angriff auf die Privatheit angesehen, aber später fühlt sich

(Silke Hinrichsen)

eine Person unwohl, wenn Big Brother nicht zuschaut.“

Ohne hier amerikanische Verhältnisse heraufbeschwören zu wollen, können wir nicht ignorieren, was mit dem sozialen Miteinander passiert, wenn Sicherheit zur Droge wird. Menschen fühlen sich nicht mehr sicher und rüsten technisch auf.

(Unruhe)

- Vielleicht sollte ich warten, bis alle wieder hereingekommen sind.

Solchen Auswüchsen des Misstrauens und der Abschottung dürfen wir hier keine Chance geben, denn sie sind Gift für unsere Gesellschaft. Dabei wollen auch wir nicht bestehende Ängste ignorieren. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist wichtig. Gerade deshalb sollte es aber auch nicht zum Spielball für politischen Aktionismus werden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir werden nicht akzeptieren, dass Freiheitsrechte, die mit der leidvollen Geschichte dieses Landes erkaufte wurden, populistischen Strategien geopfert werden.

(Beifall beim SSW)

Der SSW hat sich in diesem Hause gegen den großen Lauschangriff gewandt und wir wehren uns auch massiv gegen weitere Spähattacken. Sollten in Schleswig-Holstein wirklich Brennpunkte vorhanden sein, die beobachtet werden müssen, dann gibt es einmal die Möglichkeiten, die das Landesverwaltungsgesetz bietet, und darüber hinaus halten wir es weiterhin für vernünftiger, durch Präsenz von Polizeibeamten vor Ort tätig zu werden.

(Beifall beim SSW)

Wir erkennen jedoch an, dass der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine differenzierte Darstellung und Stellungnahme enthält. Allerdings können wir dem hierin enthaltenen Verweis auf den Beschluss der Innenministerkonferenz zur Videoüberwachung nicht zustimmen. Dazu heißt es nämlich unter anderem, dass das Sicherheitsgefühl verbessert werden solle. Dies ist die Eingangsbemerkung zu dem Beschluss. Wie ich bereits einleitend erwähnt habe, halten wir die Videoüberwachung gerade nicht für geeignet, die angegebenen Ziele zu erreichen. Daher werden wir uns bei der Abstimmung über den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung vor. Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Geißler das Wort.

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Puls, ich müsste Ihnen eigentlich dankbar dafür sein, dass Sie meinen Namensartikel aus den „Lübecker Nachrichten“ nahezu vollständig vorgetragen haben.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Aber zur Redlichkeit hätte es gehört, den entscheidenden ersten Absatz mit vorzutragen. Da Sie dies unterlassen haben, Herr Kollege Puls, möchte ich es selbst tun. Darin habe ich nämlich formuliert:

„Aus der Kriminalprävention ist die Videoüberwachung schon lange nicht mehr fortzudenken. Banken, Kaufhäuser, Tankstellen nutzen dieses Mittel, um das Entdeckungsrisiko für potentielle Straftäter zu erhöhen. Auch bei bekannten Kriminalitätsschwerpunkten besteht diesbezüglich kaum Streit. Nicht zuletzt der von einer rot-grünen Landesregierung eingesetzte Generalstaatsanwalt verweist gern auf den Erfolg, den er mit der Anordnung einer Videoüberwachung eines Drogenumschlagplatzes während seiner Tätigkeit in Hannover erzielte.“

(Beifall bei der CDU - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Guter Satz!)

Das hätte auch dazu gehört, Herr Kollege Puls.

In der Tat setze ich mich im weiteren Artikel sehr kritisch mit den Gefahren einer flächendeckenden Videoüberwachung auseinander.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zu Recht, Herr Kollege!)

Ich habe davon kein Komma zurückzunehmen.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie dem Beitrag des Kollegen Wadehul aufmerksam zugehört hätten und wenn Sie unseren Antrag nicht missbräuchlich interpretieren würden, könnten Sie feststellen, dass Ihre Skepsis von uns geteilt wird und dass auch wir sehr deutlich die Gefahren sehen, die in einer **flächendeckenden Video-**

(Thorsten Geißler)

**überwachung** liegen. Diese wird in unserem Antrag ausdrücklich abgelehnt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich werde den Verdacht nicht los, dass Sie unseren Antrag so interpretieren, wie es beispielsweise der Gesetzentwurf verdient hätte, den die F.D.P. in Hessen gegenwärtig unterstützt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh! - Heiterkeit  
- Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der kommt doch von der CDU!)

- Dies trifft zu, Herr Kollege Kubicki; das müssen Sie einräumen. Sie können ja gleich noch dazu Stellung nehmen und sich kritisch dazu äußern. - Wenn Sie unseren Antrag sehen, werden Sie feststellen: Er bleibt weit hinter dem zurück, was beispielsweise in Hessen derzeit angestrebt wird.

Kollege Wadephul hat völlig zu Recht darauf aufmerksam gemacht: Dies ist kein Allheilmittel. Aber ich sage genauso deutlich: An Stellen, an denen Menschen immer wieder verprügelt oder ausgeraubt werden, kann die Videoüberwachung ein wohldosiertes Mittel der Kriminalprävention sein, und das müssen wir dann auch einsetzen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich müssen solche Kriminalitätsbrennpunkte klar definiert werden. Das bleibt einem Gesetz vorbehalten. Darüber gibt es überhaupt keinen Streit. Wir wollen die Überwachung auf die **Kriminalitätsbrennpunkte** begrenzen.

(Klaus-Peter Puls [SPD]: Das haben wir doch alles, Herr Geißler!)

- Nein, das ist eben nicht richtig, Herr Kollege Puls. Wenn wir es schon haben, was ist dann so schrecklich daran? Diese Logik müssen Sie mir erklären. Im Jahre 1992 hat Herr Bull in der Tat einen Entwurf für ein Polizei- und Ordnungsrecht vorgelegt, mit dem die Videoüberwachung zum ersten Mal in der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte möglich wurde. Aber es kann eben keine Aufzeichnung erfolgen. Das ist der große Unterschied. Der Kollege Dr. Wadephul hat, glaube ich, überzeugend deutlich gemacht: An solchen Kriminalitätsschwerpunkten, wo Menschen immer wieder Opfer schwerer Straftaten werden, kann der präventive Gedanke nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn eine solche Aufzeichnung ermöglicht wird. Selbstverständlich kann das nicht schrankenlos erfolgen und natürlich muss der Datenschutzbeauftragte angehört werden und es kann auch nicht jede Ordnungsbehörde machen, wie dies gegenwärtig der Fall ist, sondern natürlich muss ein solches Mittel der Genehmigung des Innenministers vorbehalten bleiben.

Ich wäre froh und dankbar, wenn wir dieses sehr komplizierte Thema nicht ideologisch schwarz-weiß diskutieren würden, sondern wenn wir die Chance nutzen würden, durch ein hohes Maß an sachlicher Diskussion zu einer pragmatischen Lösung zu kommen, die die Grundrechte der Bürger in weitesten Bereichen unserer Gesellschaft völlig unangetastet lässt, die aber dort, wo Menschen immer wieder Opfer schwerer Straftaten werden, dieses Mittel auch nicht völlig ver-teufelt. Denn das ist nicht sachgerecht. Deshalb wären Sie gut beraten, unserem Antrag zuzustimmen oder aber mit uns im Ausschuss noch einmal sachlich und ohne Denktabus und -verbote über diese komplizierte Problematik zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir ohnehin!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat jetzt der Herr Abgeordnete Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die differenzierten Worte des Kollegen Wadephul haben wir sehr wohl vernommen, Herr Kollege Geißler. Ich bin auch dankbar - das sage ich ausdrücklich -, dass die CDU in Schleswig-Holstein diese Frage durchaus differenzierter diskutiert, als es Unionsfraktionen oder -parteien in anderen Ländern tun. Dies gilt übrigens auch für uns. Meine kritische Haltung zu vielem, was meine hessischen Parteifreunde in der Vergangenheit gemacht haben, ist Ihnen hinlänglich bekannt.

(Lothar Hay [SPD]: Man sollte sich seine Freunde besser aussuchen!)

- Das gilt auch für die Sozialdemokraten, Kollege Hay.

(Heiterkeit)

Der Innenminister des Bundes heißt Schily und gehört, glaube ich, der SPD an. Es gibt noch andere Innenminister, die SPD-Regierungen angehören und die sich in dieser Frage durchaus anders äußern als Sozialdemokraten hier in Schleswig-Holstein. Man muss das wirklich sehr differenziert analysieren. Ich bin froh, dass wir im Ausschuss Gelegenheit haben werden, darüber noch zu sprechen.

Ich nehme ja wie Sie seit über dreißig Jahren an der innen- und rechtspolitischen Debatte teil und stelle immer wieder fest, dass mir die Beamten aus den



**(Wolfgang Kubicki)**

Polizeibehörden erklären, dass sie, wenn sie die eine oder andere weitere Möglichkeit hätten, der Kriminalitätsentwicklung Herr würden. Das fing mit der Frage der Telefonüberwachung an. Jetzt wird das Land, das so viel Telefone anzapft wie weltweit kein anderes. Aus irgendwelchen Gründen hat es aber nicht funktioniert. Dann ging es um den großen Lauschangriff. Wenn wir nach seiner Effizienz fragen, stellen wir fest: Er hat nichts gebracht. Als Nächstes kommt die Videoüberwachung. Wenn wir auch sie eingeführt haben, werden wir feststellen: Es hat nichts gebracht.

(Klaus Schlie [CDU]: Das stellen Sie fest!)

- Ich empfehle nachzulesen, was der ehemalige BKA-Präsident Herold hierzu geschrieben hat. Er hatte nämlich die wahnwitzige Idee, dass man, wenn man Bewegungsanalysen von jedem einzelnen Bürger machte, die Prävention möglicherweise durchführen könnte. Dies ist eine Entwicklung, die ich nicht will und die ich auch für sehr bedenklich halte.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Dr. Wadephul, ich habe Ihnen bereits gesagt: Wenn Sie den „Stern“ zur Hand nehmen und sich die Kriminalitätsentwicklung bundesweit anschauen, so müssen Sie zunächst die Frage klären, warum es beispielsweise bei bestimmten Deliktstypen eine sehr große Spreizung zwischen verschiedenen Orten, verschiedenen Städten und verschiedenen Regionen dergestalt gibt, dass zum Beispiel bei schweren Körperverletzungsdelikten Kiel mit 283 Fällen pro 100.000 Einwohner an zweiter Stelle steht und Städte wie Schwerin, Potsdam, Chemnitz oder Leipzig rund 120 Delikte auf 100.000 Einwohner aufweisen. Wenn wir uns konkret daran machen zu analysieren, woran dies liegt, werden wir wahrscheinlich sehr schnell zu dem Ergebnis kommen, dass dies nicht an der unterschiedlichen technischen Ausstattung liegt, sondern an unterschiedlichen sozialen, kulturellen, politischen, persönlichen und sonstigen Gegebenheiten.

Die Schere ist also zu beachten. Wir müssen darangehen zu fragen, was müssen wir wirklich verändern, anstatt das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung stets nur kurzfristig zu befriedigen, ohne wirklich mehr Sicherheit zu schaffen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zwei Beispiele! Hinsichtlich von Banküberfällen und Kaufhausdiebstählen haben sich die Straftäter sehr schnell darauf eingestellt, dass es neue Formen der Überwachung gibt. Bei den Banküberfällen gibt es jetzt schwere Banküberfälle mit Waffengewalt, bei denen die Täter maskiert sind, mit der Folge, dass sie

nicht erkannt werden können und dass sie Geiseln nehmen. Diese Entwicklung wollten wir natürlich nicht haben. Aber Veränderungen bei der Überwachung haben konsequent Veränderungen im Deliktverhalten nach sich gezogen.

Abschließend will ich noch auf ein „nettes“ Beispiel eingehen. Die Anzahl der Diebstähle an Tankstellen hat zugenommen, obwohl diese flächendeckend videoüberwacht werden. Das liegt nicht an der Videoüberwachung, sondern daran, dass die Spritpreise so hoch sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.)

Die konkrete Maßnahme dagegen würde jetzt nicht lauten: Mehr Videoüberwachung! Sie würde viel mehr - das haben wir auch gestern gefordert - lauten: Weg mit der Ökosteuer!

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P. - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Plüschau.

**Helmut Plüschau [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU ist die logische Fortsetzung des gestrigen Absentismus-Antrages.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, nein!)

Sie suchen nach Themen, um sich zu profilieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie doch auch!)

Herr Dr. Wadephul, ich hätte Ihnen empfohlen, sich in dieser Materie etwas kundiger zu machen. Der Antrag ist sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite wollen Sie keine flächendeckende Überwachung, wohl weil Sie sich nicht trauen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, wollen Sie das denn?)

Auf der anderen Seite wollen Sie eine Handlungsanweisung für Polizei und Behörden. Das ist in sich schizophren.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Wir sind in Schleswig-Holstein auf einem guten Weg. Mit dem § 20 Landesdatenschutzgesetz und § 184

**(Helmut Plüschau)**

Landesverwaltungsgesetz haben wir ausreichende Möglichkeiten - -

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Und Sie wollen das einschränken?)

- Nein, das wollen wir nicht!

(Unruhe)

Sie werden mir das abnehmen. Ich bin seit 17 Jahren in dieser Branche tätig und habe eine florierende Firma.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU]: Keine Werbung!)

Ich habe eine florierende Firma und müsste eigentlich ob Ihres Antrags in Jubel ausbrechen, denn das würde uns die Kunden scharenweise zutreiben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Plüschau hat eine Überwachungsfirma!)

- Ja, Herr Kayenburg, das ist ein ehrenwerter Beruf. Das ist so wie bei Ihnen. Sie handeln mit Zement und betonieren alles zu. Das ist trotzdem sehr nützlich.

(Heiterkeit)

Ich meine, Sie sollten das Feld den Fachleuten überlassen.

(Zurufe von der CDU)

Eines steht fest: Wenn Sie eine punktuelle Überwachung wollen, dann sitzen rund um die Uhr Leute vor den Monitoren um festzustellen, was an Ihren Brennpunkten passiert. Dann können Sie die Polizei gleich hinschicken, denn die wirkt präventiv und kann gleich eingreifen und muss nicht erst eine Einsatztruppe dorthin schicken, wenn die Täter schon weg sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Das ist geübte Praxis. Herr Kubicki erwähnte es bereits: 100 % aller Bankfilialen sind videoüberwacht. Trotzdem passieren en masse Banküberfälle, weil die Täter glauben, sie werden nicht erwischt. Das Gleiche gilt für die Tankstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Die ständige Überwachung aller Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für meine Begriffe nicht nötig. Sie ist nur dort nötig, wo wir wirklich präventiv tätig sein können. Den Horror eines Überwachungsstaates möchte ich nicht mit verantworten. Wir sind gut bedient.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Minister Buß das Wort.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorweg einen Dank an Klaus-Peter Puls für die freundliche Schilderung meines körperlichen Zustandes.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glauben wir nicht!)

- Glauben Sie es man ruhig. Treten Sie nicht in den Wettkampf ein!

Ich darf zu diesem Thema mein Ergebnis vorwegnehmen. Dazu greife ich eine Formulierung von Herrn Wadephul auf. Herr Wadephul, der angemessene Einsatz der Videoüberwachung ist nach unserer heutigen Rechtsgrundlage möglich. Von daher besteht aus meiner Sicht für Schleswig-Holstein kein Handlungsbedarf. Frau Fröhlich hat den § 184 Abs. 3 **Landesverwaltungsgesetz** zitiert. Die dort genannten Voraussetzungen sind für mich absolut selbstverständlich und ich wüßte nicht, was daran geändert oder erweitert werden sollte.

Ich erinnere daran, dass es bei den hier zur Diskussion stehenden Videoüberwachungsmaßnahmen durch die Polizei in öffentlichen Räumen nicht um verdeckte, heimliche oder konspirative - also auf Tarnung ausgerichtete - Überwachungen geht, sondern um die offene, erkennbare videographische Beobachtung von Straßen und Plätzen. Das optische Auge wird nicht jede denkbare Geographie erfassen dürfen. Darüber besteht bei den Innenministern von Bund und Ländern absolute Einigkeit.

Neuralgische Kriminalitäts- und Gefahrenschwerpunkte können mit optischer Technik beobachtet werden. Darunter verstehe ich zum Beispiel Orte, an denen regelmäßig Straftaten verübt werden, oder im Einzelfall Orte, an denen die Begehung von Straftaten droht, und Verkehrsknotenpunkte mit hoher Unfallhäufigkeit. Es müssen allerdings konkrete Anhaltspunkte vorliegen. Dazu verweise ich noch einmal auf § 184 Abs. 3 Landesverwaltungsgesetz.

Die Videoüberwachung von Kriminalitätsbrennpunkten kann im Einzelfall potentielle Straftäter von der Begehung von Straftaten abschrecken und zur Straftatverhütung und -aufklärung beitragen. Videoüberwachung kann auch dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

**(Minister Klaus Buß)**

Videoüberwachung muss aber in eine gesamtgesellschaftlich vernetzte und umfassende Gesamtstrategie kriminalpräventiver Maßnahmen integriert sein.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Sie ist als ausschließliches polizeiliches Instrument untauglich. Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass die bloße Verdrängung von Kriminalität verhindert werden muss. Der Technikeinsatz ist kein Allheilmittel zur Kriminalitätseindämmung, sondern ein Teil aufeinander abzustimmender Maßnahmen von Polizei, Ordnungsbehörden und anderen Sicherheitspartnern.

(Klaus Schlie [CDU]: Genügend Polizei!)

Er kann, soll und wird keine polizeiliche Präsenz ersetzen, sondern sie allenfalls flankieren. Eine Dauerbetriebserlaubnis gibt es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ein flächendeckender Einsatz der Videotechnik ist für die Landesregierung nicht denkbar. Die Ungewissheit, ob und von wem beobachtet oder aufgezeichnet wird und zu welchem Zweck das erfolgt, kann einen latenten Anpassungsdruck bei den unbeteiligten Dritten erzeugen. Das beeinträchtigt deren Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und das gesellschaftliche Klima unseres demokratischen Gemeinwesens gleichermaßen.

Ich teile die Auffassung des Oberbürgermeisters der Stadt Saarbrücken, der in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Städtetages jüngst öffentlich forderte, Plätze so zu gestalten, dass deren Missbrauch durch kriminelle und strafrechtlich relevante Alkoholexzesse bereits durch bauliche Maßnahmen spürbar eingedämmt wird.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Treten dennoch gelegentlich Störungen der öffentlichen Sicherheit auf, muss die Polizei darauf mit verstärkter offener Präsenz reagieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Unsere Polizei geht mit der im Landesverwaltungs-gesetz gesetzlich geregelten Videoüberwachung deshalb auch sehr behutsam um. In Schleswig-Holstein werden seit 1994 beziehungsweise 1996 zwei Gefahren- beziehungsweise Deliktschwerpunkte jahres- und darüber hinaus tageszeitbedingt und nur anlassbezogen offen videoüberwacht. Das ist zum einen die Flensburger Hafenspitze und zum anderen ein Teil der Westerlander Fußgängerzone. Bildaufzeichnungen erfolgen nicht.

(Heinz Maurus [CDU]: Sehr erfolgreich!)

Das polizeiliche Ziel der Gefahrenminimierung und des Straftatenrückgangs konnte bisher erreicht werden. Die sehr restriktive polizeiliche Praxis in Schleswig-Holstein hat sich bewährt - das stelle ich ausdrücklich fest - und wird nicht geändert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Den von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erbetenen Bericht werde ich selbstverständlich gern - so weit es möglich ist - abgeben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Herr Abgeordneter Geißler, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie Ausschussüberweisung beantragt haben?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das geht nicht! - Martin Kayenburg [CDU]: Alternative Abstimmung in der Sache! - Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Frau Abgeordnete Spoorendonk!

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ich sage Ja zur Abstimmung in der Sache, aber ich bitte doch darum, dass wir uns auch explizit der Stimme enthalten können! Daher keine alternative Abstimmung! Wir möchten das gern im Protokoll stehen haben!)

- Das ist auch bei alternativer Abstimmung möglich, weil ich ansage, mit welchen Stimmen wie abgestimmt wurde. Alternative Abstimmung ist also in Ordnung? - Dann lasse ich zunächst über den Ursprungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/137 (neu), abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen?

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/154, abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW angenommen.

Dann rufe ich Punkt 12 der Tagesordnung auf:

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)****Bericht der Landesregierung zur Entwicklung der GMSH**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/125

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die GMSH begeht am 1. Juli ihren ersten Geburtstag. Da ist es im übertragenen Sinne an der Zeit zu überprüfen, ob das Baby schon laufen gelernt hat oder immer noch auf dem Boden krabbelt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Es hat noch Windeln an!)

Es ist klar, dass eine neu aufgebaute Organisation mit voraussichtlich über 1.000 Beschäftigten Anlaufprobleme hat. Aber was die F.D.P.-Fraktion als Kunde der GMSH erlebt hat, ist von besonderer Qualität.

Das Antragsverfahren ist so **bürokratisch**, dass der Aufwand für das Schreiben von kleineren Aufträgen für meine Fraktion mehr Zeit in Anspruch nimmt als die Erledigung dieser Aufträge. Die Vorbereitung auf diesen Antrag hat gezeigt, dass Ähnliches auch in anderen Bereichen zu beobachten ist.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment, bitte, Herr Abgeordneter! Ich bitte darum, dass entweder der Redner lauter redet, als sich das Plenum unterhält,

(Heiterkeit)

oder dass sich eben das Plenum entsprechend zurückhält.

Bitte, Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin, mir war nicht klar, dass die Mikrofonanlage ausgefallen ist; sonst könnte man sie einfach weiter aussteuern. Aber ich bin auch gern bereit, etwas lauter zu reden. -

Vielleicht handelt es sich tatsächlich nur um Anfangsschwierigkeiten. Aber es stimmt sehr nachdenklich, wenn die schöne neue Welt der GMSH so aussieht,

dass die neuen Verfahren um ein Vielfaches bürokratischer und umständlicher sind als die alten.

Auch zum **Personalbereich** gibt es widersprüchliche Meldungen. Zum einen ist zu hören, dass möglichst viel Personal auf die GMSH übertragen werden soll, damit es nicht mehr im Landeshaushalt auftaucht. Zum anderen wird berichtet, der Schlüssel, ab welchem Umfang der Tätigkeit bei der Gebäudebewirtschaftung Personal auf die GMSH übertragen werden soll, sei starr, unflexibel und führe zu Personalmehrbedarf. Da gibt es so einen wunderbaren Bericht der Akademie für Natur und Umwelt aus Neumünster.

Der Berichts Antrag nimmt die gegenüber der F.D.P.-Fraktion geäußerte Kritik auf und versucht, etwas Licht in die unübersichtliche Situation zu bringen.

Der zweite Grund für den Berichts Antrag ist der Abschluss des **Normenkontrollverfahrens** durch das Bundesverfassungsgericht im Mai dieses Jahres. Nach über zwei Jahren der rechtlichen Unklarheit besteht jetzt über den weiteren Umgang mit den Einnahmen aus dem Immobiliendeal Klarheit: sie dürfen nicht im allgemeinen Haushalt verfrühstückt werden und müssen weiterhin wie eine Einnahme aus Kredit behandelt werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das haben wir auch so gewollt!)

- Das habt ihr gewollt?

(Günter Neugebauer [SPD]: Das haben wir doch gerade Anfang des Jahres beschlossen!)

- Das habt ihr wollen gemusst! - Damit dienen sie der Finanzierung von Investitionen. Deshalb stellt sich wieder die Frage der Organisationsform. Die Lösung als öffentlich-rechtliche Anstalt wurde doch nur gewählt, Kollege Neugebauer, weil es von vornherein nicht um eine Marktlösung ging, sondern um zwei völlig andere Dinge. Die Landesbank sollte über die Zweckrücklage „Liegenschaften“ Eigenkapital erhalten und das Land wollte sich am Haushalt vorbei mit 1 Milliarde DM zusätzlich verschulden. Das eine ist durch die Entscheidung der EU-Kommission faktisch zumindest zurzeit nicht möglich, das andere durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dankenswerterweise verhindert worden. Damit können wir den Fokus der Debatte wieder auf die Frage der Wirtschaftlichkeit lenken.

Ich höre - der Herr Minister mag mich korrigieren, wenn meine Information falsch ist -, dass in seinem Haus ein Bericht vorliegt, der zu einer nicht gerade positiven Einschätzung der Entwicklung der GMSH kommt und deshalb nachgearbeitet werden muss. Das wundert mich nicht. Der damalige Abgeordnete und

(Wolfgang Kubicki)

jetzige Staatssekretär im Finanzministerium, Döring - übrigens ein wirklich guter Mann -, hat in den Debatten um die Liegenschaftsübertragung und die GMSH einige sehr bemerkenswerte Dinge geäußert, wie ein Blick in das Protokoll der Finanzausschusssitzung vom 1. Oktober 1998 zeigt, Kollege Neugebauer. Dort führt der Abgeordnete Döring aus - Zitat! -:

„Zum Thema Wirtschaftlichkeit führt er aus, dass sich diese in der Regel dann einstelle, wenn es Marktmechanismen gebe, die das steuerten.“

Und in der vorangegangenen Finanzausschusssitzung findet sich ausweislich des Protokolls folgende Aussage:

„Abg. Döring merkt an, dass aus der Sicht seiner Fraktion ein Kontrahierungszwang für die Dauer von zehn Jahren doch recht problematisch sei, weil er dem Ziel, möglichst schnell zu einer Wirtschaftlichkeit zu kommen, im Wege stehe.“

So ist es. Nur hat man genau diese Dinge bei der endgültigen rechtlichen Ausgestaltung der GMSH nicht beachtet, Frau Kollegin Kähler. Die F.D.P. möchte deswegen von der Regierung wissen, was der komplette Neuaufbau der kaufmännischen Abteilung in der GMSH gekostet hat und ob endlich Konzepte vorliegen, wie die angeblichen Einsparungen tatsächlich realisiert werden können.

Wie wenig sich die Landesregierung um das Ausschöpfen von Wirtschaftlichkeitsreserven kümmert, zeigt die Einrichtung der **Zentralen Beschaffungsstelle** bei der GMSH. Die F.D.P.-Fraktion hatte am 29. April 1997 einen Antrag auf Schaffung einer Zentralen Beschaffungsstelle im Innenministerium eingebracht. Drei Jahre sind dann ins Land gegangen, bis die zentrale Beschaffung in der GMSH überhaupt ihre Arbeit aufgenommen hat. Anscheinend hat man so viel Zeit gebraucht, bis die völlig überfrachtete und praktisch überhaupt nicht anwendbare Landesbeschaffungsordnung endlich fertig war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die GMSH arbeitet seit gut einem Jahr vor sich hin, ohne dass das Parlament Informationen über den Erfolg oder Misserfolg dieser neuen Riesenbehörde hat. Einsparkonzepte, Personalstand, Kosten - alles Fehlanzeige! Noch befinden wir uns in der Phase des Auf- und Umbaus. Die Dinge sind im Fluss. Es ist immer noch Zeit und Gelegenheit zum Steuern oder Gegensteuern - je nachdem, was der Bericht ergeben wird.

Wir waren uns alle einig, dass eine **zentrale Gebäudewirtschaftung** unabhängig von der Übertragung der Liegenschaften Sinn macht. Die F.D.P.-Fraktion

gewinnt aber langsam den Eindruck, dass wir es in diesem Fall mit einer bedauerlichen sprachlichen Verwechslung zu tun haben: Aus „zentraler“ Gebäudebewirtschaftung droht eine „zentralistische“ Gebäudebewirtschaftung zu werden, deren Wirtschaftlichkeit mit Sicherheit nicht in Frage, sondern außer Frage steht.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Gröpel.

**Renate Gröpel [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man hätte es ja ahnen können, lieber Herr Kubicki:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, selbstverständlich!)

Das Thema GMSH, das in der letzten Wahlperiode eigentlich abgeschlossen zu sein schien, muss man doch auch wieder in die neue hinüberretten können! Ich nehme Ihnen einfach die Fürsorge nicht ab, dass Sie sich um das neugeborene Kind, das jetzt so um etwa ein Jahr alt ist, wirklich kümmern wollen. Ich glaube, es ist für Sie nach wie vor ein ungeliebtes Kind, und das lassen Sie auch spüren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es geht um die Wirtschaftlichkeit! - Lothar Hay [SPD]: Eine versteckte Vaterschaft!)

Uns liegt ein von Ihnen eingebrachter F.D.P.-Antrag vor. Lassen Sie mich gleich am Anfang eines feststellen: Um dem Informationsbedürfnis des Landtages gerecht zu werden, hätte es dieses Antrags nicht bedurft - ich wiederhole: nicht bedurft!

(Beifall bei der SPD)

Ob sich denn nun der Landtag mit den vielen sehr detaillierten Fragestellungen wie zum Beispiel den Quadratmeterpreisen von Liegenschaften, die wir ja nun in der letzten Wahlperiode hier ausführlich debattiert haben, tatsächlich beschäftigen muss, auch darüber lässt sich trefflich streiten. Ich denke, im Ausschuss wären diese Fragen besser aufgehoben. Trotzdem wird sich die SPD-Fraktion Ihrem Antrag nicht verweigern.

Ich darf aber daran erinnern, dass auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN umfassende **Berichtspflichten** in das Ge-

(Renate Gröpel)

setz zur Gründung der GMSH aufgenommen und dort verankert worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Falls Sie den § 14 denn doch nicht mehr so genau vor Augen haben, darf ich noch einmal dessen erste drei Absätze zitieren:

„Der Wirtschaftsplan der Anstalt ist dem Landtag im Rahmen der Haushaltsberatungen vorzulegen. Die Anstalt hat alle zwei Jahre in Planungsleitlinien die wesentlichen Ziele der Geschäftstätigkeit in den folgenden beiden Geschäftsjahren festzulegen. Sie sind dem Landtag im Rahmen der Haushaltsberatungen vorzulegen. Spätestens acht Monate nach Abschluss des Geschäftsjahres ist dem Finanzausschuss des Landtages ein Abschlussbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr vorzulegen.“

Und in Absatz 4 heißt es:

„Die Landesregierung hat den Finanzausschuss des Landtages vor Abschluss oder Änderung des Pachtvertrages, des Rahmenmietvertrages, des Rahmenbewirtschaftungsvertrages und des Geschäftsbesorgungsvertrages zu unterrichten.“

Diesen Berichtspflichten ist seit der Gründung der GMSH vor knapp einem Jahr in vollem Umfang Rechnung getragen worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt definitiv nicht!)

Das stimmt einfach nicht, was Sie sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann ja vielleicht einmal - da wir gerade bei den Erinnerungslücken sind - auf Folgendes verweisen: Den Wirtschaftsplan 2000 haben wir im letzten Jahr im Zuge der Haushaltsberatungen eingehend beraten, die Planungsleitlinien sind nach dem Gesetz im Jahr 2001 vorzulegen und nach der Sommerpause erwarten wir den Abschlussbericht über das erste Geschäftsjahr, das ja nur den kurzen Zeitraum von der Gründung am 15. Juni bis zum 31. Dezember 1999 umfasst.

Im Finanzausschuss haben wir sowohl den Pachtvertrag als auch den Rahmenmietvertrag, den Rahmenbewirtschaftungsvertrag und auch den Geschäftsbesorgungsvertrag ausführlich beraten.

Vielleicht auch noch eines zur Erinnerung: Wir haben auch die Einsparziele festgelegt, sowohl inhaltlich als vor allen Dingen auch zeitlich. Wir wollten eine Flä-

chenreduzierung, die zu einer entsprechenden Mietkostensenkung von 10 % innerhalb von fünf Jahren ab dem Jahr 2001 führen soll. Wir befinden uns - nur zur Erinnerung! - noch im Jahr 2000.

Wir wollten eine Reduzierung der Kosten der Bewirtschaftungsleistungen um 30 % in zehn Jahren ab dem Jahr 2001 und eine Reduzierung der Kosten für Ver- und Entsorgung, ebenfalls ab 2001. Dieses Datum ist aus gutem Grund gewählt worden, denn erst am 1. Oktober 1999 ist vom Ministerium für Finanzen und Energie die Bewirtschaftung der Gebäude auf die GMSH übertragen worden. Am 1. Januar 2000 erfolgte die Übertragung der Landtagsgebäude, und wenn Sie sich die Landesverordnung vom März 2000 angesehen haben, dann werden Sie festgestellt haben, dass darin auch die Termine für die übrigen Gebäude der Ministerien aufgeführt sind, und zwar am 1. Juni und am 1. Juli. Und am Ende des Jahres 2000 werden dann alle Bewirtschaftungsleistungen für die Gebäude der Ministerien übertragen sein, wie es auch vorgesehen war.

Deswegen kann unsere Erwartung an den Bericht aufgrund des frühen Zeitpunktes noch nicht so hoch sein, wie Sie vielleicht glauben lassen wollen. Die GMSH wurde erst vor knapp einem Jahr gegründet. Sie haben darauf hingewiesen. Der erste Geburtstag steht bevor. Ich weiß nicht, ob Sie den mit uns richtig feiern wollen. Denn ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass Sie im letzten Jahr die Beschlussunfähigkeit des Landtages herbeigeführt haben, um zu verhindern, dass die GMSH gegründet werden kann, sodass wir eine Sondersitzung für die Geburt dieses Kindes beantragen mussten. Das haben wir dann doch hinbekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Die GMSH ist in der Aufbau- und Umsetzungsphase - das haben Sie selber zugegeben, Herr Kubicki - und braucht eigentlich keine zusätzliche Beschäftigungstherapie, wenn ich das einmal ketzerisch sagen darf.

Um aber keinen falschen Eindruck zu erwecken, möchte ich im Namen der SPD-Fraktion noch einmal betonen: Wir haben die Gründung der GMSH gewollt. Wir erwarten eine fortschrittliche Organisation der zentralen Bewirtschaftung mit einem professionellen Management.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben hohe **Anforderungen** an die Zielsetzungen wie Einsparpotentiale, Kostentransparenz, Wirtschaftlichkeit und Effizienz, aber sehr wohl unter

**(Renate Gröpel)**

Wahrung von Arbeitnehmerrechten, ökologischen und sozialen Standards

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und Frauenstandards!)

- und durchaus auch frauenfördernden Maßnahmen. Das haben Sie immer noch nicht verstanden, Herr Kubicki.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Frankreich und Skandinavien haben die bei EU-Ausschreibungen weniger Probleme, weil die Berufstätigkeit von Frauen da selbstverständlicher ist als bei uns.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Als Parlament wollen wir regelmäßig und rechtzeitig informiert werden. Da teilen wir Ihre Meinung. Die SPD-Fraktion hat allerdings keinen Zweifel daran, dass das passieren wird. Wenn es der F.D.P. wirklich um die Sache geht, rennen Sie bei uns offene Türen ein. Wir werden Ihrem Berichts Antrag zustimmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sager.

**Reinhard Sager [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gar nicht erwartet, dass uns Frau Gröpel Antworten auf den umfangreichen Fragenkatalog geben würde. Insofern bin ich auch nicht enttäuscht, dass Sie hier keine Antworten gegeben haben. Sie sollten hier allerdings nicht den Versuch machen, der Opposition zu unterstellen, dass wir an der Sache vorbei Anträge stellen,

(Zuruf von der SPD: Die CDU hat doch gar keinen Antrag gestellt!)

denn bei der GMSH steht erheblicher Aufklärungsbedarf im Raum. Wir warten auf Antworten. Deswegen ist der Berichts Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben in diesem hohen Haus immer wieder über die GMSH und insbesondere über den **Immobiliendeal** debattiert, dieses verfassungsrechtlich und wirtschaftlich mehr als fragwürdige rot-grüne Geldbeschaffungsinstrument.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist es ja nicht mehr!)

Frau Gröpel, die Ausgestaltung der GMSH hat dabei selber oft nur eine Nebenrolle gespielt, und das wohl aus gutem Grund. Denn die rot-grüne Landesregierung weigerte sich hartnäckig, eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vorzulegen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Herr Kollege Neugebauer, bis heute haben Sie trotz wiederholter Aufforderung durch die Opposition nicht darstellen können oder nicht darstellen wollen,

(Renate Gröpel [SPD]: Nicht die alten Reden von Stritzl vorlesen!)

warum ein zentrales Gebäudemanagement mit Verknüpfung des Immobiliendeals wirtschaftlicher sein soll als eines ohne die Übertragung der Liegenschaften.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das können Sie jetzt mit dem angeforderten Bericht über die Entwicklung der GMSH nachholen, Herr Minister.

Nicht ungeschickt hat Herr Möller die ständige Suche der rot-grünen Landesregierung nach immer neuen Einnahmequellen mit der ohnehin anstehenden Reorganisation der Landesbauverwaltung und den ebenfalls erforderlichen **Einsparungen** bei der Gebäudebewirtschaftung verknüpft und zu einem großen Reformvorhaben in diesem Hause erklärt. Herr Finanzminister, in den Debatten zum Immobiliendeal haben Sie versucht, den Bürgern weiszumachen, dass dieses geniale Modell nicht nur Bargeld in die Kassen des Landes spült, sondern zum Schluss alles noch wesentlich kostengünstiger ist. In Wahrheit sind hier jedoch dicke Fragezeichen angebracht.

Denn erst mit der letzten Nachschiebeliste zum Haushalt 2000 hat die Landesregierung statt der erhofften Einsparungen von mehr als 6 Millionen DM glatt noch einmal gut 6 Millionen DM für die Bewirtschaftungskosten - die hatte man gar nicht auf der Rechnung - oben drauflegen müssen. Das macht den kleinen Unterschied von schlappen 12 Millionen DM. Wo sind denn da die Einsparungen? Wir sind interessiert daran, dies zu erfahren. Das können Sie in Ihrem Bericht darlegen, Herr Möller.

(Renate Gröpel [SPD]: Im Ausschuss geben wir Ihnen gern Nachhilfeunterricht!)

(Reinhard Sager)

Und wie steht es mit der ehemaligen **Landesbauverwaltung**? Das einzig wirklich erkennbar Neue ist, dass die guten alten Landesbauämter jetzt Zweigniederlassungen heißen. Im Übrigen wird der gesamten Landesbauverwaltung ein riesiger kaufmännischer Wasserkopf aufgepfropft. Ständig können wir in den schleswig-holsteinischen Tageszeitungen Großanzeigen lesen, dass Kaufleute, Betriebswirte, Controller und so weiter gesucht werden. Von straffer Neuorganisation und wirklichen Einsparungen ist auch hier in Wahrheit nichts erkennbar.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Herr Möller, auch hinter der **zentralen Gebäudebewirtschaftung** als dem wirklich wichtigen und auch von uns begrüßten Reformvorhaben stehen weitere Fragezeichen. Wo liegen eigentlich die bisherigen Einsparpotentiale? Wenn es denn welche gibt, in welcher Größenordnung konnten sie bisher erzielt werden? Wie sieht es mit dem Ziel der schlankeren Verwaltung aus? Herr Kubicki, Sie sind darauf eingegangen. Auch wir haben - ehrlich gesagt - den Eindruck, dass der Papierkrieg sogar noch zugenommen hat.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Genau!)

Wie steht es eigentlich mit der Chancengerechtigkeit bei der Planung von Bauvorhaben im Wettbewerb? Schon jetzt klagen schleswig-holsteinische Architekten und Ingenieure über nicht unerhebliche Wettbewerbsverzerrungen, nachzulesen beispielsweise am 13. Mai dieses Jahres in den „Kieler Nachrichten“.

(Lothar Hay [SPD]: Das haben sie vor der GMSH auch schon gemacht! Das ist nichts Neues! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Hay, Ziel muss es doch sein, die gesamte öffentliche Bauverwaltung zu straffen und effizienter zu machen. Wir wenden uns entschieden gegen einen mit öffentlichen Mitteln üppig ausgestatteten **Konkurrenten** für die privaten Anbieter von Ingenieurleistungen in diesem Land. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Möller, mit dem vorgestellten Berichts Antrag haben Sie Gelegenheit, auch auf diese Fragen Antworten zu geben, die dringend gegeben werden müssen, auf viele Fragen, die nach einem Jahr GMSH zu Recht gestellt werden müssen. Dem Berichts Antrag der F.D.P. stimmen wir deshalb gern zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es taucht immer die Frage auf, was ich zu einem Berichts Antrag sage, wenn ich den Bericht noch gar nicht kenne. Herr Sager hat sich festgelegt: Er missbraucht den Antrag für ideologische Kampftiraden, für das, was er schon immer sagen wollte, für Unterstellungen

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD] - Unruhe)

und wärmt noch einmal die Verkäufe auf, obwohl die mit der GMSH im Prinzip überhaupt nichts zu tun haben. Da lobe ich doch den Beitrag des Kollegen Kubicki, der klar ausformuliert hat, welche Zahlen er haben möchte, um dann mit uns in der Sache zu diskutieren.

(Zurufe)

Wer ausgliedert, muss sich auch berichten lassen. Da sind wir uns einig. Wer ausgliedert, geht Schritte, die erst einmal mutig sind, wo die Ergebnisse nicht von vornherein feststehen. Wir wollten ausgliedern. Wir wollten die GMSH. Wir haben verschlankt. Die Bauverwaltung ist wirklich Stück für Stück schlanker geworden. Es gibt weniger Personal. Zumindest diese Zahlen sind unstrittig.

Was die CDU eigentlich will, ist mir unklar. Mal will sie privatisieren, wenn es konkret wird, will sie es dann doch nicht. Aber als Oppositionspartei ist das ja auch durchaus möglich. Da hat man anschließend nicht die Entscheidungen zu treffen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Reinhard Sager [CDU]: Man muss das auch verstehen!)

In der Sache war die Entscheidung der GMSH richtig. Nichtsdestotrotz müssen wir die Entwicklung der GMSH natürlich weiter im Auge behalten, müssen die Zahlen verfolgen und kontrollieren. Deshalb haben wir im Gesetz eine Berichtspflicht, die Vorlage eines Wirtschaftsberichts festgelegt, um uns als Finanzausschuss, als Landtag, immer wieder informieren zu lassen.

Gerade der Berichts Antrag macht deutlich, dass es richtig war auszugliedern. Denn hätten wir noch eine



(Monika Heinold)

Bauverwaltung, hätten wir diesen Berichts Antrag nicht,  
(Heiterkeit und Beifall)

selbst wenn die Kosten gestiegen wären. Herr Sager, bevor Sie den Kopf schütteln - wo ist denn Ihr Berichts Antrag zur Entwicklung und zum Einsparpotential des Statistischen Landesamtes oder des Landesvermessungsamtes? Wo ist Ihr Berichts Antrag zu den Katasterämtern? Wo ist Ihr Berichts Antrag zu all den anderen Ämtern, die wir haben?

Das fällt Ihnen überhaupt nicht auf, dass es auch dort Entwicklungen gibt, die zahlenmäßig nicht nur nach unten gehen. Danach fragen Sie gar nicht. Sie fragen zu Recht - Sie nicht, aber die F.D.P. ist ja auf die Idee gekommen - nach der GMSH, weil wir dadurch, dass wir die GMSH haben, zum ersten Mal auch eine **Kostentransparenz** haben und tatsächlich sehen können, wie die Entwicklung ist. Auch das gibt ein Recht „out-sourcing“, um dann zu sehen, wie Entwicklungen sind, und es zu bewerten, wenn der Bericht da ist, wenn die Zahlen da sind.

Ich bin gespannt, Herr Sager, ob Ihre Argumente dann anders sind als heute. Lassen wir uns einmal überraschen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW unterstützt den Antrag der F.D.P. Das vorweg. Ich finde, er steht uns als Parlament gut zu Gesicht und wir glauben auch nicht, dass das schlitzohrig gemeint ist.

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Der Gründung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein vor etwa einem Jahr ging ein langer und schwieriger Weg voraus. Die Überführung der Landesbauverwaltung in eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts war damals - wir wissen es alle - mehr als sehr umstritten - nicht zuletzt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - und es war auch juristisch keine leichte Angelegenheit, diese Umstrukturierung durchzuführen.

Obwohl die Gründung der GMSH als selbstständige Gesellschaft natürlich als ein zentraler Baustein der gesamten Konstruktion der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Verkauf der Landesliegenschaften

an die Investitionsbank betrachtet werden konnte, war es unbestritten, dass eine Umstrukturierung der Landesbauverwaltung vor dem Hintergrund neuer Rahmenbedingungen notwendig war. Darin waren sich alle Parteien einig. Ich muss sagen, ich fand den Beitrag von Frau Heinold ausgesprochen gut, weil durch ihn mit einem Mal auch klar wurde, was denn das Neue in Sachen GMSH ist, dass wir nämlich erstmals auch Transparenz bekommen - hoffentlich.

Denn eine **Zentralisierung** der Bewirtschaftung der Landesliegenschaften und die gleichzeitige Zentralisierung des Beschaffungswesens des Landes war schon lange notwendig, um den zukünftigen Anforderungen an eine moderne und effiziente Verwaltung zu entsprechen. Gestritten wurde aber über den richtigen Weg.

Aus Sicht des SSW war die gefundene Lösung einer **Verselbstständigung** als Anstalt des öffentlichen Rechts ein annehmbarer Kompromiss. Die Verselbstständigung der GMSH war zwar keine richtige Privatisierung, aber kann dennoch als „Outsourcing“ bezeichnet werden. Durch die Verselbstständigung sollte die Bauverwaltung flexibler werden und auch ihren Aufgabenbereich ausweiten können. Durch eine zentrale Gebäudebewirtschaftung und ein zentrales Beschaffungswesen sollten pro Jahr Einsparungen im Landeshaushalt in bis zu zweistelliger Millionenhöhe erreicht werden.

Am 1. Oktober 1999 hat das Finanz- und Energieministerium als erstes Ressort die Bewirtschaftung von rund 70 Gebäuden auf die GMSH übertragen. Seit dem 1. Januar 2000 ist die Bewirtschaftung des Landtagsgebäudes in der Hand der GMSH. Weitere werden bis zum Jahresende 2000 folgen.

Auch das zentrale Beschaffungswesen der GMSH ist nach einigen Schwierigkeiten gestartet und kann laut Pressemitteilungen schon auf die ersten Erfolge in der Online-Beschaffung verweisen. Ich glaube, wir haben aber alle am eigenen Leib erfahren, dass die Startphase der GMSH nicht unproblematisch war. Mehr als einmal ist mir dabei auch der Spruch eingefallen: „Von der Wiege bis zur Bahre: Formulare, Formulare!“

Aber gerade weil es sich um ein „**Outsourcing**“ von Aufgaben der Landesverwaltung handelt, befürwortet der SSW, dass wir als Parlament - ich sagte es eingangs schon - nach einem angemessenen Zeitraum einen Bericht von der Landesregierung über die bisherigen Ergebnisse bekommen. Das ist klar: Dieses berühmte Baby ist ein Jahr alt und mehr können wir

**(Anke Spoorendonk)**

auch nicht erwarten. Aber trotzdem ist es angemessen, einen Bericht zu verlangen.

(Beifall des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Eine Erfolgskontrolle der Ziele, die mit der Gründung der GMSH erreicht werden sollten, scheint mir nach einem Jahr trotz allem sinnvoll zu sein.

Wir müssen als Parlament einfach wissen, welche konkreten Folgen die Gründung der GMSH gehabt haben. Dies gilt beispielsweise bei dem Umfang der bisher erreichten Einsparungen, bei den Bewirtschaftungskosten, bei den durchschnittlichen Mietpreisen pro Quadratmeter oder auch bei den bisherigen Erfahrungen mit der zentralen Beschaffung. Nicht zuletzt sollte der Bericht auch Aussagen über die Situation des Personals in der GMSH enthalten.

Wir stimmen dem Berichtsantrag zu, wie ich eingangs schon sagte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Minister Möller.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss nun Herrn Kubicki auch einmal loben: Ich finde es gut, Herr Kubicki, dass Sie sich auf das Thema GMSH konzentriert haben. Die alten Schlachten mit der Gebäudeübertragung, Herr Sager, sollten Sie irgendwann einmal aufgeben.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] - Holger Astrup [SPD]: Es langweilt!)

Ich glaube, es ist deutlich geworden, als wir vor einem Jahr den Beschluss gefasst haben und die GMSH errichtet worden ist - diese Aussage wage ich als zuständiger Minister -, haben wir uns auf den richtigen Weg begeben. Die Gründung der GMSH ist und war ein wichtiger Baustein zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung; sie ist das zentrale Instrument des Landes für die Wahrnehmung der Bau- und Planungsaufgaben, für ein modernes **Facility-Management** und - das ist auch immer ein Wunsch des Landtages gewesen - für die Zentralisierung der Beschaffungen. Ich hoffe, dass wir damit dann auch sehr bald beginnen dürfen.

Die GMSH ist ein **Konzerndienstleister** für das Land, der nach dem Prinzip eines modernen Unter-

nehmens mit kaufmännischem Rechnungswesen eingerichtet ist. Ich sage ausdrücklich: Ja, es hat Anlaufkosten bedeutet, dass wir auch sektoral für den Baubereich, für das Facility-Management, für die Beschaffung getrennte, transparente Kostenrechnungen vorlegen können, weil aus dem Gesetz heraus die Berichtspflicht da ist und Sie darauf auch einen Anspruch haben. Das hat in der Anfangsphase auch etwas Geld gekostet, aber diese Kosten- und Leistungsrechnung auch sektoral darzustellen, damit keiner den Verdacht hat, der eine würde den anderen subventionieren, ist richtig und ist auch vorhanden. Wenn die Ergebnisse der ersten Wirtschaftsjahre vorliegen, werden wir Ihnen das ja auch vorlegen.

Ich denke, darüber, das zu machen, gab es immer Einigkeit.

Ich will auch noch einmal eines sagen: Als Konzerndienstleister für das Land ist es nicht das Ziel, den Wettbewerb mit Privaten aufzunehmen, sondern im Vordergrund steht die Partnerschaft auch mit den Privaten in allen Bereichen. Das gilt auch für den Baubereich. Ich kann ja verstehen, wenn die Bauwirtschaft etwas zurückgeht, dass jetzt die Architektenkammer wehklagt. Aber das Volumen der Architektenleistungen, die vergeben worden sind, ist in den letzten Jahren mit zwischen 22,4 Millionen und 20,5 Millionen DM ziemlich konstant. Dabei wird es auch bleiben. Aber selbstverständlich: Wenn im Baubereich Personalüberhang da ist, muss doch zunächst einmal das eigene Personal sinnvoll ausgelastet werden, bevor man Architektenaufträge vergibt.

Aber wir wollen gar nicht alles machen, können es auch gar nicht machen; denn wir wollen Personal abbauen. Dazu haben wir uns auch gegenüber dem Bund verpflichtet. Ich denke, die Zahl von 20 Millionen DM macht deutlich, dass das so weitergeht.

Es ist wirklich polemisch, wenn die Architektenkammer behauptet, die Bauverwaltung wäre um 400 Leute aufgestockt worden. Das ist sie natürlich nicht. Es hat ein erstes Gespräch zwischen dem Bundesfinanzministerium und dem Verteidigungsministerium stattgefunden, was diesen Bereich angeht. Die **Kostenreduzierung** im Baubereich kann sich sehen lassen. Und unter uns: Wenn ich mir jetzt das ansehe, was Herr Scharping an Outsourcing im Bundeswehrbereich vorhat, dann sollten wir ganz froh sein, dass wir einen Zehn-Jahres-Vertrag zu diesen Bedingungen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

**(Minister Claus Möller)**

Aber dieser Vertrag verpflichtet uns auch gegenüber unseren Partnern, kostengünstig zu arbeiten. Den Beweis werden wir erbringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann sagen Sie aber auch, dass Sie uns dafür danken können!)

- Ach, Sie haben das ausgehandelt!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Alles andere hätte mich auch gewundert, Herr Kubicki. Ich habe immer überlegt, wer das gemacht hat. Das waren Sie wahrscheinlich.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Ihr Parteifreund Koppelin war dabei sehr hilfreich.

(Reinhard Sager [CDU]: Guter Mann!)

Diese Partnerschaft wollen wir auch im Gebäudemanagement. Es ist doch nicht so, dass wir eigene Kapazitäten aufbauen wollen. Wir wollen die nur zentral verwalten. Und diese Partnerschaft gilt natürlich auch im Beschaffungswesen.

Es ist schon gesagt worden: So wie es jetzt im Baubereich aussieht, sind wir bis 2003 gut ausgelastet. Die Werften sind sehr froh, wenn sie bis 2002 ausgelastet sind. Deshalb ist die wirtschaftliche Basis gegeben.

Was das **Facility-Management** angeht, bitte ich um Verständnis. Wir sind mitten bei der Übertragung der Aufgaben. Man kann nicht schon während dieser Phase die großen Rationalisierungserfolge sehen. Es ist klar, wenn wir in Husum von 20 Liegenschaften bisher nur das Finanzamt übertragen haben, sind die Synergien im technischen Bereich doch erst da, wenn wir alles übertragen haben. Deshalb versuchen wir, so zügig wie möglich alles in das Facility-Management zu übernehmen. Dann sind auch die Einsparpotentiale in den Zeiträumen, die wir uns vorgenommen haben, nachvollziehbar. Und daran sollten Sie uns dann messen.

Was die **Beschaffung** angeht, sage ich noch einmal, ich hoffe, dass wir im Finanzausschuss in der kommenden Woche zu einer Einigung kommen können, so dass die zentrale Beschaffung dann auch ab 1. Juli 2000 beginnen kann. Wir standen ja in der Pflicht des Landtages, die zentrale Beschaffung im ersten Halbjahr des Jahres aufzunehmen. Aber selbstverständlich werden wir alle Fragen, die da sind, beantworten.

Unter dem Strich kann ich sagen: Ich bleibe dabei, wir sind auf dem richtigen Weg. Wenn in der Frage des Facility-Managements in der Anfangsphase gesagt worden ist: „Formulare, Formulare, Formulare!“, ist das vielleicht nicht abzuleugnen. Anke, ich sage aber, diese Formulare haben deutliche Hinweise darauf gegeben, wo Einsparpotentiale sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, lieber selber machen, als einen Antrag ausfüllen!)

Und wenn wir die dann erfasst haben, können wir den Formulkrieg sicher auch etwas abbauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der F.D.P., Drucksache 15/125, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir werden um 15:00 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 20 - Wirtschaftsbericht 2000 - die Sitzung fortsetzen. Ich wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:02 bis 15:02 Uhr)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Nachmittagsitzung. Auf der Tribüne begrüße ich die Besuchergruppe des Gymnasiums Heide-Ost. Herzlich willkommen!

(Beifall - Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit. Das gilt auch für die Rednerinnen und Redner. Es ist nicht gut, wenn man gegen das Plenum anschreien muss.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Wirtschaftsbericht 2000**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/60

Ich erteile zunächst dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Minister Dr. Rohwer, das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt ist der Name genannt worden!)

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftsdaten für Schleswig-Holstein sind so gut wie lange nicht mehr und sie sind sogar günstiger als in den meisten anderen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD)

Was aber mindestens ebenso wichtig ist: Auch das **Wirtschafts- und Innovationsklima** in Schleswig-Holstein ist besser denn je. Wir alle erleben es bei Firmenbesuchen, auf Verbandsveranstaltungen und sogar in den Medien: Es herrscht Aufbruchstimmung in Schleswig-Holstein. Wirtschaftlich geht es voran wie schon lange nicht mehr. Überall werden Pläne für die Zukunft gemacht. Allein, was unter dem Stichwort „Multimedia-Campus“ an Initiativen überall im Land entwickelt worden ist, zeugt von Vitalität und Zukunftswillen in den Regionen.

Fast jeden Tag hören wir von neuen Firmenansiedlungen oder Betriebserweiterungen, nicht nur in Kiel, auch in Flensburg, in Lübeck und anderen Regionen des Landes. Die Erwartungen für die nächsten Jahre sind positiv.

Der **Wirtschaftsbericht** spiegelt dies - wie ich meine - eindrucksvoll wider. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einmal den Autoren Dank sagen für die sehr eindrucksvolle Darstellung der Entwicklung in den letzten zwölf Monaten.

Mit einer **Wachstumsrate** von 2 % lagen wir 1999 vor allen anderen Ländern und deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Wachstumsträger Nummer eins war das verarbeitende Gewerbe, also die vielen kleinen und mittleren Unternehmen des Landes.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hört, hört!)

Allein die Auslandsumsätze sind um mehr als 10 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Exportquote übersprang erstmals die 30%-Marke. Die Auftragsentwicklung der Industrie gibt Grund für weiteren Optimismus. Im ersten Quartal 2000 stiegen die Inlandsaufträge um 17 %, die aus dem Ausland sogar um 25,6 %. Und, ganz aktuell: Die Arbeitslosigkeit sank auch im Mai wieder deutlich. Zugleich steigt die Beschäftigung in Schleswig-Holstein schneller als im Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Gute Wirtschaftslage auf breiter Basis“ schrieben die Industrie- und Handelskammern über ihren letzten Konjunkturbericht. Dies ist treffend formuliert. Aber

entscheidend sind für mich nicht allein die kurzfristigen Zahlen, sondern auch die strukturellen Trends. Schleswig-Holsteins Wirtschaft hat einen Hightech-Anteil bei Umsatz und Beschäftigung deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das ist eine gute Zukunftsbasis. Über 70 % der Wertschöpfung in Schleswig-Holstein werden im Dienstleistungssektor erbracht. Er beschäftigt 68 % aller Erwerbstätigen und auch damit wiederum mehr als im Bundesdurchschnitt. Das sind Zahlen, die Perspektiven eröffnen, denn die Dienstleistungen wachsen schneller als die industriellen Bereiche.

158 Unternehmen mit fast 2.000 Arbeitsplätzen kamen allein 1999 nach Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Unser Saldo der Handelsregistereintragungen, also der Neueintragungen minus Löschungen, liegt hinter Hamburg an zweiter Stelle im bundesdeutschen Länderranking.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch beim **Ausbildungsangebot** liegen wir mit an der Spitze. Wir sind eines der wenigen Länder, die allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bieten, wahrscheinlich die wichtigste Zukunftsvorsorge überhaupt, denn qualifizierte Arbeitskräfte werden schon wieder knapper.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Zahlen zeugen von der Attraktivität des **Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein**. Ich finde, dass Schleswig-Holstein stolz darauf sein kann.

Aber wir wollen und dürfen uns damit nicht zufrieden geben. Wir müssen noch besser werden, weil auch der internationale Wettbewerb noch schärfer wird. Wir müssen dies schnell tun, weil auch die anderen nicht schlafen. Deshalb forcieren wir die Planung für unsere wichtigsten Verkehrsprojekte auf Straße und Schiene. Deshalb drücken wir aufs Tempo beim Bundesverkehrswegeplan und beim Wettbewerb bei der Bahn. Deshalb machen wir Druck bei der Qualifizierung dringend benötigter Arbeitskräfte - Stichwort „Multimedia-Campus“, Stichwort „Ausbildungs-Initiative für den IT-Bereich“. Wir haben heute Morgen mit den Kammern und den Wirtschaftsförderinstituten den Vertrag für ein **Communication Center Wirtschaft** geschlossen, damit ab Januar nächsten Jahres durch kompetente sofortige Erstberatung und Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit durch ein Call

**(Minister Dr. Bernd Rohwer)**

Center mit einheitlicher Rufnummer unsere Wirtschaftsförderung noch schneller und zielgenauer wird.

Deshalb bin ich auch selbstbewusst genug, um Schleswig-Holstein künftig einem kontinuierlichen Standort-„Benchmarking“ zu unterwerfen. Wir wollen die Wirtschaftsstandorte und die Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein in einem professionellen Verfahren an den besten anderen Regionen Deutschlands messen, so wie dies auch größere Unternehmen seit Jahren erfolgreich tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bedingungen für einen weiteren, lange anhaltenden Aufschwung mit vielen neuen Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein sind so gut wie lange nicht mehr. Ich verspreche Ihnen, diesen Aufbruch mit aller Kraft wirtschaftspolitisch zu unterstützen. Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung die Schwerpunkte dafür benannt. Ich bitte Sie alle sehr herzlich um Ihre Unterstützung, denn nur gemeinsam nutzen wir alle unsere Möglichkeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eichelberg.

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war schon mal gut!)

Wir haben den Bericht gelesen. Er ist dreimal so dick wie früher. Es handelt sich um eine echte Fleißarbeit. Er enthält viele Zahlen. Das muss man anerkennen. Sie, Herr Minister Rohwer, sind ein angesehener Minister; das muss man auch sagen. Aber ich glaube, in Ihrem Vortrag haben Sie manches überzogen. Das aber gehört wohl zur Politik dazu.

Der Name „Wirtschaftsbericht 2000“ drückt aus, dass man sich weniger mit den harten Fakten der letzten zwölf Jahre, der Vergangenheit auseinander setzen will

(Helmut Plüschau [SPD]: In die Zukunft gerichtet!)

als vielmehr mit Visionen und Plänen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Blick in die Zukunft!)

Das ist im Grundsatz nicht falsch.

(Beifall bei der SPD)

Aber wenn man die Analyse der bisherigen Politik nicht korrekt vornimmt, kann man auch die Ziele nicht sachgerecht definieren, obwohl das wichtig ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Selbst in der Kirche - das wissen auch Sie - kommt erst die Beichte und dann der Segen des Hauses. Dazu wollen wir alle beitragen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Die Reue fehlt noch! Ohne Reue kein Segen!)

Die Jubelmeldung, „unsere Wirtschaft ist im vergangenen Jahr so stark gewachsen wie in keinem Bundesland“, ist ein typisches Beispiel. Keiner von uns wird vergessen haben, dass Schleswig-Holstein 1998 an vorletzter Stelle stand und auch das **Wirtschaftswachstum 1999** nur den so ungeliebten Kernkraftwerken zu verdanken ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Aufzählen von Vorhaben und deren Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes ist wichtig und gut. Viele Ansätze sind wirklich pragmatisch definiert. Es decken sich zwar mittlerweile die meisten Projekte mit den Projekten, die CDU und F.D.P. in den letzten Jahren vorgetragen haben,

(Zurufe von der CDU: Genau!)

es stellt sich aber die Frage nach der Umsetzbarkeit. Wir haben Zweifel, ob wir das wirklich umsetzen können. Zum einen macht Ihr grüner Partner die Sache etwas beschwerlich, wenn man liest, was er in letzter Zeit in den Medien hervorgebracht hat. Wir haben Zweifel daran, ob die **Infrastrukturmaßnahmen**, die für unser Land so wichtig sind, entsprechend zeitgemäß vorangetrieben werden können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zweitens wird immer wieder behauptet, bezüglich der wichtigen Infrastrukturmaßnahmen sei alles geregelt und finanziert. Meine Damen und Herren, rechtsverbindliche, einklagbare Zusagen habe ich bisher nicht gesehen - es sei denn, einige Bewilligungsbescheide sind an uns vorbei gegangen.

**Der Bundesverkehrswegeplan - -**

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

(Uwe Eichelberg)

- Herr Kubicki, Sie haben völlig Recht. Ich erinnere mich noch daran, dass wir vor einem halben Jahr bei dem Hinweis auf wichtige Verkehrsprojekte ausgelacht wurden mit dem Bemerkung, dass der Bundesverkehrswegeplan total unterfinanziert sei. Jetzt erhalten wir mittlerweile Listen, die noch weiter als früher gehen, obwohl wir weniger Geld zur Verfügung haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Das ist Verzögerungstaktik als eine Zielsetzung der Grünen. Vor der nächsten Bundestagswahl werden wir keinen verabschiedeten Bundesverkehrswegeplan haben. Davon gehen wir mittlerweile wohl alle aus. Auch das Anti-Stau-Programm, das wir als festen Punkt sehen, wird erst nach der nächsten Bundestagswahl zur Verfügung stehen. Wir haben also praktisch nichts in der Hand, aber gute Ziele definiert. Das muss man sagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Lassen Sie mich hierzu einige Punkte ansprechen. Der Finanzierungsvorbehalt und die Priorität der Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ werden in Zukunft bleiben. Ich sehe, dass gar nicht mehr so viel Geld übrig bleibt. Wir müssen dann zusehen, die Prioritäten so zu setzen, dass wenigstens ein Projekt oder zwei Projekte für Schleswig-Holstein dabei herauskommen.

Ich bewundere den Mut von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinsichtlich ihrer Terminzusagen zum Baubeginn, denn denen stehen Presseberichte der Grünen heftig entgegen. Allein beim Bau der **A 20** habe ich echte Probleme, wenn ich die Aussagen des neuen Ministers Müller höre, der sich auf „kryptische Formulierungen“ im Koalitionsvertrag beruft. Ich habe Zweifel an der Realisierbarkeit.

Herr Hentschel, dass Sie mehr Priorität auf den zweigleisigen Ausbau der Strecke Neumünster - Bad Segeberg setzen, heißt für mich, dass Sie lieber an den richtigen Knackpunkten Elmshorn - Pinneberg vorbei reden wollen und weitere zehn Jahre ins Land gehen müssen.

Ich komme auf einen weiteren Punkt zu sprechen, die **Häfen**. Reden Sie doch wirklich einmal mit den Abgeordneten in den Ländern! Sie besuchen ja so häufig Dänemark und Schweden. Die haben nicht mehr den rechten Glauben an das Vorangehen in der Verkehrspolitik in Deutschland und in Schleswig-Holstein. Sie legen mehr Kraft in den Ausbau von Esbjerg und sagen, „wir verladen lieber unsere Container in Esbjerg und bringen sie zu den ARA-Ports.“ Da wischt sich Hamburg auch noch die Nase.

(Lothar Hay [SPD]: Nennen Sie doch einmal einen Namen!)

Reden Sie doch mit ihnen. Finnische und schwedische Firmen konzentrieren sich mittlerweile, um künftig ihre mitteleuropäischen Märkte zu erreichen, auf preiswerte Fährdienste nach Rostock und Mukran - dort gibt es genügend Autobahnanschlüsse - sowie auf die Kooperation mit dem Hafen Stettin, der zurzeit mit gewaltigen EU-Mitteln ausgebaut wird. Es werden die Verkehrsströme verlegt, nämlich an Schleswig-Holstein vorbei. Da fragt man sich wirklich, wie sich die **Fehmarnbelt-Querung**, auf die wir so angewiesen sind, in Zukunft noch rechnen soll.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Beim **Flugverkehr** erwarten wir so viel von Kiel und Blankensee, insbesondere wenn die A 20 gebaut sein wird. Aber auch dort hat sich der neue Umweltminister sehr deutlich geäußert, als er sagte, für ein neues Abfertigungshäuschen in Kiel möge es noch genügen, aber für etwas anderes könne er sich nicht erwärmen. Also weiß man auch dort, was zu erwarten ist.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Wenn Probleme mit der Fehmarnbelt-Querung auftauchen, gibt es natürlich erst recht Probleme mit der **Elektrifizierung** der für uns so wichtigen **Eisenbahnstrecke Hamburg - Lübeck**. Das ist ganz klar, denn Minister Klimmt hat das aneinander gekoppelt. Ohne Fehmarnbelt-Querung kann es mit der Elektrifizierung auch nichts werden. Die Kopplung war ja eindeutig. Ihr ist nicht widersprochen worden, auch nicht von Herrn Klimmt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das sind zwei verschiedene Projekte!)

Interessant war für uns allerdings zu lesen, dass sich der Minister getraut hat auszudrücken, was wir schon seit Jahren fordern, nämlich dass die **A 7** sechsspurig ausgebaut werden solle, wenn auch erst im unteren Stück, genauso die **A 23**. Das ist eine realistische Einschätzung. Da freuen wir uns, dass er das eingesehen hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte jetzt auf den **Export** eingehen. Eine Exportquote von 30 % ist an und für sich nicht schlecht. Es ist richtig, dass das die Leistung von SPD und Grünen ist.

(Lothar Hay [SPD]: Danke!)

Wenn man allerdings die Euro-Dollar-Parität so übel dastehen lässt, dass man die Waren um ein Drittel billiger auf den Märkten verkaufen kann, muss ich

(Uwe Eichelberg)

dazu sagen: Das hat gut hingehauen. Aber die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein hat davon überhaupt nichts gehabt, abgesehen von einigen Großfirmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nunmehr die **Wirtschaftsförderungspolitik** ansprechen. Es wird immer behauptet, dass der große Strukturwandel von der verarbeitenden Industrie hin zum Dienstleistungssektor vollzogen worden sei. Dabei werden die starken Steigerungen in den Bereichen der modernen Informations-, Bio- und Medizintechnologien hervorgehoben. Wenn man die Zahlen seit 1985 und insbesondere seit den letzten zehn Jahren analysiert, stellt man fest, dass ein Wandel von der verarbeitenden Industrie zum Dienstleistungsbereich stattgefunden hat, nur nicht gerade auf den Gebieten, die wir uns zum Ziel gesetzt haben, sondern in den Bereichen Gesundheit und Erziehung. Wir haben also mehr Lehrer und Krankenschwestern. Aber das kann ja nicht die Dienstleistung sein, die wir alle im Auge haben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie das näher erklären? - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können dort eine Menge mehr tun. Herr Hay, man kann dazulernen. Es gibt auch **strukturelle Arbeitsmarktprobleme**. Wir haben gerade in den letzten Tagen den analytischen Arbeitsmarktbericht 1999 auf den Tisch bekommen. Wer diese dicke Studie durchgearbeitet hat, wird feststellen, dass der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein erstarrt ist und dass man „seit den achtziger Jahren noch nie eine so starke Verschärfung der Lage festgestellt“ hat. Das ist eine eindeutige Aussage, an der wir uns bei unserer künftigen Arbeit orientieren müssen.

Ich möchte auf die Anzahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** in Schleswig-Holstein eingehen. Bisher habe ich immer geglaubt, dass aufgrund der hohen Investitionen beispielsweise im Landesteil Schleswig eine Steigerung bei den Arbeitsplätzen festzustellen sei. Das ist nicht der Fall. Das Wachstum von **Arbeitsplätzen** erfolgte nahezu ausschließlich im Planungsraum 1, das heißt in den Landkreisen Pinneberg, Segeberg, Lauenburg und Stormarn. Dort sind allein 26 % Wachstum seit 1985 festzustellen, während das Wachstum im ganzen Land nur 13 % betrug. Betrachtet man die Zahlen seit 1990, hat sich der Trend noch verschlimmert. Daraus ist zu schließen, dass sich die Förderpolitik in unserem Land nicht an den spezifischen Besonderheiten der Regionen, zum Beispiel in Schleswig, orientierte.

(Lothar Hay [SPD]: Welche sind das denn? Nennen Sie die besonderen Spezifikationen der Region!)

- Wenn Sie zum Beispiel kleine Gewerbegebiete neben den Dörfern in einem so großen Umfang fördern, dass sich Aldi oder Lidl dort niederlassen können, damit auch der letzte Krämer eingeht, und dass der kleine Spediteur dort hingekommen ist! Ja, meine Damen und Herren, fahren Sie doch einmal durch Ihr Land. So ist es doch! Sie haben Dörfergemeinschaftshäuser gefördert, damit Ferien auf dem Lande verstärkt werden. Daraufhin hat auch der letzte Dorfkrug geschlossen. Das sind doch keine dauerhaften Arbeitsplätze!

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sprechen sich gegen die Förderung von Gewerbebetrieben aus!)

Wir sind der Auffassung, wenn man wie in anderen Bundesländern oder europäischen Ländern mehr Kraft zum Beispiel in den **Tourismus** hineingesteckt hätte, hätte man dort mehr dauerhafte Arbeitsplätze schaffen können als durch die Anlage dieser künstlichen Gewerbegebiete.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir freuen uns natürlich auch über Motorola, das ist richtig.

(Lothar Hay [SPD]: Danke!)

Nur sind das Einzelfälle. Wir müssen gezielt an das herangehen, was Schleswig-Holstein zu bieten hat. Es ist Zeit zum Umdenken - auch in der Förderpolitik - zugunsten des wunderschönen Landesteils Schleswig und anderer Küstenorte, wie es in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin definiert wurde, dass nämlich der Gesundheitsbereich in den Tourismus mit eingeschlossen werden soll; dann hätten wir wieder eine Perle in der wirtschaftlichen Entwicklung. Ich glaube allerdings, dass der Tourismus wieder in das Wirtschaftsministerium gehört, denn er bekommt dann anderen Akzent.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben noch nicht den Anschluss an die alten Länder der Bundesrepublik gewonnen. Das **reale Wachstum** lag in den Jahren seit 1985 bei uns in Schleswig-Holstein bei 31 % gegenüber 35 % in den alten Bundesländern. Wir müssen also hart rangehen, damit wir den Anschluss wiederfinden. Ich glaube aber, da die Visionen und Ziele definiert und Maßnahmen vorgeschlagen sind, dass wir gemeinsam mit Nüchternheit an dem Ziel arbeiten können. Der Mini-

(Uwe Eichelberg)

ster ist der richtige Mann am richtigen Platz. Das glaube ich schon.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Ich hoffe, dass die Grünen auch mitziehen. Herr Hentschel, ich hoffe nur, dass die Grünen hier in Schleswig-Holstein so mitziehen wie in Nordrhein-Westfalen, dann kriegen wir das auch hin.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Eichelberg, irgendwie habe ich das Gefühl, Sie haben den Wirtschaftsbericht 1987 und nicht den Wirtschaftsbericht 2000 gelesen.

(Beifall bei der SPD)

Der **Wirtschaftsbericht**, der heute vorliegt, dokumentiert durchaus ein Stück schleswig-holsteinischer Erfolgsstory, und eigentlich hatte ich den Wunsch, die Oppositionspartei CDU möge nur ein einziges Mal in diesem Hause die Souveränität aufbringen, der Wirtschaft in unserem Lande zu attestieren, dass unser Land in den letzten Jahren wirtschaftlich aufgeholt hat und stärker und moderner geworden ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch nicht!)

Denn mit dem jedes Jahr vorgelegten Bericht der Landesregierung werden die Leistungen der Wirtschaft in unserem Lande vorgestellt. Aber auch in diesem Jahr bin ich wieder enttäuscht worden. Wieder keine sachliche Auseinandersetzung, wieder keine Konzepte, keine Alternativen von der Opposition!

(Zurufe von der CDU)

Statt dessen wieder die übliche Schwarzmalerei, die wir hier schon mehrfach, zuletzt gestern bei der Debatte über die Ökosteuer, gehört haben.

(Klaus Schlie [CDU]: Sagen Sie auch etwas zur Sache, Herr Schröder?)

Fest steht: Die Wirtschaft in Deutschland zieht an, die Daten der **Konjunktur** signalisieren einen kräftigen Aufschwung, nicht nur für dieses, sondern auch für das nächste Jahr. Arbeitnehmer und Unternehmer werden von den hohen steuerlichen Belastungen, die sie Ihrer

Regierung in Bonn zu verdanken hatten, befreit werden. Dies wird sich auch auf die **Binnennachfrage** auswirken.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das gilt in besonderem Maße auch für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

Das haben wir uns nicht ausgedacht. Hinter den Zahlen, die eine günstige wirtschaftliche Entwicklung prognostizieren, stehen renommierte Wirtschaftsforschungsinstitute. Das Landesarbeitsamt Nord stellt in seiner heutigen Pressekonferenz fest, dass ein weiterer **Rückgang der Erwerbslosenquote** auf 8 % im Vergleich zu 9 % im Vorjahresmonat eingetreten ist. Diese Entwicklung ist für uns alle erfreulich.

(Unruhe bei der CDU)

- Menschenskinder noch einmal! Das ist ja wie in der dritten Klasse!

(Zurufe von der CDU: Na, na! - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment, bitte, Herr Abgeordneter! - Ich möchte wirklich darum bitten, den Rednerinnen und Rednern das Reden nicht so schwer zu machen und etwas Ruhe zu bewahren. Gespräche können Sie draußen führen. - Herr Abgeordneter Schröder, Sie haben das Wort.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Diese Entwicklung ist für alle erfreulich, für die Unternehmen, denen der Aufwärtstrend eine ausgezeichnete Auftragslage beschert hat, für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze in eben diesen Unternehmen sicherer geworden sind, für die Erwerbslosen, deren Chancen auf einen neuen Job angesichts des Aufschwungs gestiegen sind, für die jungen Menschen, deren Möglichkeiten einer zukunftsorientierten Berufsausbildung steigen, und schließlich auch für die Politik, die hier in Schleswig-Holstein durch eine aktive Wirtschafts- und Technologiepolitik für die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung zweifellos wichtige Voraussetzungen geschaffen hat.

Nehmen wir zum Beispiel das **Wirtschaftswachstum**. Schon im vergangenen Jahr zeigten sich die ersten Impulse für den Aufwärtstrend. Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein legte um immerhin 2 % zu. Damit war Schleswig-Holstein das wachstumsstärkste Bundesland überhaupt. Dass dieser Wachstumsschub kein konjunkturelles Strohfeuer war, zeigen die aktuellen Prognosen. Natürlich profitieren wir von der



(Bernd Schröder)

günstigen konjunkturellen Großwetterlage in Deutschland und in Teilen Europas. Hinzu kommt, dass die **Exportwirtschaft**, bedingt durch die gegenwärtige **Euroschwäche**, günstige Bedingungen vorfindet. Aber niemand wird bestreiten wollen, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland auch von der Reform- und Konsolidierungspolitik in Berlin wichtige Impulse erhält.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Schleswig-Holstein betrifft: Bei uns zählt sich die engagierte Wirtschaftspolitik der Landesregierung aus. Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein weiß durchaus: Auf uns und auf unseren Wirtschaftsminister Bernd Rohwer kann sie sich verlassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie lange noch? Die durchschnittliche Verweildauer im Kabinett beträgt zwei Jahre!)

- Sie werden noch länger warten müssen, Herr Kubicki. - Ich will gar nicht bestreiten, dass es in Schleswig-Holsteins Wirtschaft Problembereiche gibt. Dies gilt zweifellos für die Bauwirtschaft und für Teile des Handwerks. Wenn man sich jedoch den Auftragsbestand der gewerblichen Wirtschaft anschaut, dann stellt man fest, dass die Auftragsgänge gegenüber dem Vorjahr um 56 % gestiegen sind, die Auftragsgänge aus dem Ausland sogar um über 100 %. Es ist nun einmal nicht wegzudiskutieren, dass die Exportquote um über 30 % angestiegen ist.

Dabei zeigt sich, dass es in Schleswig-Holstein vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind, die dem Aufschwung hier bei uns die entscheidenden Impulse geben. Besonders erfreulich ist, dass in Schleswig-Holstein zahlreiche leistungsstarke und innovative Unternehmen in verschiedenen zukunftsorientierten Branchen zu Hause sind, ob in der Boom-Branche Informations- und Kommunikationstechniken, ob im Bereich des Umweltschutzes, der Medizin, der Biotechnik oder in der Datenverarbeitung. Ebenso erfreulich ist es, dass Schleswig-Holsteins Wirtschaft mehr und mehr von Unternehmen dieses Leistungssektors profitiert. Auch das ist ein Ergebnis des erfolgreichen Strukturwandels, für den die Landesregierung in den vergangenen Jahren immer wieder Anstöße gegeben hat.

Betrachtet man die jüngste Entwicklung, so kann man von einem positiven Trend sprechen. In den ersten drei Monaten des Jahres ging die **Erwerbslosigkeit** bei uns um weitere 7,2 % zurück und die Zahl der offenen Stellen stieg im gleichen Zeitraum um 16,9 %.

Die Landesregierung hat auch eine erfolgreiche **Regionalförderung** betrieben. Sowohl der Norden als

auch der Westen Schleswig-Holsteins konnten ihre Wirtschaftskraft in den letzten Jahren erheblich steigern. Sie sollten sich die aktuellen Zahlen durchaus einmal ansehen.

Warum, meine Damen und Herren von der Opposition, können Sie diese offensichtlichen und nachweisbaren Leistungen von Wirtschaft und von Wirtschaftspolitik in diesem Lande nicht ein einziges Mal anerkennen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gesagt, meine Damen und Herren: Wir werden uns damit nicht zufrieden geben. Aber sowohl die wirtschaftlichen Eckdaten als auch der Trend am Arbeitsmarkt zeigen: Wir sind mit unserer aktiven und innovativen Wirtschaftspolitik für wettbewerbsstarke, moderne Unternehmen und den Ausbau einer zukunftsorientierten **Infrastruktur**. Kollege Eichelberg, es ist schon bemerkenswert, dass Minister Müller vor den NABU-Verbänden in Plön klipp und klar gesagt hat: Die **A 20** ist ein eindeutiger Bestandteil des Koalitionsvertrages und wir halten uns an den Vertrag. Alles andere ist nicht in Ordnung und wird hineininterpretiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist denn daran so beachtlich, dass jemand sagt, er halte sich an einen Vertrag?)

- Damit ist klar, dass die A 20 so gebaut wird, wie es immer wieder von uns und von der Regierung gesagt wurde.

Wir werden den Weg der **ökologischen Modernisierung der Wirtschaft** und der neuen Arbeitsplätze weiter beschreiten. Wir werden nicht locker lassen und unsere Initiativen, so zum Beispiel das Förderprogramm „Zukunft im eigenen Land“, unsere erfolgreiche Politik mit allem Engagement und mit allen Beteiligten fortsetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Garg.

**Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wenn die Erklärung des Kollegen Eichelberg, der Wirtschaftsminister sei der richtige Mann am richtigen Ort, vom Kollegen Schröder als Schwarzmalerei

(Dr. Heiner Garg)

bezeichnet wird, dann finde ich das irgendwie komisch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finde ich auch komisch!)

Herr Minister Rohwer, ich habe mittlerweile zur Kenntnis genommen, dass **Strukturhilfemittel der Europäischen Union** keine Fördermittel für vergleichsweise schwach entwickelte Regionen sind. Sie hatten mich ja in der letzten Plenarsitzung darüber aufgeklärt, dass diese keineswegs eine Art europäischer Sozial- oder Entwicklungshilfe für Regionen darstellten, die sich nicht allein aus eigener Kraft fortentwickeln können. Ihrer Auffassung nach handelt es sich offensichtlich um eine Art Prämie, möglicherweise für besonders gelungene Strukturpolitik. Warum diese Mittel dann allerdings Strukturhilfemittel heißen, weiß ich nicht. Aber sicherlich können Sie mir auch dabei weiterhelfen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Außerdem wüsste ich ganz gern, warum sich die angebliche Spitzenposition Schleswig-Holsteins bei Wachstum, Unternehmensansiedlung und wirtschaftsfreundlichem Klima nicht endlich auch einmal in der **Finanzkraft des Landes** niederschlägt.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Noch nie wurden so viele **Unternehmensansiedlungen** wie im vergangenen Jahr begleitet. - Das höre ich hier seit fünf Jahren.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was? Sie sind doch erst seit einem Monat hier!)

Dennoch schlägt sich das im Steueraufkommen nie nieder. Jedes Jahr steht in dem Wirtschaftsbericht, noch nie hätten sich so viele Unternehmen neu angesiedelt. Wann schlägt sich das endlich einmal beim Steueraufkommen nieder?

Weiter berichten Sie, die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt habe sich fortgesetzt, sogar verstärkt. Wenn Sie damit meinen, dass die Zahl offiziell arbeitslos gemeldeter Personen sinkt, dann haben Sie vollkommen Recht. Aber es waren doch nicht die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen dieser Koalition, die maßgeblich hierzu beigetragen haben. Sehr geehrter Herr Minister, wir sind uns doch sicherlich darin einig, dass der Einfluss der schleswig-holsteinischen Landesregierung auf eine rasante Talfahrt des Außenwertes des Euro äußerst gering war.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer sind andere schuld an allem!)

- Herr Hentschel, quatschen Sie nicht pausenlos dazwischen. Das ist langweilig.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Garg, Sie reden jetzt im Parlament!)

Unterstellt, die **schleswig-holsteinische Außenwirtschaft** leistete tatsächlich einen überragenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung, was immer Sie unter „überragend“ verstehen, dann ist dies doch vor allem auf verbilligte Exporte in Länder zurückzuführen, die nicht zur Währungsunion gehören, Auslandsreise des Kabinetts hin oder her. Das schlug sich natürlich auch auf die Entwicklung der **Beschäftigung** nieder, sowohl im Bund als auch im Land. Dennoch nehme ich an, dass Sie mittelfristig die derzeitige Euro-Dollar-Parität nicht als geldpolitisches Instrument der Beschäftigungspolitik proklamieren wollen.

Zu der von Ihnen angesprochenen Trendwende auf dem Arbeitsmarkt gehört nämlich auch, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Schleswig-Holstein seit Dezember 1995 kontinuierlich sinkt, und zwar im Durchschnitt um 1 % pro Jahr. Gleichzeitig stieg bis Ende 1998 im Jahresdurchschnitt die Zahl der Arbeitslosen. Mit Beginn des vergangenen Jahres setzte dann eine Entwicklung ein, auf die weder die Regierung Schröder noch die Regierung Simonis auch nur den geringsten Einfluss hatte. Die demographische Entwicklung führte nämlich dazu, dass altersbedingt mehr Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als eintreten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Anders ausgedrückt: Die Zahl der Erwerbsfähigen nimmt kontinuierlich ab, und zwar mittlerweile so, dass trotz des Rückgangs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen die Zahl der offiziell erfassten Arbeitslosen rückläufig ist.

Herr Minister, für die Funktion der **Arbeitslosenentwicklung** läßt sich daher bestimmt ein Wendepunkt bestimmen. Politisch ist das aber ganz gewiss keine Trendwende. Natürlich gehört es sich für ein Regierungsmitglied, die aktive Arbeitsmarktpolitik lobend zu erwähnen. Sie wissen aber doch selbst am besten, dass sich strukturell bedingte Arbeitslosigkeit gerade nicht mit den Instrumenten aktiver Arbeitsmarktpolitik bekämpfen läßt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**(Dr. Heiner Garg)**

Gerade das wäre aber die zentrale Herausforderung für eine moderne Strukturpolitik.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Wenn Sie von Strukturwandel in Schleswig-Holstein sprechen, dann sollte sich diese Regierung endlich einmal entscheiden, wie weit sie damit mittlerweile gekommen ist. Befindet sich das Land auf halber Strecke? Stecken wir mittendrin im Strukturwandel, wie die Ministerpräsidentin immer wieder darlegt? Oder hat Schleswig-Holstein den Strukturwandel tatsächlich bereits erfolgreich bewältigt? Davon sind Sie, Herr Minister, ja offensichtlich überzeugt. Im letzteren Fall nehme ich dann zur Kenntnis, dass sich eine Regierung, die verbal seit 1988 aus der Kernenergie aussteigt, damit zufrieden gibt, dass es nach wie vor die drei **Kernkraftwerke** sind, die bei einer durchschnittlichen **Wachstumsrate** des realen Bruttoinlandsprodukts von rund 2 % fast 75 % zu eben dieser jährlichen Wachstumsrate beisteuern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, bräuchte man die wirtschaftliche Leistung der Kernkraftwerke zum Abzug, betrüge das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im vergangenen Jahr noch ungefähr ein halbes Prozent. Mit anderen Worten, der alte Satz: Ohne Kernenergie läuft in Schleswig-Holstein nichts, hat nichts von seiner Gültigkeit verloren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lieber Kollege Hentschel, das ist keineswegs ein Plädoyer für die Kernenergie. Es soll aber insbesondere Ihnen deutlich machen, mit welchen Strukturen wir es hier nach wie vor zu tun haben. Die Krönung ist, dass ausgerechnet eine Landesregierung mit Beteiligung der Grünen die Kernkraftwerke mittlerweile völlig unverzichtbar gemacht hat. Sie sollen nämlich über eine Oberflächenwasserentnahmeabgabe zukünftig über 40 Millionen DM pro Jahr direkt in die Kassen von Herrn Möller spülen.

(Lothar Hay [SPD]: Oh, das ist ein Ding!)

Frau Fröhlich, hier steckt nicht der Finanzminister in einem Dilemma, das Sie neulich Zielkonflikt nannten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Garg, Sie müssen nicht so böse gucken!)

Herrn Möller ist es mittlerweile vollkommen egal, wie er seine Haushaltslöcher stopft. Sie aber stecken in

einem ganz gewaltigen Dilemma: Wie und wem wollen Sie noch ernsthaft erklären, dass Sie politisch am Einstieg in den Ausstieg - oder wie Sie das auch immer nennen - basteln, wenn Sie sich gleichzeitig aktiv daran beteiligen, die schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke geradezu unentbehrlich für die Handlungsfähigkeit der von Ihnen mitgetragenen Regierung zu machen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So etwas hat auch ein Gutes. Mir ist endlich klar geworden, warum Energiepolitik nicht im Wirtschafts-, sondern im Finanzministerium angesiedelt ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Sie dagegen oder dafür? Mich interessieren Ihre Positionen!)

Auch beim nächsten Punkt, der **Verkehrspolitik**, gibt es gleich wieder jede Menge Zielkonflikte. Herr Minister, egal, ob man sich für die Meilensteine in der Verkehrspolitik entscheidet, die die Landesregierung auf Seite 3 Ihres Berichts gesetzt hat, oder für die großen Fortschritte bei der Planung und Realisierung der Bundesautobahn A 20 auf Seite 45 - eines ist bei den Varianten gemeinsam: Das Papier, auf dem sie stehen, ist - wie in den vergangenen Jahren übrigens auch - außerordentlich geduldig.

Weniger geduldig dürfte inzwischen allerdings die schleswig-holsteinische Wirtschaft sein, die seit mehr als einem halben Jahrzehnt in den Wirtschaftsberichten nachlesen kann, welch hohen Stellenwert die A 20 - einschließlich einer westlichen Elbquerung - genießt. Immerhin sind Sie, Herr Minister - das erkenne ich durchaus an -, im Gegensatz zu Ihrem Vorgänger endlich initiativ geworden und haben klipp und klar gesagt, welche Verkehrsprojekte Sie als vordringlichen Bedarf für den nächsten Bundesverkehrswegeplan anmelden wollen. Wer hindert Sie daran, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen und den Stau bei wichtigen Infrastrukturprojekten in diesem Land aufzulösen?

Wenn es die Sozialdemokraten ernst meinen und entscheidende Infrastrukturprojekte wie die A 20, eine westliche Elbquerung, eine feste Fehmarnbelt-Querung oder den Ausbau der A 7 nicht länger ausbremsen, dann verliert doch auch der grüne Bremskraftverstärker jegliche Wirkung - auch wenn sich Herr Hentschel noch mal mächtig ins Zeug wirft und den sechsspürigen Ausbau der A 7 nur dann dulden will, wenn die A 20 nicht kommt. Herr Hentschel, mir ist es offen gesagt völlig egal, ob und wie Sie Ihr

**(Dr. Heiner Garg)**

Verhältnis zum Auto neu definieren. Verschonen Sie uns aber bitte mit dem Unsinn, einen verkehrspolitischen Zusammenhang zwischen dem Ausbau der Nord-Süd-Verbindung - also der A 7 - auf schleswig-holsteinischem Gebiet und dem Neubau der Ost-West-Magistrale konstruieren zu wollen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie schon einmal etwas vom Nahverkehr in Hamburg gehört?)

- Jetzt halten Sie doch wenigstens einmal für eine Minute und 32 Sekunden den Mund!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten mal Ihre Nase aus Schleswig-Holstein herausstrecken!)

- Herr Hentschel, wir sind aber hier in Schleswig-Holstein und nicht in Hamburg! Ich weiß ja nicht, in welchem Parlament Sie gedanklich sitzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich hätte so gern - in Anlehnung an den nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf - die neue Parole für Schleswig-Holstein ausgegeben: Rot baut - Grün staut. Schade, dass daraus vorläufig noch nichts wird, denn wir wissen ja noch nicht, ob Rot tatsächlich baut. Herr Minister, es müßte Sie allerdings trösten, dass Wolfgang Clement gerade vorgemacht hat, wie aus ehemals aufgeblasenen Fröschen kleine Heuschrecken werden, die sich von all ihren Vorsätzen verabschiedet haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mäßigen Sie Ihre Sprache, Herr Garg! - Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Minister Rohwer, daher liegt es jetzt an Ihnen, die zahlreichen Ungereimtheiten der vergangenen Jahre zu beseitigen, und zwar nicht durch Worte, sondern durch Taten. Ich weiß, dass Sie da eine schwere Last tragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Hentschel hat das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin immer geneigt, der Jugend ernsthaft zuzuhören.

(Heiterkeit)

Sie haben mich auch an meine Jugend erinnert. Da gab es an der Universität Leute von der Marxistischen

Gruppe, die wussten zu jedem Thema genau, warum es verkehrt war und warum jeder Unrecht hatte, sie kamen aber nie dazu, selber einmal einen Vorschlag zu machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wann sind Sie ausgetreten?)

Zur A 20 sage ich Ihnen zwei Sätze. Erstens: Der Koalitionsvertrag gilt. Zweitens: Ich habe auch weiterhin meine eigene Meinung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Anhaltende Heiterkeit)

Wenn Sie Koalitionsverträge so verstehen, dass man die eigene Meinung dabei abgibt, dann tut es mir Leid.

(Heiterkeit bei der SPD)

Jede **Wirtschaftspolitik** muss sich am **Abbau der Arbeitslosigkeit** messen. Die Landesregierung kann sich in dieser Frage messen lassen. Die Bilanz ist gut, die Arbeitslosenzahlen sind schon seit zwei Jahren rückläufig und die Zahl der Erwerbstätigen steigt.

Stolz bin ich auch auf den Bereich der Ausbildungsplätze. Die Zahl der Ausbildungsplätze hat sich gegenüber 1998 um 2 % erhöht und mit einem Nachfragegrad von 101,7 % liegt Schleswig-Holstein im Bundesvergleich auf dem dritten Platz. Seit dem Eintritt der Grünen in die Regierung ist die Zahl der Ausbildungsplätze in jedem Jahr gestiegen, nachdem sie vorher gesunken war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Anzahl der Sonnenstudios auch!)

Ich behaupte aber nicht, dass das an den Grünen liegt, dennoch ist es ein erfreulicher gemeinsamer Erfolg dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Existenzgründungen liegt Schleswig-Holstein weiter an der Spitze. Dazu haben die Landesprogramme und die Beratungsleistungen wichtige Impulse gegeben. Elf Innovations- und Technologiezentren sind eine beeindruckende Infrastruktur gerade für neue Betriebe mit Technologieansprüchen.

Problemkind ist weiterhin der **Tourismus**. Dieser Bereich ist für Schleswig-Holstein einer der wichtigsten Wirtschaftszweige und es ist bedauerlich - das sage ich an dieser Stelle auch deutlich -, dass Schles-

**(Karl-Martin Hentschel)**

wig-Holstein hier zurückfällt. Die Kleinkariertheit der Akteure im Land muss überwunden werden.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Sehr gut! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW sowie anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im Gegensatz zu Herrn Eichelberg bin ich der Auffassung - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die neue Ehrlichkeit! Das zeichnet Sie aus!)

- Dieses Klatschen eben war ein Beispiel für die geistige Haltung, mit der Sie an diese Themen herangehen.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Thorsten Geißler [CDU]: Hervorragender Beitrag!)

Im Gegensatz zu Herrn Eichelberg bin ich der Meinung, dass **Gesundheit** einer der zentralen Zuwachsfaktoren ist, wie es ja übrigens auch alle Wirtschaftsberater und Fachleute erklären. Ich denke, dass dies für Schleswig-Holstein eine entscheidende Rolle spielen wird, nicht nur der Gesundheitssektor, der durch die Leistungen der Krankenkassen abgedeckt ist, also die normale Heilbehandlung, sondern natürlich auch der freiwillige Gesundheitssektor, der mit dem Tourismusbereich eng verbunden ist.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Beratungsprogrammen für Existenzgründer möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal das Programm für Existenzgründerinnen erwähnen,

(Beifall bei der F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unbedingt!)

das ein gutes Beispiel für Wirtschaftsförderung ist, die auch geschlechtsspezifisch geleistet werden kann, entgegen den Unkenrufen aus der liberalen Ecke, die ich öfter gehört habe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, von uns kein Wort dazu!)

Meine Damen und Herren, ich komme aus einem Konzern, in dem Maßnahmen wie **Frauenförderung** und **ökologisches Beschaffungswesen** zu den Leitlinien des Vorstands gehörten. Die ökologischen Auflagen an unsere Lieferanten gingen so weit, dass in Finnland Papierfabriken für zweistellige Millionenbeträge von der Chlor- auf die Wasserstoffbleiche umgestellt werden mussten, weil meine Firma ökologisch unbelastetes Papier verlangte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich ist es deshalb immer wieder erstaunlich, wie sich manche Leute, die noch nie einen größeren Betrieb von innen gesehen haben

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie doch auch nicht!)

- und damit meine ich ausdrücklich zwei Vertreterinnen der liberalen Fraktion -, Wirtschaft vorstellen. Man stelle sich vor, was hier im Landtag los gewesen wäre, wenn entsprechende Maßnahmen von der Landesregierung beschlossen worden wären.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel!)

Die Liberalen hätten sicherlich wieder einmal auf grausamste Art und Weise die angebliche Wirtschaftsfreundlichkeit der rot-grünen Regierung gebrandmarkt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie saßen doch nur im EDV-Keller! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: „Mein Unternehmen“!)

Deshalb gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zum Gegensatz von **Umwelt und Wirtschaft**. Der Bericht macht deutlich, dass die schleswig-holsteinische Wirtschaft beträchtliche Erfolge bei der Reduzierung des Umweltverbrauchs vorzuweisen hat. So sank der Rohstoffverbrauch seit 1990 um 7,7 %, der Ausstoß von CO<sub>2</sub> sank sogar um 11,6 %, während zugleich das Bruttosozialprodukt um 32 % überdurchschnittlich gestiegen ist. Besser kann nicht bewiesen werden, dass Umweltschutz der Wirtschaft nicht schadet, vieles dagegen dafür spricht, dass der Umweltschutz dem Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein nützt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch direkt schafft Umweltpolitik Marktvorteile und Arbeitsplätze. In Schleswig-Holstein gehören zur Umweltwirtschaft im engeren Sinne 600 Betriebe mit 13.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 4 Milliarden DM.

In der Energiewirtschaft hat das Gesetz über erneuerbare Energien gerade einen Boom beim Einsatz regenerativer Energien ausgelöst.

Meine Damen und Herren, wie viel Spott und Hämie mussten ökologische Vordenker auf sich nehmen, als sie die ersten Windräder aufrichteten und erklärten, dass dadurch die Atomkraftwerke eines Tages abgeschaltet werden sollen.

(Zuruf von der CDU: Dann schalten Sie sie doch ab! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht demnächst alles der Markt!)

**(Karl-Martin Hentschel)**

Heute ist daraus einer der florierendsten Wirtschaftszweige unseres Landes geworden. In Husum werden statt Schiffen Windkraftwerke gebaut. Schleswig-holsteinische Windmühlen stehen mittlerweile in Griechenland, Spanien, der Türkei, aber auch in der Wüste Gobi in Ostchina und sogar in Japan.

(Unruhe)

Der Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung - -

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter; ich möchte um etwas mehr Ruhe bitten. Es wird schon wieder sehr laut.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der Anteil der **regenerativen Energien** an der **Stromerzeugung** liegt mittlerweile bei 16 % und er wird nach unseren Planungen in fünf Jahren zwischen 25 und 30 % liegen und in zehn Jahren 50 % erreichen, auch wenn Herr Kubicki noch so viel dazwischenredet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das regelt alles der Markt - hat Frau Höhn gesagt!)

Schleswig-Holstein ist auf dem Weg zur Weltspitze und ich werde alles tun, dass wir da bleiben.

Auch auf dem dritten Sektor, dem **integrierten Umweltschutz**, ist Schleswig-Holstein Spitze. So liegt das Land beim Öko-Audit bundesweit an zweiter Stelle hinter Rheinland-Pfalz, aber mit weitem Abstand vor den meisten anderen Bundesländern. Hier hat sich die Landesregierung auf die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen konzentriert, um über sogenannte Branchen-Audits zu kostengünstigen Zertifizierungen zu kommen.

Meine Damen und Herren, als wir als Grüne in die Regierung gegangen sind, hatten wir die Überzeugung, dass grüne Politik auch der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes nützt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die vereinigte Opposition von CDU und F.D.P. hat uns dagegen vier Jahre lang vorgeworfen - der Landesregierung vorgeworfen -, dass die Katastrophe, der Untergang des Landes bevorsteht, weil die Grünen mit am Steuer stehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war ja auch so!)

Bislang kann ich auch bei aller selbstkritischer Überprüfung nichts Derartiges feststellen. Das Gegenteil ist der Fall.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weil die Sozialdemokraten so stark sind!)

Der Bericht bestätigt mich in der Überzeugung: Umweltschutz und eine gesunde Natur sind nicht nur gut für die Menschen, sondern stärken auch den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Firmengründerinnen und Managerinnen der Wirtschaft ziehen gern in eine Region, in der ihre Kinder gesund aufwachsen können. Dem Tourismus nützen die Erhaltung von Natur und die Sicherung unserer Naturräume allemal.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum ziehen dann immer mehr nach Bayern und Baden-Württemberg?)

Aber auch unsere Vorschläge, die wir Grünen in die Wirtschaftspolitik eingebracht haben, sind Vorschläge, die sich sehen lassen können. Das, was hier in Schleswig-Holstein in der Wirtschaftspolitik gemacht wird, ist eine Wirtschaftspolitik, die in den letzten Jahren in großem Konsens zwischen Rot und Grün betrieben worden ist, auch in den nächsten Jahren betrieben werden kann und hinter der ich mit voller Überzeugung stehen kann. Das gilt für die Förderung der kleinen und mittleren Betriebe genauso wie für das Handwerk, die Existenzgründungsprogramme, die Technologieförderung und die Förderung von ökologischen Innovationen. Diese Politik hat die Wirtschaft dieses Landes mit einer hohen Geschwindigkeit vorangetrieben, wie die zahlreichen Betriebsgründungen und Ansiedlungen gerade im Hightech-Sektor belegen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Bildungssektor! Meine Damen und Herren, die Geschichte der industriellen Entwicklung zeigt uns eindringlich, dass die Kreativität und Ausbildung der Menschen in den einzelnen Ländern entscheidend für die Fortschritte waren. Im letzten Jahrhundert haben Deutschland, Frankreich und die USA das Vorreiterland England überholt, weil sie ein modernes Schulwesen und moderne staatliche Universitäten aufgebaut haben, während in England Bildung eine Sache des privaten Einkommens blieb. In diesem Jahrhundert ist Japan und anderen ostasiatischen Staaten - ich

**(Karl-Martin Hentschel)**

komme zum Schluss, Frau Präsidentin - auf teilweise furiose Weise der Anschluss gelungen, weil sie die **Bildung der Kinder** zur Aufgabe Nummer eins gemacht haben, insbesondere aber auch die Ausbildung der Frauen. Deshalb beende ich meine Rede zum Wirtschaftsbericht 2000 mit dem Hinweis, dass der Wohlstand und die Wirtschaft unseres Landes nicht unbedeutend von der Ausbildung unserer Kinder abhängen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben Sie aus unserem Programm abgeschrieben!)

Auch Bildungspolitik ist Wirtschaftspolitik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben wir seit Jahren hier gepredigt!)

Wir haben deshalb bei der Haushaltsplanung den Schulen und Hochschulen, aber auch den Kindertagesstätten und der Jugendförderung einen zentralen Stellenwert gegeben. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Thorsten Geißler [CDU]: Dann gehen Sie mal vor Ort an die Schulen! Dann können Sie so etwas nicht erzählen!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

(Thorsten Geißler [CDU]: Es kann nur besser werden! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt wirklich!)

**Lars Harms [SSW]:**

Es kann nur besser werden, richtig! - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Wirtschaftsbericht ist ein eindrucksvolles Werk, das aufzeigt, wie positiv die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren war. Daher gilt unser Dank der Landesregierung, dem Wirtschaftsminister, für den Bericht, aber auch für die positive wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Qualität der Wirtschaftspolitik des Landes hat sich seit 1988 merkbar verbessert.

(Lachen und Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Schon seit einigen Jahren haben wir einen positiven wirtschaftlichen Trend in Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Du hast die falsche Rede erwischt!)

Das zeigt uns das langjährige Wachstum im Lande von durchschnittlich 2,03 %; das ist nämlich nicht überall in unserer schönen Republik so gewesen. Schleswig-Holstein lag mit 2 % Wachstum 1999 sogar an der Spitze der westdeutschen Bundesländer.

(Unruhe)

Dennoch - jetzt kommt der Wermutstropfen - sind diese Wachstumsraten leider zu gering, um das derzeitige Beschäftigungsniveau aufrechterhalten zu können. Wirtschaftswissenschaftler gehen davon aus, dass erst bei einem Wachstum von ungefähr 3 % nachhaltige Beschäftigungseffekte zu erreichen sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Grünen wollten mal Nullwachstum haben! - Unruhe)

Die Zahlen aus dem Wirtschaftsbericht beweisen auch die abnehmende Beschäftigung in vielen Branchen im vergangenen Jahr. So fielen die Beschäftigungszahlen im verarbeitenden Gewerbe um 1,6 %, in der Bauwirtschaft um 3,9 %, im Handwerk um 3,8 %, im Einzelhandel um 1,4 % und im Tourismus, einem Haupterwerbszweig in Schleswig-Holstein, sogar um 6,7 % zurück; sogar der Schiffbau verzeichnet eine leicht rückläufige Beschäftigung.

So erfolgreich die Wirtschaftspolitik der Landesregierung war, so problematisch ist weiterhin die **Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt**. Deshalb darf man sich nicht mit der vordergründig guten Zahl von 9,4 % Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 1999 oder der gerade heute veröffentlichten Arbeitslosenzahl für den Monat Mai von 8 % zufrieden geben. Andere Länder stehen weitaus besser da; da braucht man nur gen Norden zu blicken.

(Anhaltende Unruhe)

Trotz eines starken **Konjunkturanstieges** im ersten Quartal 2000 kommen auf Schleswig-Holstein **weitere Belastungen** zu. Vor dem Hintergrund der schlechten finanziellen Lage bei Land und Kommunen ist kurz- und mittelfristig mit weiterem Behördenabbau zu rechnen. Dies wird zur Reduzierung der Personalstärke bei Land und Kommunen führen. Dazu kommen wahrscheinlich ein massiver Truppenabbau und Standortschließungen in Schleswig-Holstein durch die geplante Bundeswehrreform. Dies alles, gepaart mit rückläufigen Beschäftigungstendenzen in den genannten Wirtschaftsbereichen, zeigt die enorme Aufgabe, vor der die Landesregierung weiterhin stehen wird.

Die Landesregierung hat dies erkannt und will durch eine gezielte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

(Lars Harms)

entgegenwirken. So will die Landesregierung in den nächsten Jahren mit dem Programm „Zukunft im eigenen Land“ fast 2,3 Milliarden DM für gezielte Investitionen in die Entwicklung des Landes bereitstellen. Das ist lobenswert.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Davon sind beispielsweise für das neue Regionalprogramm - die Regionalprogramme wurden vorhin mittelbar angesprochen - von 2000 bis 2006 755 Millionen DM angesetzt. Dabei ist die Förderung aus einer Hand, wie sie jetzt angedacht ist, der richtige Weg, um schneller zum Ziel zu kommen.

Der SSW wird sich bei der Landesregierung weiterhin dafür einsetzen, dass die besondere Förderung für den Landesteil Schleswig erhalten bleibt. Da braucht auch Herr Eichelberg nicht bange zu sein.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir erkennen an, dass hier in der Vergangenheit etwas passiert ist. Ich verweise dabei auch auf die Ausführungen von Herrn Schröder vorhin.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns geht es darum, dass auch in Zukunft Ziel einer **zukunftsfähigen Regionalpolitik** sein muss, die ökonomische Schiefelage zwischen den Landesteilen Schleswig und Holstein abzubauen -

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Frauke Tengler [CDU])

ein Ziel, das übrigens viele Landesregierungen verfolgt haben, aber noch ganz erreicht hat. Gerade die Förderung von Technologie- und Gründerzentren mit einer damit verbundenen Hochschulförderung kann neue Schübe auf den regionalen Arbeitsmärkten geben. Das muss allerdings auch vor Ort gewünscht sein.

(Vereinzelter Beifall)

Eine alte Forderung des SSW ist die Verbesserung der einzelbetrieblichen Förderung. Hierbei geht es um Direktförderung von Unternehmen mit innovativen Programmen oder um die verstärkte Ansiedlungsförderung durch nicht rückzahlbare Investitionszuschüsse an ansiedlungswillige Unternehmen. Der Wirtschaftsbericht zeigt, dass die Schaffung oder der Erhalt eines Arbeitsplatzes durch die **einzelbetriebliche Förderung** im Schnitt das Jahresgehalt eines leitenden Angestellten gekostet hat. Diese Tatsache zeigt, dass gerade diese Art der Förderung sehr effektiv ist. Deshalb sollte die einzelbetriebliche Förderung ausgebaut werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wer soll das bezahlen?)

- Das kann man umstrukturieren, Herr Neugebauer!

Am alarmierendsten sind die Beschäftigungsrückgänge im **Tourismus**. Das liegt teilweise an der veralteten Struktur im touristischen Angebot in Schleswig-Holstein. Wir haben in Schleswig-Holstein immer noch zu viele privat strukturierte Angebote, anstatt Ferienhäuser, Gasthäuser und größere Einheiten mit entsprechenden Freizeitangeboten zu haben, wie es sie in Dänemark oder auch in Südeuropa gibt. Erschwerend kommt hinzu, dass die landesweite Vermarktung leider immer noch in den Kinderschuhen steckt.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Einheitliche Buchungs- und Informationsmöglichkeiten und eine einheitliche Vermarktungsstrategie sind unbedingt vonnöten, damit unser Land wettbewerbsfähig bleibt.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen mit unserem regionalen Sektierertum aufhören, das in einigen Regionen sehr ausgeprägt ist.

(Lothar Hay [SPD]: Nordfriesland zum Beispiel!)

Ich weiß, wovon ich spreche.

(Holger Astrup [SPD]: Fass dich gleich an die Nase! - Weitere Zurufe - Heiterkeit und Beifall)

- Nicht ich, aber ich weiß, woher ich komme!

Andere Bundesländer, beispielsweise Bayern und Baden-Württemberg, sind in diesen Bereichen viel weiter als Schleswig-Holstein.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Entschuldigen Sie bitte, Herr Abgeordneter! Ich möchte noch einmal - ich hoffe, zum letzten Mal - darum bitten, dass das Plenum etwas ruhiger ist. - Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

**Lars Harms [SSW]:**

Neben dem Gesundheitstourismus, der jetzt durch die Landesregierung gefördert werden soll, und der Landschaft gibt es noch einen weiteren klassischen Bereich in Schleswig-Holstein, der im Tourismus



(Lars Harms)

bisher nicht stark genug genutzt wurde. In Wales, Schottland und anderen europäischen Regionen wurde schon vor langer Zeit die Idee des „cultural tourism“, des Kulturtourismus, geboren: Man versucht, regionale Kulturen in Tourismuskonzepte und touristische Aktivitäten einzubauen und sich so gegenseitig zu befruchten. Sprach- und Kulturförderung verbunden mit der Darstellung von etwas Besonderem ist die Zielsetzung, um sich so von anderen touristischen Destinationen abzugrenzen.

Wo wäre es leichter, eine solche Idee ebenfalls umzusetzen, wenn nicht in dem Land, in dem neben Deutsch auch Plattdeutsch, Dänisch und Friesisch als regionale Kulturen aufeinander treffen! Erste Schritte macht man jetzt an der Westküste, indem die dortige Radwegebeschilderung in Teilbereichen zweisprachig auf Deutsch und Friesisch ausgeführt wird. Weitere solcher Aktivitäten sollten folgen.

Ein anderes Thema! Neben den elf Technologie- und Gründerzentren ist der kommende **Multimedia-Campus** ein wichtiges Projekt zur Förderung der Zukunftstechnologien in Schleswig-Holstein. Der SSW hätte natürlich gern den Standort des Multimedia-Campus in Flensburg gesehen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU] - Zurufe)

Die Landesregierung hätte so die Chance gehabt, die Wirtschaftsstruktur im Landesteil Schleswig aktiv zu fördern. Jetzt sind nur noch die Städte Kiel und Lübeck als Standorte im Gespräch.

(Renate Gröpel [SPD]: Nur noch? - Weitere Zurufe)

- Ich mäßige mich! - Daher ist es jetzt ganz wichtig, den kommenden Multimedia-Campus mit allen vorherigen Bewerberstädten und deren Initiativen zu vernetzen,

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

um an allen Orten Aktivitäten auszulösen und ein hohes Informationsniveau vorzuhalten.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Von den Erkenntnissen der Technologieförderung können auch die alteingesessenen Erwerbszweige wie Landwirtschaft oder Schiffbau profitieren. **Technologieförderung** darf nicht isoliert gesehen werden. Von Biotechnologie oder neuen Innovationen in der Energiegewinnung wie der Windkraft hat in der Vergan-

genheit beispielsweise gerade die Landwirtschaft profitiert.

Die Verkehrsinfrastruktur ist eines der größten Probleme für die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein. Einer der Hauptpunkte im Bereich der Schiene ist für den SSW die Elektrifizierung der Strecke von Itzehoe nach Westerland.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Deswegen sind wir froh, dass unser Wirtschaftsminister Rohwer gerade diese Maßnahme als vordringlichen Bedarf für den Bundesverkehrswegeplan anmelden möchte. Eine solche Elektrifizierung hätte nachhaltige Auswirkungen auf den Tourismus und den grenzüberschreitenden Verkehr mit Dänemark. Denn die Elektrifizierung ist die Grundlage dafür, den Verkehr von und nach Dänemark zumindest in Teilen auf die Bahn zu bekommen.

Vordringlich bei allen **Straßenprojekten** ist für den SSW weiterhin der Bau der A 20 mit einer westlichen Elbquerung bei Glückstadt. Im Vergleich zu anderen Verkehrsprojekten ziehen sich die Planung und der Bau dieses eminent wichtigen Projektes einfach zu lange hin.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], Uwe Eichelberg [CDU] und Frauke Tengler [CDU])

Allein diese Tatsache trägt in einem hohen Maße dazu bei, dass Schleswig-Holstein immer noch nicht so am wirtschaftlichen Prozess teilnehmen kann, wie es das sonst könnte.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Hier werden regelrecht Chancen vertan. Daher sollte sich die Landesregierung weiterhin vordringlich auf diese Aufgabe konzentrieren, ehe man neue Großprojekte in Angriff nimmt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Der SSW beschafft das Geld! - Unruhe)

Zum Schluss möchte ich noch einmal aus dem Wirtschaftsbericht zitieren: „Die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze ist und bleibt das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik der Landesregierung.“ Ich möchte die Zielsetzung etwas erweitern: Die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze und der Erhalt bestehender Arbeitsplätze ist und bleibt das oberste Ziel der gesamten Politik der Landesregierung. Das hat Karl-Martin Hentschel eben angesprochen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Günter Neugebauer [SPD])

(Lars Harms)

Das gesellschaftlich überragende Problem der Arbeitslosigkeit sollte in allen Politikbereichen angegangen werden, auch in der Bildungspolitik.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Bei dieser Aufgabe wünschen wir der Landesregierung eine glückliche Hand und vor allem schnelle Entscheidungen für unser Land.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Müller.

**Klaus-Dieter Müller [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer Vorbemerkung beginnen. Ich bin etwas erstaunt, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Opposition, dass Sie beim Thema **Tourismus** immer so euphorisch tun, als würde die Schuld für Versäumnisse bei Leuten liegen, die uns nahe stehen. Ich glaube, wenn Sie sich einmal das Verhalten und die Strategie von CDU-Landräten genau anschauen würden, dann würden Sie sehr nachdenklich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat ja einen Vorteil, wenn man sozusagen das letzte Wort in einer Debatte hat

(Widerspruch bei der CDU)

- sozusagen! -, man hat dann die Chance, den Debatteverlauf ein wenig zu bewerten. Ich bin sehr froh: Offenbar ist der Bericht tatsächlich so gut - sieht man einmal von dem obligatorischen Oppositionsgekabbel ab -, dass alle Redner diesen Bericht gelobt haben.

(Zuruf von der CDU)

Mein lieber Kollege Uwe Eichelberg, ich bin sehr froh, dass Sie hier gesagt haben: Der Wirtschaftsminister ist der richtige Mann! - Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber er ist in der falschen Fraktion!)

Besonders wichtig sind aus meiner Sicht bei der Beurteilung der vorgelegten Wirtschaftsdaten die **Zukunftskennzeichen**, also die Daten, die für die zukünftige Entwicklung unseres Landes nachhaltig von Bedeutung sind. Das ist für mich das Verhältnis von Neugründung und Löschung von Unternehmen im

Land, also die Neugründungsquote. Und es ist die Entwicklung der Zukunftsbranchen. Da muss man wirklich einmal sagen: Schleswig-Holstein hat nach Hamburg die höchste Neugründungsquote in Deutschland. Das hat es bisher so noch nicht gegeben. Das ist eine objektive Zahl, die wir hier feststellen können. 4.083 Neueintragungen von Unternehmen, bei einem Sinken der Insolvenzquote von 4,7 %, das muss man ja auch in Verbindung setzen.

Ich glaube, es ist wichtig, sich einmal vor Augen zu führen, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung letztlich ursächlich für diese Entwicklung sind, denn im Rahmen der Existenzgründungsoffensive hat die Landesregierung durch vielfältige Maßnahmen wirklich Hervorragendes geleistet. Das hat sich ausgezahlt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bereich der Technologietransfereinrichtungen - darüber haben wir uns in diesem Haus schon oft übereinstimmend positiv ausgelassen - konnten mit dem Zentrum für Energie und Technik in Rendsburg und dem Geesthachter Innovations- und Technologiezentrum weitere Einrichtungen realisiert werden.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Erhebliche Anstrengungen in den **Wachstumsbranchen** Biotechnologie, Telekommunikation und Multimedia zeigen erste Erfolge. Das biomedizinische Forschungsdreieck Kiel-Lübeck-Borstel ist auf den Weg gebracht. Der Wettbewerb um den Multimedia-Campus beweist, was sich Kommunen so alles zutrauen und welche Kommunen sich etwas trauen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das Förderprogramm „Electronic Business“, die Landesinitiative „Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“, das Landesinformationssystem „schleswig-holstein.de“, das Projekt „Multimedia-Landschaft in Schleswig-Holstein“, an dem sich 240 Unternehmen aus unserem Lande beteiligen, zeigen, mit welcher Dynamik unser Land die neuen Informationstechnologien nutzbar macht.

(Zuruf von der CDU)

Ich möchte einmal aus der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift der IHK zu Kiel zitieren. Dort ist eine Schätzung der Multimediaumsätze in Schleswig-Holstein aufgeführt. 1998 waren das in Schleswig-Holstein 205 Millionen DM, für dieses Jahr werden 685 Millionen DM geschätzt. Lieber Uwe Eichelberg, das sind keine großen Unternehmen. Sie haben hier gefordert, breite Existenzgründungen, breite und weit

**(Klaus-Dieter Müller)**

gefächerte Neugründungen zu fördern - das sind breit gefächerte Neugründungen. In Kiel und um Kiel herum haben wir 1.000 Softwareunternehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das sind kleine Betriebe, das sind innovative Betriebe und das ist eine Leistung, die wir vor zehn Jahren hier noch nicht hatten.

Es ist gelungen, aus Schleswig-Holstein ein gründungs- und ansiedlungsfreundliches Land zu machen. Das Klima stimmt. Starke Serviceorientierung, ein Geflecht von professionellen Wirtschaftsförderungen und **Technologietransfereinrichtungen** sowie gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz vorhandener Wirtschaftsförderungen und der Technologietransferangebote haben das Vertrauen in den Standort Schleswig-Holstein ganz offensichtlich entscheidend gestärkt. Es ist die beste Bilanz, die wir in den letzten Jahren besprechen durften. Das ist eine gute Basis für die Arbeit eines in der Tat technologieorientierten Wirtschaftsministers, der es in den kommenden Jahren wissen will. Ich sage: Weiter so, Bernd Rohwer!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat zunächst Herr Abgeordneter Ritzek.

(Zuruf von der SPD: Was kann jetzt eigentlich noch kommen!)

Er hat jetzt das Wort zu seinem Jungfernbeitrag!

(Manfred Ritzek [CDU]: Nein!)

- Oh, dann ist mir das entgangen. Ich nehme das zurück. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte die von hier aus gesehen linke Seite wieder etwas von ihrer Jubeleuphorie herunterholen. Auf den 88 Seiten muss ja eigentlich nur Positives stehen, denn sonst könnten Sie ja nicht so jubeln.

Der Wirtschaftsbericht 2000 beginnt mit dem Satz: „Alle Signale stehen auf Wachstum und Beschäftigung“. Und dann haben Sie wahrscheinlich aufgehört zu lesen.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Das ist der erste Satz in diesem Bericht. Und dann steht etwas tiefer: „Leistungsträger Mittelstand“. - Herr Wirtschaftsminister, Sie loben ja den **Mittelstand** besonders, da habe ich mir gesagt, guck doch einmal rein, was da so steht. Und siehe da - jetzt geht's los:

Seite 5: „Nach wie vor schwierig ist die Situation in der Bauwirtschaft und in weiten Teilen des Handwerks.“

Seite 8: „Handwerksunternehmen waren 1999 deutlich häufiger von Liquiditätsschwierigkeiten betroffen als 1998.“

Nächste Seite - Maschinenbau -: „... die Zahl der Beschäftigten in Jahresfrist“ sank „um 3 %“ verglichen mit dem Vorjahr.

Gleiche Seite: „Seit Jahren herrscht hoher Wettbewerbsdruck“ - in der Ernährungswirtschaft - „mit ständig verringerten Margen, besonders durch die zunehmende Handelskonzentration“ - Preiskampf und so weiter.

Nächste Seite - Bauwirtschaft -: „Weiterhin abnehmende Beschäftigung im Bauhauptgewerbe ... Die Auftragseingänge der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten waren im vergangenen Jahr mit 3,0 Milliarden Mark um 8,4 % geringer als im Vorjahr.“

- Alles positiv!

Gleiche Seite: „Die wirtschaftliche Lage des Handwerks erfuhr auch 1999 noch keine entscheidende Verbesserung und blieb damit das fünfte Jahr in Folge ohne konjunkturellen Aufschwung“, Kraftfahrzeugbereich sinkend und so weiter.

Jetzt kommt der Handel, der ist auch erwähnenswert. Beim Handel gibt es Umsatzplusergebnisse in zwei Bereichen, bei Apotheken und im Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln. - Seite 12, damit Sie das finden.

Weiter: „In den anderen Sparten des Einzelhandels war die Umsatzentwicklung negativ, so im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln ... und im Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln und Bau- und Heimwerkerbedarf“ - ebenso - „... im Einzelhandel mit elektronischen Haushalts-, Rundfunk-, TV-Geräten“.

- Da bleibt ja gar nichts mehr übrig, was positiv ist.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Und dann haben Sie etwas gemacht, Herr Minister, das ist eigentlich klar, aber es steht da etwas auf Sei-

**(Manfred Ritzek)**

te 15, das verstehe ich nicht. Unter „Instrumente der regionalen Wirtschaftspolitik“ steht dort: „Unter dem Strich ist der **Strukturwandel** gelungen“.

Was ist das, der Strich? Wo ist der Strich, wie hoch ist der?

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Wie hoch ist er, wie niedrig ist er? - Wissen Sie, das erinnert mich ein bisschen an meine erste juristische Klausur - -

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Ritzek, hören Sie mir bitte einmal zu! Kommen Sie bitte zum Schluss!

(Heiterkeit bei der CDU)

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Ja, sofort.

Dann hätte ich gern noch etwas gewusst - „Hilfen bei der Einführung von Qualitätsmanagement“ -: Sie geben 3,5 Millionen DM im Gemeinschaftsinitiativ-Programm aus. Da steht: „Hilfen bei der Einführung von Qualitätsmanagement“. - Einführung ist noch nicht gelebtes Qualitätsmanagement. Wie viele Firmen haben nach ISO eine Zertifizierung erfahren? Weiter steht dort: „Innovative Reorganisation von Betriebsabläufen“. - Eine Reorganisation ist immer innovativ oder sie ist überflüssig.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Und dann „Hilfen beim Marktzugang neuer Produkte“. - Wie ist das gemacht worden? - Also, diese Fragen interessieren mich sehr.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Maurus.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einlassungen des Kollegen Müller veranlassen mich, hier noch einmal kurz ein paar Worte zu sagen. Ich möchte einmal aus der Reiseanalyse der Forschungsgemeinschaft „Urlaub und Reisen“ zitieren, in der es heißt:

„Innerhalb Deutschlands verliert Schleswig-Holstein zunehmend seinen Vorsprung als zweitgrößtes Urlaubsziel. Verluste im Land

zwischen den Meeren, stabile Marktanteile für Mecklenburg-Vorpommern und Gewinne bei Niedersachsen und Baden-Württemberg.“

Wir wissen, dass die Beherbergungsstatistik des Statistischen Bundesamtes für unser Bundesland im zweiten Jahr in Folge Minuszahlen ausweist. Wir liegen damit am Schluss dieser Statistik, am Schluss der Tabelle der Bundesländer. Da müssen wir uns natürlich auch fragen, wo die Ursachen dafür liegen.

(Unruhe bei der SPD)

Diese Ursachen sind ja letztlich auch erkannt und analysiert worden. Wir haben festgestellt, dass die **Tourismusstrukturen**, die hier im Lande sind, nicht mehr zeitgerecht sind, um den Ansprüchen des Marktes zu genügen.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wer verhindert das?)

Sie wissen genau, dass gerade Ihre Landesregierung über zehn Jahre den Tourismusverband intensiv begleitet hat, Vorgaben gemacht hat, die dort umgesetzt worden sind und die nicht zuletzt auch den Verband mit in die Pleite geführt haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Das in aller Deutlichkeit!

Und es gibt einen in diesem Verband, der nicht müde geworden ist zu mahnen - zu mahnen, dass ein **Inhaltskonzept** fehlt, zu mahnen, dass ein **Finanzierungskonzept** fehlt, zu mahnen, dass ein **Organisationskonzept** fehlt. Dieser Kritiker war Ihnen unbequem und den stellen Sie jetzt in die Ecke. Das kann doch nicht wahr sein!

(Zuruf von der SPD: Wer ist das? Nennen Sie doch einmal den Namen!)

Wissen Sie, dieser Beitrag bringt uns wirklich kein Stück nach vorn. Auch jetzt, wenn man die Folgentwicklung im Bereich der Organisation betrachtet, die GmbH, die ins Leben gerufen worden ist und deren Organisationsstruktur sich an die in anderen Bundesländern anlehnt, die sie vernünftig organisiert haben, zeigt uns doch heute schon, dass sie nicht lebensfähig ist. 300.000 DM Stammkapital - Inhaltskonzept fehlt, Organisationskonzept fehlt, Finanzierungskonzept fehlt auch da.

Wissen Sie, Sie haben gerade in diesem Bereich eine Menge Schularbeiten zu machen und diese Landesregierung hat hier eine ganze Menge Schularbeit zu machen und es ist wirklich höchste Zeit, dass Sie von

(Heinz Maurus)

der Tribüne herunterkommen und aufs Spielfeld gehen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten  
Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Weil hier einige Dinge gesagt worden sind, bei denen ich an der Sachkenntnis zweifeln muss, möchte ich hier noch ein paar Punkte richtig stellen.

Einmal zum Thema Reorganisation! Reorganisationen sind keineswegs immer nur innovativ, sondern viele Betriebe machen auch Reorganisation, um schlicht zu rationalisieren und zu sparen. Es sind ganz unterschiedliche Ziele, die verfolgt werden. Deswegen müssen Sie auch unterschiedlich gekennzeichnet werden und werden auch in den Förderrichtlinien unterschiedlich behandelt.

Zum Tourismus! Die Kleingeisterei ist uns allen bekannt. Aber wenn Sie hier schon so über die Frage der Verantwortung reden, dann sage ich, wir sollten bitte auch einmal über die Hauptakteure reden. Wer sonst hat denn die Bildung eines einheitlichen Tourismusverbandes in einer einheitlichen Struktur hintertrieben, wenn nicht zum Beispiel auch ein Mitglied Ihrer Partei, das sich Landrat von Nordfriesland nennt und das hier als einer der federführenden Leute dabei ist, den Populismus vor die eigenen Interessen der Wirtschaft zu stellen!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe der Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

**Einzelbetriebliche Förderung!** Ich gebe zu, die einzelbetriebliche Förderung hat bei gleich hohem Einsatz von Geld eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen auszuweisen, aber leider - darin sind sich, glaube ich, alle Experten einig - hat die einzelbetriebliche Förderung einen Nachteil: Sie hat zwischen 90 und 95 % Mitnahmeeffekte. Das ist das Problem.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Das muss man wissen, wenn man diese Zahlen nennt. Die Gesamtwirksamkeit wird deshalb in der Regel als weniger effektiv beurteilt als die von **Strukturförde-**

**ungsmaßnahmen.** Deswegen setzen wir vorrangig auf Strukturförderungsmaßnahmen und nicht auf einzelbetriebliche Förderung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann etwas zur Legende bezüglich der Atomkraftwerke! Die Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein beschäftigen sage und schreibe 1.000 Menschen, im Bereich der Windenergie sind mittlerweile eineinhalbmal so viele Menschen beschäftigt mit stark steigender Tendenz.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

Die Wertschöpfung der Atomkraftwerke bleibt überwiegend in Niedersachsen und in Bayern, und zwar deswegen, weil dort die Hersteller sitzen, die auch die Wartungsarbeiten machen. Die Wertschöpfung der Windkraftwerke bleibt fast ausschließlich in Schleswig-Holstein, sogar in der Region. Das ist ein entscheidender Strukturvorteil.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wenn wir mit der Windenergie so weitermachen, werden wir in wenigen Jahren allein in diesem Sektor 10.000 Arbeitsplätze haben.

(Lachen der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Nun, als Letztes zu Herrn Ritzek! Das, was Sie hier beschrieben haben mit trauriger Stimme, ist in Wirklichkeit nichts weiter als ein **Strukturwandel.**

(Frauke Tengler [CDU]: Ach so!)

Es ist wahr, es gibt Bereiche, die gehen zurück.

(Glocke des Präsidenten)

Aber das Gute ist doch, dass wir gleichzeitig Bereiche haben wie Software, wie Mikroelektronik, wie Biotechnologie, wie Umwelttechnik, wie Nanotechnologie, die rapide wachsen, wo wir Tausende von neuen Betriebsgründungen haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Wenn wir die nämlich nicht hätten, dann hätten wir einen Rückgang an Arbeit.

**(Karl-Martin Hentschel)**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! - Lieber Herr Ritzek, das Gute ist doch nicht allein, dass wir einen Strukturwandel haben, sondern das Entscheidende ist, dass die Nettobilanz beim Strukturwandel deutlich positiv ist. Das ist der Erfolg der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht so böse gucken!)

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gar nicht böse gucken, Herr Hentschel. Ich war ganz begeistert, als ich gehört habe, dass Sie von „Ihrem Unternehmen“ gesprochen haben - als seien Sie deshalb Unternehmer, weil Sie einmal bei einem Unternehmen angestellt gewesen sind. Das finde ich unglaublich witzig. Sie erklären Ihren wirtschaftlichen Sachverstand dadurch, dass Sie Angestellter in einem Unternehmen gewesen sind.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Drehen Sie ihm doch das Wort nicht im Munde herum!)

- Ich muss ihm das Wort gar nicht im Mund herumdrehen, Frau Fröhlich, weil ich Ihnen wirklich einmal raten möchte, dass Sie sich bei Ihren nordrhein-westfälischen Kollegen, die mittlerweile eine Lernerfahrung gemacht haben, erkundigen. Die haben nämlich begriffen - jedenfalls steht es so im Koalitionsvertrag, der übrigens deshalb besser ist, weil sich die Sozialdemokraten dort durchgesetzt haben -, dass der Markt es regeln soll. Herr Hentschel, wenn wir uns auf diese Frage verständigen könnten, wenn Sie den Leuten nicht mehr Sand in die Augen streuen würden, sondern Ihnen erklären würden, dass Ihre **Windenergieförderung** in fünf Jahren die Marktöffnung europaweit zwingend erforderlich machen wird, dann bin ich ganz skeptisch, dass sich viele der Standorte, die gegenwärtig noch gefördert werden, wirtschaftlich werden halten können. Herr Wirtschaftsminister, ich wäre ganz dankbar, wenn Sie dazu einmal eine Aussage machen könnten, dass Sie unter Marktbedingungen garantieren könnten, dass die Windenergieförderung in Schleswig-Holstein eine sinnvolle Investition ist - unter Marktbedingungen, nicht unter ökologischen Gesichtspunkten.

Nun komme ich zu Weiterem, Herr Hentschel, weil ich die Form Ihrer Politikgestaltung

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind uns einig: Wir sind alle für die Marktwirtschaft!)

nicht mehr ertragen kann und ich wirklich glaube, dass das etwas mit Ihrer Sozialisation zu tun hat. Während Sie hier große Reden über die Frage der Bedeutung von Infrastrukturmaßnahmen auch für Schleswig-Holstein schwingen, während uns allen klar ist - übrigens nachzulesen; Herr Minister, Sie könnten das vielleicht auch einmal den Koalitionsfraktionen zur Verfügung stellen -, dass die Unternehmen Staus auf Autobahnen als Wachstums- und Wirtschaftsbremse identifizieren und es auch so ist - nachzulesen in der „dpa“-Meldung vom 24. Mai 2000: Forsa-Umfrage bei Unternehmen; Überschrift „Verkehrsstaus behindern Wirtschaftswachstum; 60 % der Unternehmen sehen darin Beeinträchtigung ihrer Firma“ -, während wir darüber reden, dass die A 20 kommen muss und dass eine westliche Elbquerung kommen muss, gehen Sie vor Ort hin - Sie und Herr Steenblock - und erklären den Leuten, man müsse den Widerstand gegen die A 20 und die westliche Elbquerung neu organisieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Kommen Sie hier hoch, Herr Hentschel, und sagen Sie, dass das, was in den „Elmshorner Nachrichten“ von heute steht, falsch ist, dass Sie Folgendes - wörtliches Zitat - nicht erklärt haben:

„Wenn die Elbquerung überhaupt kommt, dann bei Hetlingen, bestätigte Karl-Martin Hentschel, Verkehrsexperte der Kieler Grünen und Fraktionsvorsitzender im Landtag. Die Querung bei Glückstadt sei schon immer nur ein Ablenkungsmanöver gewesen. Tatsächlich war Favorit immer Hetlingen. Diese Querung sei aber unsinnig, da sie erst 50.000 Pkw in das Alte Land und dann wieder zurück nach Hamburg führe. Das einzig Sinnvolle“

- so Hentschel -

„sei ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit einer S-Bahn nach Stade und eine Anbindung der A 23 direkt an die Kieler Straße.“

(Lachen bei F.D.P. und CDU)

„Steenblock wie Hentschel riefen die Grünen auf, massiven Widerstand gegen die Elbquerung zu entwickeln. ‘Wenn wir Grünen jetzt nicht aktiv und aggressiv wieder an

(Wolfgang Kubicki)

Profil gewinnen', warnte Rainer Steenblock, 'dann laufen wir Gefahr, der Hampelmann der SPD zu werden'."

Ich wünsche mir, dass Sie der Hampelmann der SPD werden, damit Schleswig-Holstein nach vorn kommt.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich bitte doch um etwas mehr Aufmerksamkeit! - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass der Bericht zur abschließenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen wird. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich Gäste. Ich begrüße auf der Tribüne Gäste erstens des 3. Instandsetzungsbataillons Rendsburg, zweitens des Internats Stiftung Louisenlund und drittens der Christian-Albrechts-Universität mit amerikanischen Gaststudenten. Heartily welcome! Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

**Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung des Trilateralen Wattenmeerplanes in Schleswig-Holstein**

Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2000

Drucksachen 15/51 und 15/89

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/132

Ich erteile zunächst dem Herrn Minister für Umwelt, Natur und Forsten das Wort. Herr Müller, bitte sehr!

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Die dreijährige umfassende öffentliche Diskussion über die **Novellierung des Schleswig-Holsteinischen Nationalparkgesetzes**

(Unruhe)

- ich warte auch gern noch etwas - hat in der vergangenen Legislaturperiode vielleicht ein bisschen aus dem Blickfeld gerückt, dass wir in Schleswig-Holstein

zwar die Verantwortung für einen großen und wichtigen Teil des Wattenmeers tragen, aber eben auch nur für einen Teil. Das Wattenmeer reicht von Esbjerg in Dänemark bis Den Helder in den Niederlanden.

Deshalb begrüße ich den Berichtsantrag des SSW ebenso wie die Ergänzungsfragen der CDU-Fraktion zur Umsetzung des Trilateralen Wattenmeerplanes. Der Bericht bietet die Gelegenheit, die großen Fortschritte des Wattenmeerschutzes in den letzten Jahren aus der Perspektive der Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden, Dänemark und Deutschland zu bewerten.

Die Idee eines gemeinsamen Managementplans für das Wattenmeer geht auf eine Ministererklärung aus dem Jahr 1991 zurück. 1997 ist der Wattenmeerplan in Stade von den Umweltministern und Umweltministerinnen der Wattenmeerstaaten verabschiedet worden. Ziel des Wattenmeerplanes ist es, die gemeinsamen Ansätze **trilateraler Wattenmeerpoltik** auf der Basis der jeweiligen nationalen Rechtsgrundlagen darzustellen. Der Plan orientiert sich an den Qualitätszielen für das Wattenmeer. Zu den einzelnen Lebensräumen werden die trilaterale Politik und das Management sowie trilaterale Projekte und Maßnahmen beschrieben. Die drei Partnerstaaten haben sich darauf verständigt, möglichst viele der vielen gemeinsamen Projekte bis zur nächsten Ministerkonferenz im Oktober 2001 in Dänemark zu bearbeiten.

Um es gleich auf den Punkt zu bringen: Schleswig-Holstein braucht sich mit seinen Anstrengungen um den Schutz des Wattenmeeres nicht zu verstecken.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Im Gegenteil! Wir haben in wichtigen Bereichen eine Vorreiterposition eingenommen. Inzwischen liegt mir ein Entwurf für ein neues Hamburgisches Nationalparkgesetz zur Stellungnahme vor. Niedersachsen führt ebenfalls eine Debatte um eine Novelle seines Nationalparkgesetzes. Auch in Dänemark und in den Niederlanden sind entsprechende Diskussionen in vollem Gange.

Dies zeigt: Der Leitgedanke des trilateralen Wattenmeerschutzes, so wie ich ihn verstehe, ist erfolgreich: Harmonisierung des Schutzes ohne Gleichmacherei, Vorrang für die Verantwortung und Regelungen vor Ort, aber Einigkeit in den Zielen und Leitlinien. Im trilateralen Wattenmeerschutz, wie überhaupt im **Naturschutz**, heißt Fortschritt eben nicht, die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu beginnen, sondern es heißt, die Partner durch das eigene positive Beispiel als Vorreiter zu überzeugen.

(Minister Klaus Müller)

Wenn wir heute über eine erste Zwischenbilanz der Umsetzung des Trilateralen Wattenmeerplans diskutieren, so kann dies nicht losgelöst von den großen Fortschritten im Zusammenhang mit der Novelle des schleswig-holsteinischen Nationalparkgesetzes erfolgen. Den Nationalparkkuratorien wie auch den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen ist für die zahlreichen Beiträge in der Diskussion um den Trilateralen Wattenmeerplan zu danken.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Danke! - Diese Beiträge konnten vom Umweltministerium Schleswig-Holstein über das federführende Bundesumweltministerium erfolgreich in die heute vorliegende Fassung des Trilateralen Wattenmeerplans eingebracht werden. Auch die Neuregelung des Nationalparkgesetzes hinsichtlich zum Beispiel der Erweiterung der äußeren Grenzen, der inneren Zonierung, der Einschränkung der Muschelfischerei, der Untersagung der Jagd und des Walschutzes sind als wichtige Schritte zur Umsetzung trilateraler Ziele einzuordnen.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Die Ministererklärungen von Esbjerg 1991, Leeuwarden 1994 und Stade 1997 und der Trilaterale Wattenmeerplan sind keine völkerrechtlich bindenden Vereinbarungen. Es sind Dokumente, die das gemeinsame politische Interesse der Wattenmeeraanlieger bekunden. Rechtlich bindend ist hier die nationale Ebene.

Die erste Bilanz zur Umsetzung des Trilateralen Wattenmeerplans in Schleswig-Holstein zeigt deutlich, dass es ohne rechtliche Bindungswirkung gelingen kann, in allen Staaten den Wattenmeerschutz in harmonischer und gleichgerichteter Weise weiter zu entwickeln. Genauso muss es sein, denn wir schützen das **Ökosystem** über Grenzen hinweg mit denselben Zielen. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf alle Zielsetzungen oder gar Einzelprojekte im Trilateralen Wattenmeerplan einzugehen, zumal gerade die letzteren noch überwiegend in Bearbeitung sind. Ich möchte aber auf einige Punkte hinweisen, die mir als besonders wichtig erscheinen.

Wir haben nun - wie vorher schon die dänische Seite - das Schutzgebiet bis zur Drei-Seemeilen-Zone ausgedehnt. Leider hat die trilaterale Verabredung im Plan, die Einrichtung eines Walschutzgebietes vor Sylt und Røm zu prüfen, auf der dänischen Seite bisher nicht zu einem Schutzgebiet geführt, wenn auch immerhin zu anderen schützerischen Maßnahmen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr bedauerlich!)

Dies ist, wenn Sie so wollen, typisch für die trilaterale Zusammenarbeit. Ein Teilerfolg gemeinsamen Vorge-

hens zum möglichst einheitlichen Schutz des Wattenmeeres ist erreicht. Es bleibt aber immer noch Überzeugungsarbeit zu tun.

Ein anderes Beispiel sind die Regelungen zur Muschelfischerei. Die Kuratorien Nordfriesland und Dithmarschen hatten während der Diskussion über den Plan gefordert, dass die strengen schleswig-holsteinischen Regelungen vollständig eingearbeitet werden sollten. Dies ist bisher nur zum Teil gelungen. Insbesondere von niederländischer Seite wurden damals **striktere Regelungen** abgelehnt, als sie jetzt im Plan niedergelegt sind. Ich hoffe sehr, dass auch die Niederlande ihren Standard mittelfristig dem von uns gesetzten angleichen werden. Dort werden zum Beispiel immer noch Herzmuscheln aus dem Wattboden gepflegt und von einer konsequenten Sperrung der trockenfallenden Wattbereiche für die Miesmuschelfischerei ist man dort leider noch weit entfernt.

(Konrad Nabel [SPD]: Schade!)

Ich werde im Sinne der damaligen Voten der Kuratorien weitere trilaterale Initiativen ergreifen und den Bundesumweltminister bitten, dies auf die Tagesordnung der nächsten Ministerkonferenz zu setzen.

Es geht darum, eine konsequentere Umsetzung unserer gemeinsamen Ziele auch bei unseren Partnern zu erreichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ich sage das ganz deutlich: Die schleswig-holsteinische Naturschutz- und Fischereipolitik im Rahmen des Trilateralen Wattenmeerplans ist erfolgreich.

Ein letzter Bereich, den ich ansprechen möchte, betrifft die Beteiligung der Akteure an der Westküste. Hier ist schließlich innerhalb von drei Jahren öffentlicher Diskussion der umfassendste Abstimmungsprozess vor der Novellierung eines Gesetzes in der Bundesrepublik durchgeführt worden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Viele Formulierungen des Gesetzes sind von den Trägern der Debatte, den Kuratorien,

(Dr. Johann Wadehul [CDU]: Unerhört!)

selbst formuliert worden. Auch der vielfach von den Kuratorien geforderte Vorrang für freiwillige Vereinbarungen wurde zum Beispiel im Gesetz und wird auch von mir in der Praxis weiter verwirklicht. Wir haben auch in diesem Bereich Standards gesetzt, die



**(Minister Klaus Müller)**

sich sehen lassen können. Weitere Einzelheiten bitte ich Sie dem Bericht zu entnehmen.

Verehrte Damen und Herren, festhalten werde ich an der guten Praxis meines Vorgängers. Die konstruktiven Beiträge der Kuratorien werde ich weiterhin ins federführende Bundesumweltministerium tragen. So konnten in der Vergangenheit wirksam die regionalen Interessen in die Vorbereitungen der nächsten Ministerbeschlüsse einfließen.

Ich danke Ihnen für das Zuhören und wünsche uns eine konstruktive Debatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke Ihnen, Herr Minister, für diesen Bericht. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Trilaterale Wattenmeerplan ist das Ergebnis internationaler Zusammenarbeit. Was hierbei aber oft untergeht, ist die Tatsache, dass der Trilaterale Wattenmeerplan auch von der interregionalen Zusammenarbeit lebt und dass er die Basis für die ökologische, ökonomische und kulturelle Entwicklung des gesamten Wattenmeer- raumes ist. So sollte er jedenfalls verstanden werden.

Damit wir dieses große Vorhaben mit Leben füllen, bedarf es einer ganzheitlichen Betrachtungsweise. Es sind nicht nur einzelne Teilbereiche, die hier zusammenhängen, es ist mehr. Auf einen dieser Teilbereiche geht der uns vorliegende Bericht etwas ausführlicher ein. Überwiegend bezieht sich der Bericht auf die ökologischen Gesichtspunkte des Wattenmeerraumes und vor allen Dingen auf das neue Nationalparkgesetz. Aus meiner Sicht wäre es wichtiger gewesen, mehr über die einzelnen Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppen zu erfahren.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Doch dazu steht im Bericht nur: „Da noch keines der im **Trilateralen Wattenmeerplan** genannten Einzelprojekte abgeschlossen ist, liegen bisher nur Zwischenberichte vor, die den Stand der Bearbeitung dokumentieren.“ Diesen Stand zu erfahren, war die Intention unseres Berichtsantrages.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sehr gut! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daher haben wir die Frage gestellt, welche Ergebnisse bisher erzielt wurden. Das schließt natürlich auch

Teilergebnisse ein. Die Landesregierung ist uns hierzu eine Antwort schuldig geblieben. Das ist für den SSW sehr unbefriedigend. Wenn ich das sage, dann ist das von mir schon eine harte Formulierung.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich frage mich, warum die **Zwischenberichte** nicht im Bericht auftauchen. Es wäre daher gut, wenn die Zwischenberichte nachträglich ausgehändigt würden, um die Politik zu informieren und weitere Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung des Trilateralen Wattenmeerplanes zu haben.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Richtig!)

Weiter ist dem Bericht zu entnehmen: „Maßnahmen zur Umsetzung der Ergebnisse sind bisher nicht erforderlich geworden.“ Das heißt, seit der Erklärung von Stade 1997 - also seit drei Jahren - unterhält man sich über Projekte und mögliche Ergebnisse. Doch es ist bisher noch keine konkrete Maßnahme durchgeführt oder zumindest begonnen worden. Das wirkt auf mich, als wenn man philosophiert hat, aber nichts geschehen ist.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es! - Beifall des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Das ist nach Auffassung des SSW eindeutig zu wenig, denn hier hat die Landesregierung die Verantwortung, die Arbeitsgruppen zu begleiten, sie gegebenenfalls zu unterstützen und vor allen Dingen sie voranzubringen.

So möchte ich die **Havarie der „Pallas“** zum Anlass nehmen und nachfragen, ob sich die AG „Küstenschutz und Anstieg des Meeresspiegels“ - auf die im Bericht im Übrigen nicht weiter eingegangen wird - mit der Havarie befasst hat. Da die Arbeitsgruppen auch auf aktuelle Probleme eingehen sollten, wäre dies sinnvoll gewesen. Gerade der internationale Ideenaustausch in diesem Bereich zwischen den Arbeitsgruppen ist hier sehr wichtig und sollte dazu beitragen, dass grenzüberschreitende Lösungen gefunden werden können. Im Bericht steht nichts darüber.

Eine weitere aktuelle Problematik, die im Bericht unberücksichtigt bleibt, ist die Frage, inwieweit sich die Arbeitsgruppen über **Offshore-Windkraftanlagen** ausgetauscht haben. Wir wissen, dass der Stand der Umsetzung in Dänemark ein anderer als in Deutschland und in den Niederlanden ist, da man vor Esbjerg solche Anlagen inzwischen errichten will. Es interessiert mich, welche Kriterien hierfür zugrunde

(Lars Harms)

lagen und inwieweit sich diese auf die in Deutschland geplanten Projekte übertragen lassen. Hat man sich in den Arbeitsgruppen darüber ausgetauscht? Welche Rolle soll die Windenergie generell in der trilateralen Zusammenarbeit spielen? Oder werden Projekte möglicherweise miteinander im wahrsten Sinne des Wortes verbunden - sprich, gibt es in Zukunft eine gemeinsame Seekabelanbindung? Sind überregionale und internationale Planungen in diesem Bereich notwendig? Dies sind Fragen, auf die der Bericht hätte eingehen müssen und von denen ich erwartet hätte, dass die Arbeitsgruppen diese Bereiche auch abgearbeitet hätten.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Der Bericht macht deutlich: „Die übrigen Projekte des Wattenmeerplanes erfordern in der Regel keine gesonderten Arbeitsgruppen.“ Das ist auch schon alles zu diesem Thema. Ich frage mich, was aus diesen Projekten außerhalb der Arbeitsgruppen geworden ist und welche Ergebnisse erzielt wurden. Da der Bericht hierauf jedoch nicht eingeht, kann ich für mich nur die Schlussfolgerung ziehen, dass keine Resultate erzielt wurden.

Eine Form der **Zusammenarbeit** zwischen der trilateralen und der interregionalen Ebene scheint es auch nicht zu geben. Zunächst geht aus dem Bericht nicht deutlich hervor, dass es feste Strukturen innerhalb des Landes Schleswig-Holstein gibt. Konkrete Projekte, die gemeinsam auf trilateraler als auch auf interregionaler Ebene angegangen werden, werden hier überhaupt nicht genannt. Dies lässt zweigleisige Arbeitsabläufe vermuten, die dazu führen, dass das Rad wieder einmal zweimal erfunden wird. Genau das sollte durch eine Zusammenarbeit beider Ebenen ausgeschlossen werden.

Es ist auffallend, dass es nur eine einseitige Zusammenarbeit von der Region hin zur staatlichen trilateralen Ebene, aber nicht umgekehrt, gibt. Dies ist aus Sicht des SSW nicht ausreichend. Daher sollten die Strukturen dahin gehend geändert werden, dass eine umfangreiche Zusammenarbeit künftig in beiden Richtungen stattfindet.

Ich erkenne an, dass es aufgrund des Umfangs der Projekte zu Verzögerungen kommen kann. Das ist bedauerlich, aber verständlich. Wenn jedoch Prioritäten bei den vereinbarten Projekten gesetzt werden - wie im Bericht beschrieben -, interessiert es mich doch zu erfahren, nach welchen Kriterien hier selektiert wurde, ob eine zeitliche Abfolge festgelegt wurde und welche Projekte vorerst auf der Strecke bleiben. Nähere Informationen zu diesen Fragen wären dienlich gewesen, um sich hier ein besseres Bild über den

Stand der Weiterentwicklung des Trilateralen Wattenmeerplanes machen zu können.

Dass eine trilaterale und interregionale Zusammenarbeit auch ökonomische Aspekte und Potentiale beinhalten kann, zeigen uns Projekte aus den Niederlanden und Niedersachsen. Hier hat man grenzüberschreitend und unter einem einheitlichen Logo eine Vermarktungsschiene für in der Region produzierte Waren aufgebaut, die unter dem Begriff „Wattenprodukte“ geführt werden. Auch hier geht der Bericht nicht auf die Chancen ein, die sich für Schleswig-Holstein bieten. Schleswig-Holstein sollte die Chance nutzen und sich solchen **Vermarktungsstrategien** anschließen. Aber selbst wenn ein gemeinsames Interesse für diese Art der Direktvermarktung vorhanden sein sollte, sehe ich ein Manko in der derzeit fehlenden Zusammenarbeit.

Ein weiterer ökonomischer Aspekt, der für die Westküste von besonderer Bedeutung ist, ist die **Tourismuswirtschaft**. Daher sollten wir die Zusammenarbeit auf dem touristischen Sektor stärken. Es sind genügend Ideen vorhanden, die umgesetzt werden können. Aber auch hier geht der Bericht nicht näher auf diese Chancen ein: „Das Land arbeitet ... bei einem durch die EU geförderten Tourismusprojekt, welches Ende 2000 abgeschlossen wird“, mit. Nebenbei bemerkt, möchte ich darauf hinweisen, dass das Projekt Besucherinformationssystem in Dithmarschen mit Mitteln aus dem LIFE-Natur-Programm gefördert wird. Ich frage mich natürlich, ob es ähnliche Förderungen aus diesem Programm in Nordfriesland gibt oder ob die Möglichkeit besteht, das Informationssystem des Nationalparkamtes mit solchen Mitteln zu fördern. Auch das wäre wichtig gewesen.

Die kulturellen Aspekte der trilateralen und interregionalen Zusammenarbeit spielen ebenfalls im Bericht keine Rolle. Das Einzige, was wir dem Bericht entnehmen, ist, dass es die AG WATCULT gibt, aber nicht, was sie macht. Neben allgemeinen **kulturellen Projekten**, die möglich sind, sind die Wattenmeerregionen von ähnlichen und manchmal sogar gleichen regionalkulturellen Einflüssen geprägt. Baukultur, Sprachen, Leben vom und mit dem Meer haben die Menschen geprägt. Hier gibt es viele Gemeinsamkeiten. Zur Förderung der regionalen Kulturen und zur Zusammenarbeit im kulturellen Bereich wurden bisher viele Vorschläge - auch vor Ort - gemacht. Doch wie steht es mit der Umsetzung dieser Vorschläge? Die vielfältigen Vorschläge, auf die der Bericht nicht näher eingeht, sind Änderungsvorschläge, die von beiden Nationalparkkuratorien, von den Westküstenkreistagen und den zuständigen Ressorts der Landesregierung gemacht wurden. Es wird zwar deutlich gemacht, dass ein überwiegender Teil dieser Ände-

(Lars Harms)

rungsvorschläge von Dänemark und den Niederlanden akzeptiert wurde, doch was ist aus all diesen Vorschlägen geworden? Die erarbeiteten Vorschläge müssen in politisches Handeln umgemünzt werden. Hier ist es Aufgabe der Politik zu sehen, wo es hapert.

Ich muss deutlich sagen, dieser Bericht hilft uns hierbei definitiv nicht weiter. Er ist meiner Auffassung nach zu dürftig gefasst und lässt viele Fragen offen. Manche Fragen, die gestellt wurden, wie zum Beispiel nach den Ergebnissen, sind überhaupt nicht beantwortet worden. Dies ist eine Tatsache, die für mich sehr unbefriedigend ist.

Die trilaterale Zusammenarbeit sollte ein ständiger Prozess sein. Doch dies ist dem Bericht in keiner Weise zu entnehmen. In der Regierungserklärung hat die Ministerpräsidentin die gelebte Nordseekooperation angesprochen.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Ich bin der Auffassung, dass die Kooperation anders aussehen sollte als das, was dem Bericht zu entnehmen war. Schleswig-Holstein sollte bei der nächsten **trilateralen Wattenmeerkonferenz** im Jahr **2001** besser vorbereitet sein, als es jetzt den Anschein hat.

(Beifall bei SSW und CDU)

Die trilaterale Wattenmeerezusammenarbeit sollte für die Landesregierung einen hohen Stellenwert haben. Wir dürfen neben der guten Ostseezusammenarbeit nicht den Blick nach Westen vergessen, denn auch hier liegen Chancen für Schleswig-Holstein.

(Beifall beim SSW - Rolf Fischer [SPD]: Genau!)

Diese Chancen sollten wir besser nutzen. Ich würde es begrüßen, wenn wir den Bericht im Kultur-, im Umwelt- und im Wirtschaftsausschuss weiter behandelten, wobei ich dann wesentlich mehr Informationen von den zuständigen Fachressorts erwarte.

(Beifall bei SSW, SPD, CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Todsens-Reese das Wort.

**Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Harms, ich bin froh, dass ich mit meiner kritischen Bewertung einmal nicht ganz allein hier vorn stehe. Auch aus meiner Sicht war der Berichtsauftrag klar und eindeutig: Wir wollten gern etwas zur aktuellen Umsetzung hören und wir von der CDU haben

dies insbesondere um den Bereich der Einbindung der Öffentlichkeit ergänzt. Mit Blick auf die gestellten Fragen kann das vorgelegte Ergebnis auch aus meiner Sicht keineswegs zufrieden stellen. Trotzdem will ich am Anfang positiv bewerten, dass wir auch diesen Bericht aus dem Umweltministerium relativ frühzeitig erhalten haben. Das ist neu und das ist für uns hilfreich. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei CDU und SSW)

Weniger hilfreich ist allerdings die Beantwortung. Ich möchte das Thema der **Einbindung der Bevölkerung** an den Anfang stellen. **Trilateraler Wattenmeerplan** - was ist das eigentlich? Noch nie gehört! Das sagte mir heute Morgen ein sehr interessierter und üblicherweise auch gut informierter Gesprächspartner.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von der CDU? - Heiterkeit)

- Nein. Stellen Sie sich vor, Herr Hentschel: nicht von der CDU. Ein Parteilooser. Mit denen kann man ruhig auch einmal schnacken.

Im Vorwort des Trilateralen Wattenmeerplanes wird unter anderem als eine gemeinsame Vision eine informierte, engagierte und aktiv teilnehmende Öffentlichkeit beschworen. Weiter heißt es dort, mit diesem Plan würden Bewohner, Nutzer, Besucher und alle Betroffenen in der Wattenmeerregion eingeladen, eigene Ideen und Beiträge zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele einzubringen.

Meine Damen und Herren, die Realität sieht leider ganz anders aus. Nach wie vor ist der Trilaterale Wattenmeerplan eine elitäre Veranstaltung in abgewogenen Zirkeln. Ich sage dies sehr bewusst und auch mahnend. Wodurch sollten sich auch Bewohner, Nutzer, Besucher und alle Betroffenen in der Wattenmeerregion eingeladen fühlen, eigene Ideen und Beiträge einzubringen? Vielleicht dadurch, dass die Arbeitsprache nach wie vor Englisch ist? Vielleicht dadurch, dass Arbeitspapiere in der Regel sehr kurzfristig vorgelegt werden und auch in englischer Sprache gehalten sind? Oder durch einen Workshop zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung? Dass es einen solchen gibt, haben wir dem Bericht ja ebenfalls entnehmen können. Leider wurde dieser aber von Mitarbeitern aus den Niederlanden organisiert. Und dann wird noch mehr oder weniger beklagt, dass aus Schleswig-Holstein nur eine mangelhafte Beteiligung zu verzeichnen war. Dann heißt es ganz großmütig und es wird stolz erklärt, seit Anfang dieses Jahres seien Beobachter von nicht staatlichen Organi-

**(Herlich Marie Todsens-Reese)**

sationen in der trilateralen Arbeitsgruppe zugelassen. Damit sei für ein zusätzliches Maß an Transparenz gesorgt und sichergestellt, dass relevante Aspekte einzelner Interessengruppen unmittelbar von deren Vertretern in die Region transportiert würden. Haben Sie sich eigentlich schon einmal gefragt, warum es in der Bevölkerung trotz all dieser vollmundigen Erklärungen nach wie vor so viel Unzufriedenheit und so wenig Beteiligung aus der breiten Bevölkerung und auch so wenige Kenntnisse gibt?

Für mich ist mit dem vorgelegten Bericht einmal mehr deutlich geworden, dass es die Landesregierung bis heute eben nicht geschafft hat, eine breite Öffentlichkeit in die Weiterentwicklung und Umsetzung des Trilateralen Wattenmeerplanes einzubinden. Damit ist eine der zentralen trilateralen Vereinbarungen nicht umgesetzt worden.

Ich will hier auch noch einmal ganz deutlich sagen: Die Einbindung der Nationalparkkuratorien reicht natürlich überhaupt nicht aus, um diese Vereinbarung zu erfüllen - so wichtig die Nationalparkkuratorien sind und so richtig es ist, dass sie in diesen Prozess eingebunden sind. Aber darüber hinaus gibt es natürlich weit mehr in der Bevölkerung und das wird ja auch sehr deutlich, wenn man sich ansieht, welche Gruppen bis hin zu den Besuchern eigentlich angesprochen werden sollten. Ich denke, dass wir alle gemeinsam darüber nachdenken sollten, wie wir noch zu einer ganz anderen, intensiveren Einbindung der Menschen vor Ort, aber auch all derer, die es interessiert, kommen können. Vielleicht bietet die Diskussion im Umweltausschuss eine Möglichkeit hierfür.

In den Niederlanden und in Dänemark findet hierzu ein viel breiter und intensiver angelegter Diskussionsprozess mit allen interessierten und betroffenen Bevölkerungskreisen statt und, wenn ich richtig informiert bin, gibt es dort auch eine ganz andere finanzielle und damit auch personelle Ausstattung, um diesen Diskussionsprozess wirklich breit angelegt führen zu können. Damit wird für mich deutlich: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Bei uns kann ich bis heute noch nicht einmal ein wirklich definiertes Beteiligungsverfahren für die Bevölkerung erkennen, geschweige denn einen Themenkatalog, der, unabhängig von den Facharbeitsgruppen, mit der Bevölkerung zu diskutieren wäre.

Damit komme ich zur **interregionalen Zusammenarbeit**. Herr Harms hat sie in ihrer Bedeutung soeben angesprochen. Das brauche ich nicht zu wiederholen. Ich frage Sie, Herr Umweltminister: Warum hat sich die Landesregierung hier völlig ausgeklinkt? Wenn die Vertreter der Kreise Nordfriesland und Dithmarschen mit den Vertretern der Niederlande und Dänemarks

verhandeln, dann sitzen völlig unterschiedliche Verwaltungsebenen mit unterschiedlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten und damit auch Möglichkeiten der Absprache an einem Tisch. Ich frage Sie, warum es aus Ihrem Hause heraus abgelehnt worden ist, an der nächsten Diskussions- und Arbeitsrunde am 29. und 30. Juni teilzunehmen. Diesbezüglich hat es, wenn ich richtig informiert bin, eine Anfrage und auch die Bitte gegeben, sich zu beteiligen. Ich halte es für fatal und falsch, wenn sich die Landesregierung aus dieser interregionalen Arbeit völlig herauszieht und wenn man sagt: Das sollen die Vertreter vor Ort allein machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einige weitere Punkte des Berichts herausgreifen. Nur als kleines Aperçu will ich sagen: Es ist uns natürlich nicht verborgen geblieben, dass die ersten anderthalb Seiten des Berichts fast wörtlich von dem Bericht von April 1999 abgekupfert worden sind. Das hätten Sie sich sparen können. Aus meiner Sicht ist die breite Darstellung der Novellierung des Nationalparkgesetzes auch zulasten anderer wichtiger Darstellungen gegangen. Herr Harms hat sie bereits genannt. Sie können damit, dass Sie dies alles noch einmal aufführen, wirklich keinen Blumentopf gewinnen.

Ich will dabei aber keineswegs Ihr Haben-Konto schmälern, sondern die Leistungen bei der Eröffnung des Multimar Wattforums, beim Aufbau eines Besucherinformationssystems und beim hauptamtlichen NationalparkService sehr wohl vermerken. Wenn auch mit ein paar Bauchschmerzen, will ich diese Leistungen durchaus anerkennen. Aber was nützt uns Ihre Darstellung - da bin ich mit Herrn Harms völlig einig -, wenn wir aus dieser Darstellung der Arbeitsgruppen und der Mitarbeiter weder die Arbeitsintensität noch Arbeitsergebnisse erkennen können, geschweige denn erkennen können, was davon umgesetzt oder nicht umgesetzt worden ist?

Hier hat der Bericht nur noch reinen Makulaturcharakter und ist mehr als dürftig. Das gilt insbesondere für den Themenkomplex der Finanzierung. Die Finanzierungsfragen sind - wie schon im Sachstandsbericht vom April 1999 - völlig offen geblieben. Es wäre auch interessant gewesen, im Bericht zu erfahren, mit welchen Argumenten die EU die gestellten Förderanträge - zum Beispiel zur Garnelenfischerei und zu den Schalentierbeständen - abgelehnt hat.

41 Projekte sind trilateral vereinbart worden. Herr Minister, ich kann gut verstehen, wenn Sie heute hier vorn sagen, Sie können nicht auf alle eingehen. In dem schriftlichen Bericht hätten wir dies aber erwarten können und es ist ein Trauerspiel und ein

**(Herlich Marie Todsens-Reese)**

schlechtes Zeugnis, dass das nicht gemacht worden ist.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW)

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich, dass wir uns so nicht abspesen lassen.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Nun ein weiterer Hinweis, von dem ich weiß, dass er viele nicht sehr freuen wird! Bei der Durchsicht dieses Berichtes wurde für mich noch einmal deutlich: Hätte sich die Landesregierung - und damit meine ich nicht Sie persönlich, denn damals waren Sie noch nicht dabei - am Anfang der gesamten Arbeit die Mühe gemacht und den Nationalparkplan so, wie wir es immer gefordert haben, mit der Bevölkerung und allen Betroffenen und zuständigen Stellen erörtert, entwickelt und aufgestellt, dann hätten wir - und auch Sie als Regierung - heute eine ganz andere fachliche Grundlage für die Umsetzung des Trilateralen Wattenmeerplans und auch für seine Weiterentwicklung gehabt.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Nach diesem Bericht bleiben viele Fragen offen, von denen ich wirklich hoffe, dass wir sie sachlich und fachlich intensiv im Umweltausschuss beraten können und dass uns dann in dem einen oder anderen Fall auch die Fachleute der Arbeitsgruppe zur Verfügung stehen.

Der Bericht ist für uns wenig zufrieden stellend. Daher dürfen Sie sich nicht wundern, dass auch die Bevölkerung auf die Art und Weise, wie sie eben nicht eingebunden und beteiligt wird, nicht zufrieden gestellt wird.

Meine Bitte an die Landesregierung ist: Kommen Sie endlich von Ihrem hohen Ross herunter und stellen Sie sich auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung ein, die gern bereit ist, diesen Trilateralen Wattenmeerplan weiter mitzuentwickeln. Sie will aber verstehen können, worum es geht, und sie will auch rechtzeitig mitreden können und nicht einfach nur abgespeist werden.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist im Interesse der Sache ganz wichtig, damit wir zu guten Arbeitsergebnissen kommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu seinem ersten Redebeitrag in diesem Parlament erteile ich Herrn Abgeordneten Malerius das Wort.

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Todsens-Reese, ich verstehe es ja, Sie wohnen in Malente und nicht an der Westküste. Das ist eine klare Sache. Wie können Sie dann beurteilen, ob die Bevölkerung dort eingebunden worden ist oder nicht?

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Ich habe mich vier Jahre lang vor Ort mit dem Trilateralen Wattenmeerplan und der Novellierung des Nationalparkgesetzes beschäftigt und mit der Bevölkerung gesprochen. Ihre Leute waren eigentlich nie da, ich habe sie nie gesehen und das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Auch Ihre Vertreter der Westküste waren nie da, nicht einmal die. Die waren sich zu fein, überhaupt einmal mit einem Schäfer zu reden. Die Frage ist, mit wem Sie heute Morgen gesprochen haben. Der **Trilaterale Wattenmeerplan** ist bei uns immer in den Schlagzeilen gewesen und jeder an der Westküste weiß, was da gemeint ist.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

- Ich sage ja, Sie wohnen in Malente. Da ist es klar, dass Sie das nicht wissen.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Herr Harms, da Sie ein Bewohner der Westküste sind, hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie besser informiert sind. Ich nehme Sie gern zum nächsten Nationalparkkuratorium an die Hand. Sie werden informiert, sodass Sie gar keine Probleme haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Feddersen, das wissen Sie auch. Ihr habt nur ein Problem. Wir als Dithmarscher mussten einen „wilde Sau“ spielenden Landrat einfangen. Nachdem wir den eingefangen hatten, kamen wir zur sachlichen Diskussion. Das war das Problem und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD - Thorsten Geißler [CDU]: Das reicht jetzt aber!)

**(Wilhelm-Karl Malerius)**

Sie haben eigentlich immer nur „wilde Sau“ gespielt und zur Sache nichts gebracht.

(Thorsten Geißler [CDU]: Reden Sie noch einmal zur Sache?)

In der Loge sitzen zwei Herren, bei denen ich mich sehr herzlich bedanken möchte. Mit ihnen habe ich die letzten vier Jahre äußerst eng und sehr informativ und konstruktiv zusammengearbeitet.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie haben jede Frage sehr schnell und sehr gut beantwortet. Das hat die Landesregierung bisher sehr gut gemacht und wird es auch weiterhin sehr gut machen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Todsen-Reese, die Landesregierung hat sich absolut nicht ausgeklinkt. Im Gegenteil, die Dithmarscher und die Nordfriesen haben gesagt: Wir wollen bitte weiter mit rein und darum machen wir das auch.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Dann sprechen Sie jetzt für die Nordfriesen?)

- Ich spreche auch für die Nordfriesen, weil wir die nämlich immer einholen müssen. Die wissen immer gar nicht, was wir machen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind die Fakten. Kommen Sie doch einmal mit! Ich lade Sie ein. Bringen Sie Gummistiefel mit! Dann können wir durchs Vorland laufen.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Reden Sie nicht so dummes Zeug!)

Ich zeige Ihnen alles und Sie wissen dann, worüber wir reden. Danach können wir hier neu diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

- Herr Feddersen, dann komme ich gleich wieder nach Ihnen und dann werden wir weiter sehen.

(Klaus Schlie [CDU]: Bisher war das nur peinlich, was Sie da geliefert haben!)

Die drei Wattenmeerstaaten Deutschland, Dänemark und die Niederlande arbeiten seit 1982 zum Schutz des von Esbjerg bis Den Helder reichenden Ökosystems Wattenmeer zusammen. Die Erarbeitung eines gemeinsamen Managementplans für das Wattenmeer geht auf die Ministererklärung der 6. Trilateralen Regierungskonferenz 1991 in Esbjerg zurück.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Das hat großen Neuigkeitswert!)

- Sehen Sie, deshalb erzähle ich Ihnen das, damit Sie das überhaupt begreifen.

(Klaus Schlie [CDU]: Kann man Arroganz eigentlich mit Löffeln essen?)

- Herr Schlie, Ihr Ruf eilt Ihnen voraus. Ich weiß, was mit Ihnen los ist. Darauf reagiert man doch gar nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

1994 wurde anlässlich der 7. Trilateralen Regierungskonferenz in Leeuwarden das Gebiet der trilateralen Wattenmeerzusammenarbeit erstmalig definiert. Unter deutschem Vorsitz fand am 21. und 22. Oktober 1997 im Rahmen dieser Zusammenarbeit in Stade die **8. Trilaterale Regierungskonferenz** statt. Herr Feddersen, das müssten Sie eigentlich begriffen haben. Da haben wir als regionale Träger zum Beispiel die Husumer Erklärung abgegeben. Kennen Sie die überhaupt? Vielleicht wissen Sie überhaupt nicht, wo Husum liegt?

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU]

- Unruhe - Klaus Schlie [CDU]: Wir sind hier nicht beim SPD-Stammtisch! - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Malerius, etwas mehr Ruhe täte der Debatte gut.

(Thorsten Geißler [CDU]: Das fällt schwer, Herr Präsident!)

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Bei den Beiträgen, die bisher vonseiten der CDU gekommen sind, muss man leider aufgeregt sein, weil es gar nicht anders geht.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Malerius, die geschäftsleitenden Bemerkungen mache ich.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Die wichtigsten Ergebnisse der 8. Trilateralen Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres sind die Verabschiedung einer Ministererklärung - die sogenannte Erklärung von Stade -, die Verabschiedung des Trilateralen Wattenmeerplans und die Ent-

(Wilhelm-Karl Malerius)

scheidung über ein trilaterales Monitoring-Programm. Teile des Monitoring-Programms liegen vor.

(Lars Harms [SSW]: Teile liegen vor!)

- Herr Harms, das sind die Ergebnisse, mit denen Sie sich beschäftigen müssen.

Einige der wichtigsten Elemente der Erklärung von Stade sind: Die Anerkennung der herausragenden ökologischen Bedeutung des Wattenmeergebiets und der gemeinsamen Verantwortung für dieses Gebiet sowie die an die zuständigen Behörden, Verbände und Regierungen gerichtete Aufforderung, den kooperativen Dialog - den wir immer noch führen - mit allen Betroffenen und Interessengruppen fortzusetzen oder zu verstärken, um deren Beteiligung an der Umsetzung der ökologischen Ziele sicherzustellen und die öffentliche Akzeptanz des Plans zu fördern. Darüber reden wir. Das Nationalparkkuratorium ist kein elitärer Haufen, sondern da sitzen Bürgermeister und Vertreter aus Kommunen mit uns zusammen und dort diskutieren wir darüber. Danach wird es weiter in die Kommunen getragen.

Die Klarstellung, dass die Beteiligung der Bevölkerung auch dadurch gesichert werden muss, dass die Information in den jeweiligen Landessprachen erfolgt, ist ein weiteres Element der Erklärung. Sie haben kürzlich den Qualitätsmerkmalbericht auf Englisch ausgehändigt bekommen. Hier fehlt eine Übersetzung, damit wir das auch begreifen. Das ist das Einzige, was ich kritisch anmerke.

Der **Wattenmeerplan** ist völkerrechtlich nicht verbindlich. Er verkörpert jedoch klare politische Zielvorstellungen, über die Einvernehmen herrscht, und zwar überall. Seine Umsetzung darf nicht mit den einschlägigen und insoweit vorrangigen **Rechtsvorschriften** der Seeschifffahrt, der Unterhaltung von Schifffahrtsrouten, des Betriebs der Häfen, des Katastrophenschutzes, der Seenotrettungsdienste und anderer Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit kollidieren. Jegliche Nutzungsinteressen - nun hören Sie zu, Herr Feddersen, das ist wichtig für Sie - sind mit dem Schutzzweck im Allgemeinen - das ist jetzt auch im Nationalparkgesetz verankert - und im Einzelfall gerecht abzuwägen. Unzumutbare Beeinträchtigungen der Interessen und der herkömmlichen Nutzungen der Küstenbewohner sind zu vermeiden. Dafür haben wir uns stark eingesetzt.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Nee, eben nicht!)

Sie haben nie Vorschläge gemacht. Und das ist hineingekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

- Aber ja, genau das! Da haben wir nämlich die Nordfriesen einmal einholen müssen; da sind die Dithmarscher vorangegangen, und dann haben wir euch zu fassen gekriegt. So sieht das nämlich aus.

(Unruhe und Widerspruch bei der CDU)

Der Wattenmeerplan soll anhand der gewonnenen Erfahrungen weiterentwickelt werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Peinlich, peinlich!)

Der Plan führt die konkreten Ziele der gemeinsamen deutsch-dänisch-niederländischen Bemühungen zum **Schutz des Ökosystems Wattenmeer** getrennt für die verschiedenen Teilbereiche des Wattenmeers - nun reden wir auch über die Projekte: Salzwiesen, Dünen, Ästuare, Tidebereich, Offshore-Zone, ländliche Gebiete sowie Vögel und Meeressäuger - einzeln auf. Der Wattenmeerplan enthält ferner die für die Erreichung der Ziele notwendigen Maßnahmen und Aktionen sowie die weiterführenden trilateralen Projekte zur Weiterentwicklung des Wissensstandes.

Fakt ist: Die Stader Erklärung und der Wattenmeerplan umfassen 41 Einzelprojekte, und Fakt ist auch - da gebe ich Ihnen Recht -: Noch keines dieser Einzelprojekte ist endgültig abgeschlossen.

(Lars Harms [SSW]: Und wir wissen nichts darüber!)

- Ich lade Sie doch ein, Herr Harms; ich lade Sie ein und gebe Ihnen dann Politikunterricht und auch Informationsunterricht.

(Lachen und Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Klaus Schlie [CDU]: So etwas Arrogantes!)

Der aktuelle Stand ist im Zwischenbericht dokumentiert. Fertig gestellt wurde der **Wattenmeerzustandsbericht**. Er liegt dem Umweltausschuss des Landtages und den Nationalparkkuratorien vor und steht allen beteiligten Verbänden und Institutionen zur Verfügung.

(Klaus Schlie [CDU]: So etwas Peinliches!)

Sie müssen ihn sich nur holen; dann können Sie das nachlesen.

Das gemeinsame Monitoring-Programm ist für Schleswig-Holstein vollständig implementiert - nachzulesen in einer Broschüre mit Ergebnissen der ökologischen Dauerbeobachtung.

Im Rahmen der Novellierung des Nationalparkgesetzes definiert Schleswig-Holstein ein Walschutzgebiet. Der Antrag der trilateralen Arbeitsgruppe WATCULT ist in den Kuratorien vorgestellt worden, und nach INTERREG IIc wurde für das Projekt

**(Wilhelm-Karl Malerius)**

„Lancewad“ die Bewilligung erteilt. Das Land Schleswig-Holstein steuert neben geldwerten Eigenleistungen 200.000 DM bei. Für das Projekt „Auswirkungen der Garnelenfischerei“ - da muss man nachhaken - wird vom dänischen Umweltministerium nach Ablehnung des ersten Antrags durch die EU eine neue Initiative vorbereitet. Das Projekt „Untersuchung der Schalentierbestände“ ist nach Ablehnung durch die EU derzeit nicht finanzierbar.

Bis zur nächsten Wattenmeerkonferenz im Jahr 2001 - das richtet sich jetzt auch an die beiden Herren auf der Regierungsbank - gibt es also noch viel zu tun, um verwertbare Ergebnisse zu erzielen.

Zweifel wurden laut, dass die interregionalen Aktivitäten nicht genügend in die trilaterale Zusammenarbeit integriert sind. Außerdem wurde der partnerschaftliche Dialog mit der ortsansässigen Bevölkerung gemäß Stader Erklärung angemahnt. Das haben wir jetzt alles vollzogen.

Ich weise darauf hin, dass in Schleswig-Holstein die interregionale Zusammenarbeit von der Landesregierung an die Kreise Nordfriesland und Dithmarschen übergeben wurde.

(Glocke des Präsidenten)

Die beiden Kreise wollten das auch, um eben mit dabei zu sein.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter!

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Bitte?

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Ich komme zum Schluss. Das muss ich dann ja - leider!

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Sie können davon ausgehen, dass die Öffentlichkeit - so sie denn will - umfassend mit einbezogen ist. Ich halte es damit ganz so wie Carl Friedrich von Weizsäcker: Demokratie ist die Entscheidung der Betroffenen. Und wir haben die Demokratie vorgelebt.

Nein, ich komme jetzt zum Schluss. Der Präsident hat mich ja aufgefordert. Hier ist schon die rote Lampe an.

(Heiterkeit)

Zum Schluss darf ich noch eine kleine Anmerkung machen, die meine Erfahrungen aus den Diskussionsrunden um den Naturschutz widerspiegelt und meine Grundeinstellung zur Umweltpolitik skizziert. Viele meiner im Umweltschutz engagierten Kollegen sehen den Menschen als Dornenkrone der Schöpfung. Die natürliche Ordnung ist jedoch nicht mit dem menschlichen Ordnen der Natur als Selbstzweck zu verwechseln. Meine Einstellung entspricht eher der des Schusters Voigt - besser bekannt als der Hauptmann von Köpenick -: Erst kommt der Mensch, dann kommt die Menschenordnung!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heinz Maurus [CDU]: Si tacuisses, philosophus mansisses!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Ihrer Information, Herr Malerius: Ich komme aus der Gemeinde Bäk, einem ehemals mecklenburgischen Dorf, inzwischen dem Kreis Herzogtum Lauenburg angehörend. Das nur zur regionalen Einschätzung!

Ich bedauere Ihren Beitrag ein bisschen, weil wir als F.D.P.-Fraktion meinen, dass gerade im Naturschutz die überregionale, die **Ländergrenzen** übergreifende **Naturschutzarbeit** sehr wichtig ist.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielleicht merken Sie an dem Beifall aus diesem Hause auch, dass wir hier insgesamt eine Diskussion über einen solchen Bericht, auch wenn wir diesen Bericht nicht positiv bewerten, ernster nehmen, als Sie das mit Ihrem Beitrag hier getan haben.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Wenn Sie diesen Bericht hier loben, mögen Sie vielleicht etwas anspruchslos sein.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich kann mich Ihrem Lob dieses Berichts nicht anschließen.

Herr Minister, Sie haben mit diesem **Bericht** keinen Blumentopf verdient und auch keine Salzwiese. Sie haben eine wichtige Chance vertan. Wir wissen alle, dass es an der Westküste sehr wohl noch Zweifel daran gibt, ob der Weg der Politik hinsichtlich des Naturschutzes richtig ist, ob es richtig ist, Menschen



**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

derartig viele Beschränkungen aufzuerlegen, und ob sie immer alle ordentlich begründet sind. Das heißt, wer Naturschutz an der Westküste möchte, muss diesen den Menschen gegenüber begründen, der muss für einen solchen Naturschutz werben. Das will ich Ihnen sagen: Die vorliegende Schrift ist keine Werbemaßnahme für den Naturschutz an der Westküste, ist keine Werbemaßnahme für Politik; dieses Ziel verfehlt der Bericht.

Ich finde es immer wieder bedauerlich, dass wir, wenn wir in diesem Hause über Naturschutz reden, dies so oft anhand von Missständen tun und nicht aus Anlass von positiven Leistungen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Naturschutz muss positiv verkauft werden. Wer denn die Erklärung von Stade auch einmal gelesen hat, wird sehen: Es lohnt sich, sich dafür einzusetzen und dafür einzutreten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir ja gemacht!)

Die **Stader Erklärung** ist ein hervorragender Bericht; daran brauchen wir überhaupt nicht zu zweifeln. Aber, Frau Fröhlich, der Bericht, den Ihr Minister vorgelegt hat, ist nicht so gut. Insofern möchte ich hier sagen, Frau Todsens-Reese: Ich möchte den Minister hier nicht wegen eines schlechten Berichts loben, der in kurzer Zeit gegeben wurde. Mir ist - ehrlich gesagt - ein guter Bericht, dessen Erstellung ein bisschen länger dauert, wirklich wichtiger. Ich glaube, damit könnten wir mehr anfangen.

Ich möchte Herrn Harms ausdrücklich meine Anerkennung dafür aussprechen, wie fein er herausgearbeitet hat,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

an welchen Stellen in diesem Bericht jeweils ein Manko festzustellen ist, an denen wir mehr erwartet haben. Gerade diejenigen in diesem Hause, die sich für Naturschutz interessieren, möchten angesichts der Diskussion über den Trilateralen Wattenmeerplan, die wir in diesem Hause geführt haben - unter anderem aufgrund eines Antrags der F.D.P.-Fraktion -, natürlich etwas mehr über die konkrete Umsetzung hören.

Der **Wattenmeerplan** ist eine politische Absichtserklärung. Das ist ja alles schön und gut. Erst wenn wir uns mit der Umsetzung beschäftigen können, wissen wir, was eine solche Absichtserklärung tatsächlich wert ist. Insofern hätte ich gern noch zwei Monate auf den Bericht gewartet, Herr Minister, aber einen besseren Bericht bekommen, der mir einen besseren Einblick vermittelt hätte und mit dem ich dann auch zu

meinen Ortsverbänden an der Westküste hätte gehen und sagen können: Passt mal auf, dort steht dies und jenes drin, dort steht dies drin und dort das! Diejenigen, die mich kennen, wissen auch, dass ich mich an der Westküste sehen lasse, zu den einzelnen Ortsverbänden gehe und ihnen sage: Ich trete dafür ein, auch wenn ihr das in bestimmten Punkten vielleicht nicht mögt! Das mache ich. Aber mit einem solchen Papier kann ich dort schlecht hingehen. Ich kann denen schlecht sagen: Ja, das Gesetz über den Nationalpark Wattenmeer ist novelliert worden - das wissen die schon. Ich kann denen auch nicht erzählen, wie das Beteiligungsverfahren gewesen ist - das wissen die ebenfalls. Und die ersten anderthalb Seiten haben sie 1999 auch schon gelesen; da kann ich nicht vorwärts kommen. Das ist einfach Murks, was Sie da gemacht haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn ich dann noch das, was zum Beispiel in Ihrem **Koalitionsvertrag** steht, in dem Sie sich als Vorreiter der ökologischen Modernisierung bezeichnen, in Beziehung zu einem Bericht setze, der überhaupt nichts taugt, ist das doch widersprüchlich: Auf der einen Seite hehre Töne bei der Selbstbeschreibung und auf der anderen Seite, wenn es um konkrete Arbeit geht, ist da nichts.

Wir haben als F.D.P.-Fraktion die Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode aufgefordert, rechtzeitig im Vorfeld der nächsten **trilateralen Wattenmeerkonferenz** in Dänemark 2001 die Bevölkerung an der Westküste, die dort tätigen Verbände, Kreise, Städte, Ämter und Gemeinden umfassend zu informieren und deren aktive Mitgestaltung sicherzustellen. In diesem Sinne halte ich es für richtig, dass wir uns bereits jetzt mit dem Trilateralen Wattenmeerplan beschäftigen. Dem SSW sei ausdrücklich gedankt dafür, dass er das Thema jetzt auf die Tagesordnung gebracht hat.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Der Bericht verweist auf die deutlich verbesserte Öffentlichkeitsarbeit im Nationalpark Wattenmeer. Dies ist zu würdigen. Auch Frau Todsens-Reese hat deutlich gemacht, dass das Multimar Wattforum eine touristische Attraktion ist.

(Vereinzelter Beifall)

Was dort geleistet wird, wollen wir hier entsprechend würdigen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Herr Hielmcrone, ich habe das schon öfter gesagt; Sie hören mir nur nicht immer zu, aber diesmal müssen Sie wohl.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Sie waren auch nicht zur Eröffnung da!)

- Ich komme aus der Gemeinde Bäk; der Weg ist ein wenig länger, als er von Ihnen aus Husum ist. Das müssen Sie nachempfinden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wir waren schon da, Herr von Hielmcrone!)

Sie sind auch nicht bei allen kulturpolitischen Veranstaltungen im Kreis Herzogtum-Lauenburg anwesend, nicht wahr?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

41 Einzelprojekte werden im Trilateralen Wattenmeerplan angesprochen, keines ist bis jetzt abgeschlossen worden. Da fragt man sich natürlich, wie gut die einzelnen Projekte ausgesucht worden sind. Offensichtlich ist viel Wünschenswertes dabei und wenig Realisierbares. Es tröstet nicht, dass es Zwischenberichte gibt, Maßnahmen zur Umsetzung mangels Ergebnissen aber noch nicht erforderlich geworden sind. Den Inhalt dieser Zwischenberichte kennen wir auch nicht. Lohnt er der Darstellung nicht? Der Kollege Harms hat zu Recht danach gefragt.

Es beruhigt sehr, dass man sich innerhalb der drei Staaten auf eine **Prioritätenliste** geeinigt hat. Doch wie sieht diese Prioritätenliste tatsächlich aus? Das würden wir gern erfahren. Was habe ich beispielsweise darunter zu verstehen, dass inzwischen auch Dänemark ein Maßnahmenbündel begonnen hat, wie es auf Seite 7 des Berichts heißt, um Schweinswale zu schützen? Wird dort jetzt die Stellnetzfisherei abgeschafft oder werden dort nach der Schutzgebietsausweisung im schleswig-holsteinischen Teil des Wattenmeeres ebenfalls Schutzgebiete eingerichtet? Der Minister hat eben in seinem Redebeitrag etwas dazu gesagt, im Bericht selbst fehlt eine Aussage.

Die F.D.P. hat immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig der **Schutz der Schweinswale** ist, wie wenig Sinn es aber macht, diese Tiere in Schleswig-Holstein zu schützen und sie in dänischen Reusen verenden zu lassen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dies ist ein konkretes Feld, auf dem ein befriedigender Schutz einer Art nur über die Kooperation mit den Nachbarländern erreicht werden kann. Erst der Erfolg eines solchen Projektes führt den Wert der Zusammen-

arbeit auch den zweifelnden Menschen deutlich vor Augen.

Ähnliches gilt auch für Überlegungen, das Wattenmeer als **empfindliches Meeresgebiet** auszuweisen, wie es die Stader Erklärung vorsieht. Ohne Frage braucht ein solch empfindliches Meeresgebiet einen besonderen Schutz. Doch was nützen die besten Absichtserklärungen über gemeinsame Schutzbemühungen, was nützen entsprechende Verträge, wenn es an der konkreten Umsetzung dieser Erklärungen mangelt?

1997 haben wir das in der Stader Erklärung vereinbart. Die Havarie der „Pallas“ hat auf traurige Weise bestätigt, wie wenig eine solche Vereinbarung tatsächlich wert ist. Die **Zusammenarbeit** zwischen **Dänemark und Deutschland** hat schlicht nicht funktioniert. Der damalige Minister Steenblock hat dies hier deutlich gesagt. Bereits mit wechselseitigen Unterrichtungen über die Geschehnisse auf See hat es nicht geklappt. Hier muss sich grundlegend etwas ändern.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke, Frau Fröhlich! - Die Berichte der Kommissionen und Sachverständigen liegen vor; jetzt muss gehandelt werden.

Aussagekräftiger, wenngleich wenig erfreulich, sind die Anmerkungen zur **Finanzierung** einzelner Projekte. Darauf ist eingegangen worden. Für zwei der drei genannten Projekte gibt es zurzeit keine Finanzierung. Es ist zu fragen, warum die entsprechenden Förderanträge an die EU nicht bewilligt wurden. War die Erwartung, Fördermittel zu erhalten, überhaupt realistisch? Normalerweise werden umfangreiche Antragspapiere nur dann erarbeitet, wenn die Bewilligung des Antrages halbwegs realistisch ist.

(Unruhe)

Wir halten es als F.D.P.-Fraktion für falsch, wenn die Landesregierung jetzt im Nachhinein die Novellierung des Nationalparkgesetzes mit der Umsetzung des Trilateralen Wattenmeerplanes begründet. Vom Nationalparkamt ist in der Diskussion um den Trilateralen Wattenmeerplan immer dargelegt worden, dass dieser Plan keine Vorfestlegung im Hinblick auf die Novellierung des Nationalparkgesetzes bedeutet. Entweder dies stimmte nicht oder Ihre jetzige Darstellung ist falsch. Sie müssen sich da entscheiden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir schützen die Natur um ihrer selbst willen!)

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

- Frau Fröhlich, wir halten überhaupt nichts davon, in Fragen des Nationalparks Wattenmeer mit zwei Zungen zu sprechen, den Nutzern zu sagen, die von Ihnen verlangten Einschränkungen beruhen auf dem Trilateralen Wattenmeerplan, und bei den Naturschützern damit zu werben, dass einzelne Regelungen strenger seien, als es der Wattenmeerplan vorschreibt. Dies ist keine Grundlage, um Vertrauen in Regierungshandeln zu erzielen. So wird Misstrauen gesät, und was wir alle an der Westküste brauchen, ist Vertrauen in Politik.

(Beifall in F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Vorbereitungen der trilateralen Wattenmeerkonferenz vor drei Jahren sind nicht so glatt gelaufen, wie man sich das gewünscht hätte, angefangen mit der fehlenden Übersetzung des Vertragstextes bis zur verspäteten Unterrichtung durch den damaligen Umweltminister. Ich hoffe, dass die Vorbereitungen für 2001 besser laufen werden. Herr Minister Müller, Sie haben eine außerordentliche Verantwortung.

(Glocke des Präsidenten!)

- Ich komme zum Schluss. - Es gilt - das wird im Bericht dargestellt -, insbesondere zu überlegen, ob es sinnvoll ist, das **Wattenmeer** als **Weltnaturerbe** zu benennen. Im Bericht wird zwar bereits darauf hingewiesen, dass die Anerkennung als Weltnaturerbe keine neue Schutzkategorie darstellt, sondern nur eine Anerkennung des bestehenden Status bedeutet und entsprechend keine neuen Auflagen erfolgen. Aber wir müssen berücksichtigen, dass jede Einführung einer neuen Schutzkategorie mit sehr viel Bedacht zu erfolgen hat. Das Misstrauen ist groß. Die Feststellung, es würde sich nichts ändern, zieht natürlich die Frage nach sich, warum man es dann macht.

Ich wünsche mir für die Zukunft bessere Berichte von der Landesregierung, konkrete Auskünfte in der Beratung im Ausschuss und eine ergebnisoffene Diskussion in der Vorbereitung der Wattenmeerkonferenz 2001.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW - Claus Ehlers [CDU]: Sehr gut, Christel! - Unruhe)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst drei Vorbemerkungen machen. Die erste Vorbemerkung mache ich als Nordfriesin und ich hoffe hier auf fraktions-

übergreifende Zustimmung. Wir Nordfriesen müssen uns von nichts und niemandem für irgendetwas einholen lassen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Heinz Maurus [CDU])

Wir haben den Nationalpark auch mit uns selber diskutiert und debattiert und wir haben jede Auseinandersetzung durchgestanden, die wir dort durchzustehen hatten. Herr Malerius, da machen Sie uns noch lange nichts vor.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Meine zweite Vorbemerkung richtet sich an Frau Todsens-Reese - da ist Sie. Frau Todsens-Reese, wenn Sie so sehr darauf setzen, dass bei Regierungskonferenzen jeweils die Betroffenen gehört werden, möchte ich fragen - nun ist Frau Todsens-Reese gerade beschäftigt -, wo eigentlich Ihre Aufforderung bleibt, zum Beispiel auch an die rot-grüne Regierung in Berlin, die Betroffenen zur Welthandelskonferenz zu befragen und zu organisieren, dass die sich mit einbringen.

Kurz und gut, ich möchte darauf hinweisen, dass es sich bei der **trilateralen Wattenmeerkonferenz** um eine Regierungskonferenz handelt und hier nur vergleichsweise geringer Platz ist, um Betroffene so ins Gespräch zu bringen, wie wir das umgekehrt bei der Entwicklung des Nationalparkgesetzes tun konnten und auch tun wollten.

(Heinz Maurus [CDU]: Aber genau das steht in der Stader Erklärung!)

- Ja, das steht da drin und das wollen wir ja auch machen. Aber das ist natürlich ein längerer Weg, das ist schwierig und dafür gibt es vergleichsweise wenige Vorbilder. Ich frage zum Beispiel, wo bei der Ostseeregierungskonferenz die Mobilisierung der Betroffenen ist. Das hat in diesem hohen Hause noch niemand gefordert. Ich wollte das nur einmal anregen. Dann sollten wir uns Regierungskonferenzen in Zukunft vornehmen und dazu immer ein Begleitprogramm machen. Ich habe nichts dagegen, das zu tun, und das sollen wir auch machen, aber wir sollten auch auf dem Teppich bleiben. Das ist ein langer Prozess, den man nicht plötzlich entwickelt hat.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Malerius?

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, bitte!

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:** Frau Fröhlich, Sie sagen, dass die Regierungskonferenzen nicht vorbereitet beziehungsweise zu wenig Betroffene dabei seien. Ich möchte Sie daran erinnern - und habe das auch vorhin gesagt -, dass die Betroffenen bei der Stader Erklärung vorher zusammengesessen haben und daraus die Husumer Erklärung entstanden ist. Davor gab es sogar noch die Cuxhavener Erklärung. Also waren die Betroffenen beteiligt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zu Ihrer Frage!

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, das ist ja alles richtig, Herr Malerius. Ich habe Sie verstanden: Sie wollen wissen, ob ich das nicht auch weiß.

(Unruhe)

Ich kann Ihnen sagen, dass ich das weiß, weil ich selbst vor Ort an den Events, Diskussionen und so weiter, die es zum Teil waren, teilgenommen habe. Das ist überhaupt nicht der Punkt. Ich möchte nur sagen: Wenn jetzt bemängelt wird, dass das Ausmaß an Interesse, das Ausmaß an Engagement der betroffenen Bevölkerung nicht immer in gleicher Höhe vorhanden ist, hat das auch damit zu tun, dass üblicherweise Regierungskonferenzen immer ein schwieriges Verfahren haben.

Meine dritte Vorbemerkung, die ich machen will: Es ist hier darauf hingewiesen worden, dass es mangelnde **Absprachen** zwischen **Deutschland** und beispielsweise **Dänemark** gibt. Wir haben uns damit in diesem hohen Haus intensiv beschäftigt. Bei dieser jüngsten Beinahekatastrophe, die nur aufgrund der Windrichtung keine Katastrophe geworden ist - als aus der Ölplattform Unmengen von Öl ausgelaufen sind, die sich dann in die Atmosphäre verflüchtigt haben -, mussten wir wieder einmal feststellen, dass die Kontakte und die Kommunikation zwischen Dänemark und Deutschland nicht befriedigend waren. Das ist in Schleswig-Holstein allerdings auch nur begrenzt zu regeln und da sollte man auch gerecht mit einem Um-

weltministerium umgehen, was hier Landeskompetenzen zu verwalten hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Naturschutz im Wattenmeer** ist heute wieder einmal Thema in diesem hohen Haus. Das ist gut so, denn mit der Novelle des Nationalparkgesetzes im Dezember des vergangenen Jahres ist der Schutz des Wattenmeeres natürlich noch lange nicht unter Dach und Fach. Dennoch - so sagen wir - haben wir als Schleswig-Holsteiner unsere Hausaufgaben für die trilaterale Wattenmeerkonferenz im kommenden Jahr mit der Verbesserung des Nationalparkgesetzes - Frau Happach-Kasan, ich komme nachher noch einmal darauf zurück - bislang ganz gut gemacht.

Der **Wattenmeerplan**, wie ihn die Umweltministerinnen und Umweltminister der Wattenmeerstaaten auf der 8. Trilateralen Regierungskonferenz in Stade unterzeichnet haben, ist für uns eine Selbstverpflichtung, auf die wir uns mit unseren Nachbarn zum Wohle der Natur und der an der Küste lebenden und der die Küste besuchenden Menschen geeinigt haben. So fängt es an und entsprechend geht es weiter.

Wer allerdings an der Küste ständig Misstrauen sät und ständig eine Auseinandersetzung nach dem Motto hoch peitscht: „Leever duad üüs Slaav“, der muss sich nicht wundern, wenn er Misstrauen erntet.

(Zuruf von der CDU)

Misstrauen ist leichter zu entwickeln als Vertrauen. Wenn wir an dieser Stelle zwar verbal der Meinung sind, dass wir die Betroffenen in die Auseinandersetzung immer einbeziehen wollen, sie aber tatsächlich uninformiert und in Panik nur aufeinander loshetzen, dann haben wir nichts getan, um eine vernünftige **Einbindung der Menschen** vor Ort in ein solches Geschehen wie eine Regierungskonferenz befriedigend zu leisten.

Ich will aus den bereits umgesetzten Maßnahmen und Verabredungen des Wattenmeerplanes und der Erklärungen von Stade und Esbjerg nur diejenigen herausgreifen, die mir besonders am Herzen liegen.

Wir haben also endlich den Schutz der **Natur** um ihrer selbst willen im Gesetz als Schutzzweck verankert. Das ist eine Forderung der **Erklärung von Stade**: der Schutz der Natur um ihrer selbst willen. Das haben wir im Nationalparkgesetz verankert. Dazu war das Nationalparkgesetz nach meinem Dafürhalten auch zu ändern, und das haben wir so auch getan. Ich finde, das ist stringenter begründet. Es geht eben nicht nur um monetäre und wirtschaftliche Gründe. Die Natur an und für sich ist ein Gut, das es zu schützen

(Irene Fröhlich)

gilt. Darin sind wir uns hoffentlich - da bin ich mir manchmal nicht so ganz sicher -

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Ha, ha, ha!)

mit unseren dänischen und niederländischen Nachbarn einig. - Wir hier vielleicht eher noch. Auch das ist eine Schwierigkeit der Regierungskonferenzen. Es ist in der Debatte schon deutlich geworden, dass die Niederländer zum Beispiel, was die Muschelfischerei betrifft, deutlich andere Prioritäten setzen und sehr deutlich - wie ich finde - nicht im Sinne des Naturschutzes - jedenfalls nicht in demselben Maße - agieren. Das ist eine Schwierigkeit, die wir hier auch sehen müssen. Es hat doch keinen Zweck zu versuchen, politisches Kapital aus einem Prozess zu schlagen, der außerordentlich komplex ist.

Wir haben immerhin - auch das ist für mich ein wesentlicher Punkt - eine **nutzungsfreie Zone** im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer ausgewiesen. Auch dazu war das Gesetz notwendig und auch das ist ein wichtiger Punkt aus den Erklärungen von Stade und Esbjerg. Auch das Walschutzgebiet war als Projekt bereits im Wattenmeerplan verankert.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Das ist nicht wahr! Nur die Prüfung!)

- Ja, natürlich „zu prüfen“, Frau Todsen-Reese! Aber wenn wir dann zu der Überzeugung kommen, das ist gut, das dient der Natur und den zu schützenden Tieren sowie unserer zu schützenden Lebensumwelt, dann müssen wir das natürlich auch verankern. Da bin ich auch stolz drauf, dass wir als Schleswig-Holsteiner in diesem ganzen Prozess führend vorangehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum sollen wir darauf nicht stolz sein! Warum sollen wir uns nicht darüber auch alle miteinander verständigen und diese Wattenmeerkonferenz - zum Teufel noch mal - in Bewegung bringen und sagen: Hier, wir haben eine Debatte hinter uns und wir wollen jetzt endlich auch - verdammt noch mal -, dass sich die Regierungen bewegen! - Warum sollen wir das nicht tun? Aber wenn wir das natürlich nur parteipolitisch gegeneinander verwenden, dann kriegen wir die hohen Damen und Herren da oben natürlich nicht bewegt. Das sollte uns dann auch nicht wundern.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Der Nationalpark wurde vergrößert. Das alles sind Erfolge, dennoch müssen wir uns deutlich stärker für die Bewahrung eines der wertvollsten Ökosysteme der Erde einsetzen. Um das Wattenmeer langfristig und wirksam zu schützen, ist es unbedingt erforderlich,

auch solche Einflüsse und Entwicklungen einzubeziehen, die außerhalb des derzeitigen Kooperationsgebietes verursacht werden beziehungsweise dort stattfinden. Das betrifft zum Beispiel die Häfen, die Schifffahrt, den Tourismus, die Landwirtschaft und andere industrielle Nutzungen. Verkehrs- und Infrastrukturentwicklungen gehören ebenso dazu wie Schadstoffeinträge. Deshalb ist es nötig, dass die drei **Wattenmeerstaaten** auf ein länderübergreifendes integriertes **Küstenmanagement** hinarbeiten. Dieses muss Naturschutzbelange genauso berücksichtigen wie soziokulturelle und regionalwirtschaftliche Aspekte.

Ein solches Konzept muss allerdings die gesamte Wattenmeerregion einbeziehen und über den Geltungsbereich des heutigen Kooperationsgebietes hinausgehen. So könnten bestehende Naturschutzstandards unterstützt werden und durch eine nachhaltige regionale Entwicklungsperspektive, die beiden gerecht wird, der Natur und dem Menschen, verstärkt werden.

So, ich komme jetzt noch einmal zu den **Beteiligungsmöglichkeiten**. Die fehlen bisher in der trilateralen Zusammenarbeit beziehungsweise sind erst rudimentär vorhanden. Das ist ein von verschiedensten Seiten häufig geäußerter Kritikpunkt, den ich teile. Wir sollten sehen, dass wir dies besser auf den Weg bringen und weiter fördern, als das bisher der Fall ist. Ich glaube, auch dazu kann die heutige Debatte dienen. Ich denke, das werden wir im Ausschuss dann auch weiter beraten.

Gar nicht nachvollziehbar war für mich dagegen damals, 1997, das kleinliche Gezänk um den Trilateralen Wattenmeerplan. Aber das müssen wir vielleicht nicht mehr weiter vertiefen, das ist zum Glück Schnee von gestern. Das lasse ich einmal dahingestellt sein. Ich habe hier auch etwas Eile.

Ich sage noch einmal, wir sollten den Aufbruch, den wir in unserem Land geschafft haben, nicht einschlafen lassen. Wir sollten die gemeinsame Verantwortung stärken und unsere Initiativen dazu bündeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Feddersen.

**Jürgen Feddersen** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Malerius, ich kann Ihre Aufregung ein bisschen verstehen. Es ist ja bitter für euch, dass ihr an der Westküste die Wahlkreise trotz unserer schwierigen Situation verloren habt beziehungsweise nicht gewinnen konntet - ihr hattet sie vorher ja nicht, also deshalb eher „nicht gewinnen“ konntet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welchen denn?)

Ihr habt an der Westküste ganz einfach die Mehrheit verloren. Ihr habt an der Westküste nicht mehr die Mehrheit.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einen einzigen Wahlkreis hat die CDU an der Westküste gewonnen!)

- Zwei, zwei, mein Lieber!

(Zurufe von der CDU)

Wenn das Ergebnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter 3 % fällt, ist das natürlich für sie bitter.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen kann ich die Aufregung auch sehr gut verstehen.

(Zuruf des Abgeordneten Gerhard Poppendiecker [SPD])

Liebe Frau Fröhlich, wenn Sie sagen, wir machten nur Wind und

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Misstrauen!)

- Misstrauen! - jawohl, noch ein Wort, das ich vergessen habe; das ist auch egal -, dann können Sie das zu mir gern sagen. Das macht mir nichts aus. Aber für meine 137 Bürgermeister, deren Vorsitzender ich bin, weise ich das mit aller Schärfe zurück.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Bürgermeister meinen Sie?)

- Ja, alle, parteiübergreifend! Aber dazu komme ich noch.

Auf Antrag von SSW und CDU wurde die Landesregierung aufgefordert, einen **Bericht zum Wattenmeerplan** vorzulegen. Die Antwort war enttäuschend - das haben wir auch schon von vielen Vorrednern gehört -; sie war nicht ausreichend und vor allem auch ohne Selbstkritik. Die Landesregierung hat aus der

Nationalparkdiskussion nichts gelernt. Allein die Präsentation des Syntheseberichts - wenn ich daran zurückdenke - war eine einzige Katastrophe.

Natürlich haben wir in den letzten Jahren eine breite Information und Diskussion geführt, das gebe ich gern zu.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist aber nur passiert, weil wir von der Westküste auch Druck gemacht haben. Ich erinnere nur an die Veranstaltung in Tönning, zu der wir die Ministerpräsidentin und auch die beiden Minister eingeladen hatten; Sie waren auch da. Ich denke auch an das Landräte-Papier. Ohne dies wäre das alles nicht passiert.

Jetzt komme ich zur „Allianz der Westküste“: Dazu gehören 100 Bürgermeister, Amtsvorsteher, Deichgrafen, Schäfer, Fischer und Vertreter weiterer Verbände aus Dithmarschen und aus Nordfriesland. Sie haben parteiübergreifend die Novellierung abgelehnt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Verband!)

Und Sie sprechen immer von „Einvernehmen“. Parteiübergreifend! Sie kommen ja leider nie zum Gemeindegang, wenn ich Sie einlade, Frau Fröhlich. Kommen Sie doch einmal!

(Wilhelm-Karl Malerius [SPD]: Das wurde parteiübergreifend beschlossen!)

Kommen Sie einmal dorthin und hören Sie sich das an. Dann sind Sie auch gut informiert.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

170 Fischkutter von der Westküste, auch aus Hamburg und aus Niedersachsen mit über 1.000 Personen haben vor dem Landeshaus gegen die Novellierung demonstriert.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben ja vorher - ich weiß das von verschiedenen Personen - immer ein bisschen darüber gelächelt und gemeint, wir würden es nicht schaffen. Wir haben es geschafft. Es war schon eine Demonstration.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Feddersen, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Jürgen Feddersen** [CDU]:

Ich weiß, ich bin zu viel auf Ihre Einlassungen eingegangen; deswegen muss ich jetzt zum Schluss kommen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das muss ich noch lernen, aber das werde ich auch noch lernen.

Deshalb heute unsere Forderung an die Landesregierung: Machen Sie endlich Ihren Einfluss geltend und sorgen Sie dafür, dass erstens die Vorlagen in der Muttersprache abgeliefert werden,

(Lars Harms [SSW]: In der Muttersprache?)

dass zweitens ein partnerschaftlicher Dialog unter Einbindung aller Betroffenen, auch der Gemeinden, gewährleistet wird. In Holland ist das möglich.

Drittens: Die Ergebnisse der erarbeiteten Einzelprojekte müssen in der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Viertens: Die Bekanntgabe der Ergebnisse des Workshops in den Niederlanden vom Juni 1999, auf dem Vorschläge zur Verbesserung für die Öffentlichkeitsarbeit über das Wattenmeer erarbeitet wurden, muss erfolgen.

Herr Minister, nehmen Sie die Chance wahr, arbeiten Sie mit uns an der Westküste zusammen! Das wird nicht Ihr Schade sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich habe weitere Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen, die ich nach dem Beitrag des Ministers aufrufen werde. Ich will jetzt allerdings darauf hinweisen, dass wir in der Gefahr sind, auf eine Tagungsunterbrechung hinzusteuern.

Herr Minister Müller, Sie haben das Wort.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Einige Fragen aus der Debatte will ich kurz aufgreifen beziehungsweise beantworten.

Vorweg geschickt: Mir scheint hier ein Missverständnis vorzuliegen. Wir sind hier nicht in einem internen Arbeitsprozess des Umweltministeriums, bei dem ich Leute anweisen könnte, etwas zu tun, zu einem bestimmten Zeitpunkt zu bestimmten Ergebnissen zu kommen. Wir reden hier vielmehr von einer internationalen Konferenz, von einem Prozess, der auf eine

**Konferenz** abgestellt ist, die im Herbst des kommenden Jahres stattfinden wird. Es gehört nun einmal zu den Eigenschaften dieser Konferenzen - erkundigen Sie sich bitte in Berlin bei Ihren Außenpolitikern, die damit etwas länger beschäftigt sind -, dass Sie die Leute nicht verpflichten können, zu einem bestimmten Termin konkrete Ergebnisse vorzulegen. Darum müssen sie ringen. Die Kollegin Fröhlich und der Kollege Malerius haben darauf hingewiesen, dass es unterschiedliche Interessen in diesem Diskussionsprozess gibt. Das bitte ich bei der Beurteilung dieses Berichtes, des Zwischenberichts, ein Stück weit zu honorieren.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das, was ich deutlich zurückweisen möchte, ist der **Vorwurf mangelhafter Beteiligung**.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe mich gerade noch einmal schlau gemacht, weil ich ja diesen Prozess erst seit acht Wochen begleite. Aber das Umweltministerium hat in den Kuratorien, hat in den Umweltausschüssen und auf der Westküstenkonferenz von Herrn Feddersen über den Prozess der trilateralen Wattenmeerkonferenz berichtet. Das heißt, den Vorwurf, die Leute wüssten davon nichts, muss ich zurückweisen; der ist schlicht falsch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

Mit Verlaub: Dann müssen Sie die richtigen Leute fragen, die damit beschäftigt sind.

Sie haben uns vorgeworfen, dass wir nicht alles aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt hätten. Das tut mir herzlich leid. Ich bin gern bereit, dann, wenn Sie bereit sind, die Ansätze meines Einzelplans so zu erhöhen, dass ich zwei Dolmetscher einstellen kann, das zu gewährleisten. Dann habe ich kein Problem damit, das zu tun.

Nur - mit Verlaub -: Bei einer internationalen Konferenz, die nun einmal in englischer Sprache arbeitet - ich glaube, wir haben keinerlei Anspruch hier im Haus, dass diese Konferenz auf Deutsch abläuft -, müssten wir jedes Zwischenergebnis ins Deutsche übersetzen lassen. Dass wir das tun können, kann ich nicht garantieren. Ich werde mich aber darum bemühen - ich sage Ihnen das auch gern zu -, im Rahmen

(Minister Klaus Müller)

unserer Möglichkeiten die wichtigen Zwischenergebnisse und - wenn es irgendwie geht - auch die wichtigen Endergebnisse im Vorgriff auf die Konferenz im Herbst 2001 den Kolleginnen und Kollegen, die das gern auf Deutsch hätten, bereitzustellen. Doch auch dazu will ich darauf hinweisen, dass internationale Konferenzen leider nicht immer auf die Terminpläne des Landtages Rücksicht nehmen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maurus?

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Nein. Weil ich befürchte, dass das - anders als in Berlin - meiner Redezeit nicht gutgeschrieben wird, tut mir das herzlich leid; denn es gibt noch zwei Fragen, die ich beantworten möchte.

Zum Stichwort „**Interregionale Kooperation**“! Wir haben dort genau den gegenteiligen Vorwurf bekommen. Als das Umweltministerium angeboten hat, dort mitzuwirken, haben uns die Landkreise darauf hingewiesen, das doch bitte sein zu lassen,

(Beifall des Abgeordneten Wilhelm-Karl Malerius [SPD])

weil sie das anders verstehen, nämlich auch als ihr Gegengewicht, ihren Akzent in dieser Debatte. Das Umweltministerium kann nicht zugleich auf zwei Hochzeiten tanzen, nämlich mit dem Bundesumweltminister zusammen die eine Position vertreten und mit den Landkreisen die andere.

Der letzte Satz! Frau Happach-Kasan, Sie sagen mir, Umweltschutz -, **Naturschutzpolitik** müsse positiv verkauft werden. Wenn Sie das so sagen, haben Sie meiner Rede leider nicht zugehört. Meine Rede war voll positiver Beispiele, wo wir in Schleswig-Holstein kooperativ zusammenarbeiten. In dem Sinne - so glaube ich - sind wir da gar nicht so weit auseinander. Ich wünschte mir, dass Sie das auch anerkennen würden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Sie sind damit einverstanden, wenn wir den Bericht zur abschließenden Beratung dem Fachausschuss überweisen? - Wer so beschließen will, den bitte ich

um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 14 auf:

**Heizöl als Kraftstoff für die Land- und Forstwirtschaft**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/127

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/159

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Damit kommen wir zur Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Ehlers. -

Meine Damen und Herren, wir müssen ein bisschen Gas geben, wenn wir noch mit der Tagesordnung durchkommen wollen.

**Claus Ehlers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dank einer für schleswig-holsteinische landwirtschaftliche Betriebe höchst unbefriedigenden Kompromisslösung werden wir eine Neuregelung des Erstattungsverfahrens beim **Agrardiesel** bekommen, die erneut zu einer Wettbewerbsbenachteiligung führt. Ich will an dieser Stelle nicht die hinreichend bekannten Zahlen etwa hinsichtlich der Zusatzbelastung, die nur sehr geringen Entlastungen über die Lohnnebenkosten und anderes mehr anführen. Ich will auch nicht verkennen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen angesichts der schwierigen Haushaltslage im Bund und im Land Einsparungen hinnehmen müssen.

Mit dem Antrag der CDU wollen wir dieses Thema im Landtag aufgreifen und nicht sang- und klanglos an uns vorübergehen lassen. Dafür ist dieses Thema - das gilt insbesondere für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft - zu wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich habe ich wahrgenommen, dass die Landtagsmehrheit unserem Antrag nicht folgen wird. Da mache ich mir überhaupt keine Illusionen.

Ich bedauere sehr, dass diejenigen der Mehrheitsfraktion, die immer wieder beteuern, an der Seite unserer Landwirtschaft zu stehen, die Haare in der Suppe nicht gesehen haben oder nicht sehen wollten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es geht nicht allein um einen erneuten Wettbewerbsnachteil gegenüber Dänemark, Frankreich oder den Niederlanden und neuerdings auch gegenüber Österreich, sondern es geht auch um die **Gerechtigkeit**



(Claus Ehlers)

gegenüber anderen Energieverbrauchern in Deutschland.

Die stationäre Produktion erhält Heizöl und Gas zu den üblichen Steuersätzen. Dies wird nur der Landwirtschaft verwehrt, weil ihre Produktionsmaschinen zwangsläufig mobil sein müssen. Die Unternehmen erhalten die benötigte Energie steuerbegünstigt, aber nur der landwirtschaftliche Unternehmer wird schlechter gestellt.

Diese Tatsache gewinnt nur dann einen Funken an Logik, wenn man davon ausgeht, dass der Landwirt mit seiner Familie im Urlaub auf dem Mährescher in den Schwarzwald fährt und die Bäuerin mit dem Heuwender ihre Wäsche trocknet.

(Heiterkeit)

Beides dürfte jedoch extrem selten vorkommen.

Ich spreche daher hier nicht über die Einführung einer neuen Subvention für die Landwirtschaft, sondern über die **Gleichstellung** mit anderen Produktionszweigen. Und das ist absolut berechtigt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall bei der F.D.P.)

Ich bedauere sehr, dass die Verantwortlichen sowohl bei der SPD wie auch bei den Grünen diese einfachen Zusammenhänge bisher nicht verstanden haben oder weiterhin die Landwirtschaft als Steinbruch für die Sanierung der Haushalte betrachten.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist das! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Gasölbeihilfe war ein wichtiges Instrument zum Ausgleich besonderer Belastungen der Landwirtschaft. Diese sollen künftig nach dem Willen von SPD und Grüne nur noch teilweise ausgeglichen werden.

Die Auswirkungen der Neuregelung, so zum Beispiel der feste Steuersatz, der die weiteren Schritte der Ökosteuern bereits beinhaltet, müssen nicht gebetsmühnenhaft wiederholt werden. Rot-Grüne können es wenden, wie sie wollen - es ist eine ungerechte und deutlich höhere Belastung für die Landwirtschaft. Und die Veränderungen zum Erhalt eines Teils der Steuervergünstigungen sind ebenfalls keine positiv zu wertenden Errungenschaften, sondern bleiben, was sie sind: eine Verdummung und Benachteiligung für unsere gesamte schleswig-holsteinische und deutsche Landwirtschaft.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort zu seinem ersten Redebeitrag in diesem unserem Landtag Herrn Abgeordneten Fuß.

**Wolfgang Fuß [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Kollege Ehlers, wir stehen an der Seite der Landwirtschaft. Das werden Sie gleich erkennen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Das werden Sie nämlich daran erkennen, dass die Informationskanäle zwischen Ihnen und der Landwirtschaft offensichtlich nicht so ganz störungsfrei verlaufen, jedenfalls nicht so störungsfrei, wie sie laufen sollten. Ich will versuchen, meinen Beitrag - vor dem Hintergrund der Zeitökonomie - kurz zu halten. Deswegen nur folgende Anmerkungen.

Erste Anmerkung! Auch **Landwirte** - in der Gleichstellung mit anderen Bereichen, wie die **gewerbliche Wirtschaft** - zahlen den ermäßigten Steuersatz, was die **Ökosteuern** betrifft.

Zweite Anmerkung als Hinweis zum Antrag der F.D.P., an meine Kollegen! Die **Mineralölwirtschaft** wie der **Bauernverband** lehnen die Intention, die Sie mit Ihrem Antrag verknüpft haben, gerade ab. Das wird begründet damit, dass einerseits die Kosten der Logistik, die aufzubauen wären, zu hoch sind, und andererseits die Erreichbarkeit in strukturell benachteiligten Gebieten nicht vorhanden ist. Wenn man dies also trotzdem machte, wäre Ihr Antrag kontraproduktiv, weil er sicherlich zur Erhöhung der Preise führen würde. Das könnte gar nicht im Interesse der Bauern sein. Deshalb wird dies auch so abgelehnt - nachzulesen im „Bauernblatt“ vom 27. Mai diesen Jahres.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritte Anmerkung! Wer die **Wettbewerbsbedingungen** der Landwirtschaft beurteilen will, sollte dies sinnvollerweise in der Gesamtheit tun und sich nicht allein den Bereich des Agrardiesels herausgreifen. Dies gilt insbesondere für die vergleichende Betrachtung von Regelungen im europäischen Bereich. Der damalige Landwirtschaftsminister Klaus Buß hat bereits im März bei der Agrarministerkonferenz in Memmingen eine Initiative gestartet, die das Ziel hat, zunächst einmal die vergleichenden Bedingungen aufzuarbeiten und dann die endgültige Zielsetzung, Wettbewerbsgleichheit da, wo es in der Europäischen Union eben nur machbar ist, herzustellen. Dies

**(Wolfgang Fuß)**

scheint mir in der Tat für die SPD-Fraktion ein unterstützenswerter Weg zu sein.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Vierte Anmerkung! Wir haben auf Bundesebene inzwischen eine **Kompromisslösung**. Sie beinhaltet immerhin, dass die Landwirtschaft in drei Jahresritten eine Erstattung nach Verbrauch bekommt und in der Endstufe, im Jahr 2003, in Höhe von 35 Pf/l Diesel nach Verbrauch. Dieses Paket - ich gestatte mir den Hinweis - macht ein Gesamtvolumen von 700 Millionen DM aus.

(Claus Ehlers [CDU]: Vorher habt ihr 50 weggenommen!)

- Ich komme gleich darauf, Herr Ehlers! Ich verstehe, dass Sie erregt sind. Allerdings habe ich meine Zweifel, wer denn nun für die Landwirtschaft spricht. Wenn Sie im „Bauernblatt“ vom 27. Mai nachlesen, sehen Sie, dass dort steht, dass der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, die Entscheidung, über die wir hier heute reden, die auf Bundesebene getroffen wird, begrüßt hat und ausdrücklich als eine Erledigung einer langjährigen Forderung des Bauernverbandes bezeichnet hat. Von daher kann ich Ihnen nur empfehlen, sich einmal mit ihm in Verbindung zu setzen. Im Sinne der Zeitökonomie wäre es sicherlich besser gewesen, Sie hätten Ihre beiden Anträge gar nicht erst gestellt oder zurückgezogen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Vorbildlich! - Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Fuß, ich möchte Sie doch ein bisschen korrigieren. Ich meine schon, dass diese Anträge richtig gestellt sind und auch wichtig sind für die Landwirtschaft in unserem Land.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der **Kompromiss**, der auf **Bundesebene** getroffen worden ist, ist schlecht. Er macht den Agrardiesel für Landwirte dreimal so teuer wie den seiner Konkurrenten in den übrigen Ländern. Dies ist eine Wettbewerbsverzerrung.

(Claus Ehlers [CDU]: So ist das!)

Da kann man überhaupt nicht drum herumreden.

Herr Fuß, ich finde es gut, dass Sie das „Bauernblatt“ gelesen haben. Ich wünsche mir, dass die linke Seite dieses Hauses das öfter tut, zum Beispiel bei der Frage der Rapssaat, über die wir gestern gesprochen haben. Da wäre es sinnvoll gewesen, werter Kollege Wodarz, wenn auch Sie das „Bauernblatt“ gelesen hätten. Vielleicht leihen Sie sich einmal von Herrn Fuß ein Exemplar aus; es macht Spaß, darin nachzugucken.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aufgrund der Tatsache, dass unsere **Landwirte** immer noch einen dreimal höheren Preis für **Diesel** bezahlen als ihre Konkurrenten in den anderen Bundesländern, schlagen wir eine andere Lösung vor. Wir stimmen der Lösung der CDU deswegen nicht zu, weil wir meinen, dass eine Kontrollierbarkeit gegeben sein muss. Werter Kollege, es ist zwar so, dass man mit dem Heuwendler die Wäsche nicht trocknen kann, aber mit Diesel kann man auch Mercedes fahren. Das ist alte Praxis gewesen. Von daher sind wir der Meinung, dass es zur Unterbindung von Missbrauch eingefärbter Agrardiesel sein soll. Es gibt auch andere Lösungen als diejenigen, die die Mineralölwirtschaft vorgeschlagen hat, die in der Tat zu einer Verteuerung führen würden. Von daher bleiben wir bei unserem Änderungsantrag und bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nun erteile ich dem Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU ist durch die Zeit schon erledigt.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Nein, er ist nicht erledigt! - Widerspruch bei der CDU)

Wenn er nicht durch die Zeit erledigt wäre, wäre er durch die gesetzlichen Vorschriften erledigt. Denn das, was Sie vorhaben, ist gesetzlich nicht möglich.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wenn Sie sich einmal ein bisschen mit dem Emissionsschutzrecht beschäftigt hätten, wüssten Sie, dass - -

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

**(Rainer Steenblock)**

- Sie haben hier gestern eine Ökosteuerdebatte geführt. Ich will gar nicht auf alle Details eingehen. In dieser Debatte ist unter anderem gesagt worden, dass wir doch emissionsarme Kraftstoffe bräuchten. Das, was Sie hier vorschlagen, nämlich **Heizöl** als **Kraftstoff** einzuführen - bei den hohen Schwefelraten, die im Heizöl enthalten sind -, gerade da, wo landwirtschaftliche Maschinen unterwegs sind,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sie haben keine Ahnung!)

ist ein ökologischer Unfug - neben dem ökonomischen Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es wäre emissionsschutzrechtlich auch überhaupt nicht genehmigungsfähig. Deshalb müssen Sie, wenn Sie solche unsinnigen Vorschläge machen, auch einmal die gesetzlichen Rahmenbedingungen eruieren.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Frau Happach-Kasan, Ihr Vorschlag ist natürlich einer, der auf Misstrauen gegenüber der ländlichen Bevölkerung basiert. Ich halte es für falsch, so da heranzugehen. Ich halte auch die Bürokratie, die damit verbunden ist, für überflüssig.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Deshalb ist so ein Antrag auch sehr viel schlechter als die Regelung, die mittlerweile mit Zustimmung des Bauernverbandes gefunden worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Deshalb glaube ich, die Bundesregierung ist in den Konsensgesprächen mit der **Mineralölindustrie**, mit dem **Bauernverband**, die vor zwei Wochen abgeschlossen worden sind, auf einem guten Weg. Wir sollten das von Schleswig-Holstein aus unterstützen und nicht die Debatte mit verqueren Vorschlägen belasten. Das würde zu Irritationen gerade im ländlichen Raum führen. Wir haben eine Einigung mit den Berufsvertretern der Bauern gefunden.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist die schlechtere Lösung!)

Das ist gut so.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie vorschlagen, ist ökologischer Unfug. Lassen Sie uns doch gemeinsam einen Weg suchen, wie wir vielleicht sogar etwas Positives finden können,

Herr Jensen-Nissen! Ich stelle mir für die Zukunft vor, dass gerade das, was wir immer unter dem Thema „Biodiesel“ diskutieren, eine Lösungsmöglichkeit für die Landwirtschaft sein kann. Denn die landwirtschaftlichen Maschinen, die zu Recht einen geringeren Steuersatz haben

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- es wäre ungerecht, ihnen den Wegekostenanteil an der Mineralölsteuer anzulasten, weil sie häufig nicht auf den Straßen, sondern im Gelände unterwegs sind -, brauchen Schmier- und Treibstoffe, die besonders umweltfreundlich sind.

Deshalb ist **Biodiesel** ein vernünftiger Antriebsstoff aus der Region für die Produktion in der Region. Lassen Sie uns daher nicht Heizöl, sondern Biodiesel als Kraftstoff für landwirtschaftliche Maschinen propagieren und die steuerrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wäre im Einklang mit dem, was wir auf Bundesebene im Rahmen der Ökosteuerreform wollen. Wir wollen die biogenen Treib- und Schmierstoffe im Rahmen eines Markteinführungsprogramms stärken. Dafür stehen 20 Millionen DM zur Verfügung. Dieses Geld muss erhöht werden. Dann könnten wir zu einer Lösung kommen, die dem ländlichen Raum, der Umwelt und der Ökonomie der Betroffenen dienen würde. Das wäre vernünftig. Das, was Sie vorschlagen, ist viel zu kurz gegriffen, unökologisch und in der Perspektive auch unökonomisch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte aus Zeitgründen nicht das Richtige wiederholen, was Herr Steenblock gesagt hat, und auch nicht das Richtige wiederholen, was Herr Fuß gesagt hat.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und auch nicht das Falsche wiederholen, was die anderen gesagt haben!)

- Das Falsche auch nicht, nein! Aber ich möchte darauf hinweisen, dass auch die „wahre Mitte“ das

**(Lars Harms)**

„Bauernblatt“ liest und die Äußerung von Herrn Gerd Sonnleitner gelesen hat, der im „Bauernblatt“ darauf hingewiesen hat, dass er und der Bauernverband auf diese Regelung, die jetzt geschaffen wurde, hingearbeitet haben, die deren Wunsch ist.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist das erste Mal in meinem Leben, dass ich höre, dass sich die CDU Wünschen der Bauern verschließt.

(Heiterkeit bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht noch weiter.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Harms, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan?

**Lars Harms [SSW]:**

Ja.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Dann haben Sie das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:** Ist Ihnen bekannt, Herr Kollege, dass der erste Wunsch des Bauernverbandes natürlich gewesen ist, die alte Regelung von 1998 beizubehalten?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Dazu kannst du nichts sagen!)

**Lars Harms [SSW]:**

Doch! - Das ist mir bekannt. Aber das ganze Leben ist ein Kompromiss.

(Heiterkeit)

Um es kurz zu fassen: Das Bestreben der CDU-Fraktion im Ursprungsantrag ist - die F.D.P.-Fraktion hat sich daran angehängt -, auf einseitige Art und Weise darlegen zu wollen, dass unsere Landwirte im Vergleich zu ihren ausländischen Kollegen benachteiligt werden. Das ist nach meiner Meinung eine Verfälschung der Tatsachen.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Wenn wir schon einen Vergleich anstellen, dann sollte es doch ein **Gesamtvergleich** sein, der sich nicht nur

auf einen kleinen Teilbereich der Benzinkosten bezieht.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Die unterschiedliche Entfernung zu den Märkten beispielsweise müsste EU-weit dann auch einmal berücksichtigt werden. Für einen portugiesischen Landwirt ist der Weg zum mitteleuropäischen Markt - dort, wo die Leute wohnen - viel weiter als für einen deutschen Landwirt.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Die Einkommensteuer, die in Deutschland übrigens gesenkt wurde und wird, ist in anderen europäischen Ländern ganz anders geregelt. Die Mehrwertsteuerbelastung auf die Produktionsverfahren zu Hause, die zufälligerweise in Dänemark wesentlich höher ist als hier, müsste man - bitte schön! - auch einmal berücksichtigen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Das sind nur wenige Beispiele, die man noch weiter ausführen könnte und die Anlass geben sollten zu überlegen, einen Gesamtvergleich anzustellen und sich eben nicht nur mit einem winzig kleinen Teilbereich zu befassen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Richtig! Ich halte die Anträge von F.D.P. und CDU wieder einmal für einen unkontrollierten und krampfhaften Schnellschuss - das ist heute, glaube ich, bereits der dritte - gegen die Ökosteuern, die ich, nebenbei gesagt, lieber eine Rentensicherungssteuer nennen möchte. Sie hat ihren Sinn. Sehen Sie das langsam einmal ein. Es ist vernünftig, es so zu handhaben. Ersparen Sie uns solcherlei Art von Anträgen. Es ist langsam langweilig.

(Beifall bei SSW, S.P.D., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Ministerin Franzen das Wort.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der **Antrag der CDU-Opposition** ist im wesentlichen mit dem Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

vom 15. Februar identisch. Damals war er vielleicht noch sinnvoll. Die Übermittlung hat bei Ihnen ein bisschen gedauert, denn wie meine Vorredner bereits gesagt haben, ist die Zeit darüber hinweg; die Würfel sind gefallen und - meine Damen und Herren, ob es Ihnen gefällt oder nicht - alle sind zufrieden.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Nein!)

Ich zitiere - -

(Widerspruch bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Sie können schreien, so lange Sie wollen, Herr Jensen-Nissen! Ich zitiere den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, den ich inzwischen auch kennen gelernt habe. Er hatte jede Möglichkeit, hier in Schleswig-Holstein noch einmal zu protestieren.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Ich zitiere ihn wörtlich: Er begrüße die Entscheidung, für die sich der Verband nachhaltig eingesetzt habe; der Beschluss sei umgehend umzusetzen. Das ist die Meinung des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes. Auch Herr Steensen sagte hier in Schleswig-Holstein nichts anderes.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Es scheint mir, dass Sie, Herr Ehlers, einfach nur ärgerlich darüber sind, dass es Bundesminister Funke, der ja nun von Gewicht ist - politisch und auch sonst -, gelungen ist, hier einen erfolgreichen Kompromiss bei dem harten Hans Eichel hinzukriegen. Dass das nicht so leicht ist, wissen Sie.

In der Sache will ich bestätigen, was Herr Steenblock bereits gesagt hat. **Heizöl** mit hohem Schwefelgrad einzusetzen, ist im Hinblick auf die Emission nicht zu verantworten und auf unseren Äckern und im **ländlichen Raum** ökologisch völlig unverantwortlich. Da hätten Sie vielleicht einmal mit den Ökologen aus der eigenen Fraktion sprechen müssen. Dass es mit 1,3 Milliarden DM jährlich nicht zu finanzieren ist, ist eine Nebendebatte.

Natürlich gibt es in der **EU** Unterschiede in der **Besteuerung**. Das wissen wir auch. Deshalb ist diese erneute Subvention auf drei Jahre begrenzt mit dem Ziel, die EU-Sachen zu harmonisieren. Das wissen wir sehr wohl. Aber Sie müssen nicht nur die Besteuerung, sondern auch die Gesamtsituation betrachten. Da sage ich als Landwirtschaftsministerin dieses Landes - hier diskutieren wir ja nun in Schleswig-Holstein -: Wir haben mit einem durchschnittlichen Unternehmensgewinn von 67.500 DM eine gut arbeitende und funktio-

nierende Landwirtschaft in Schleswig-Holstein. Dieser öffentlichen Berichterstattung aus meinem Agrarbericht hat übrigens niemand widersprochen.

(Glocke des Präsidenten)

Fakt ist, dass das Gesetz bereits im Entwurf vorliegt,

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

dass wir einen Steuersatz von 80 auf 57 Pfennig senken, das sind über 25 %. Wir machen die Erstattungsverfahren verbrauchsgerecht bei der Zollverwaltung. Auch das ist etwas, was der Bauernverband - und zwar der schleswig-holsteinische - explizit gefordert hat. Schnacken Sie einmal mit Herrn Steensen. Dann wissen Sie das. Sie brauchen nicht nur das „Bauernblatt“ zu lesen. Das gibt es hier ja.

Zum **Antrag der F.D.P.-Fraktion** möchte ich sagen, auch er ist mit Zitaten aus dem „Bauernblatt“ zu widerlegen. Der **Bauernverband** hat sich genau wie die **Mineralölwirtschaft** dafür eingesetzt,

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

dass wir nicht mit der Einfärbung von **Agardiesel** anfangen. Beide Verbände befürchten hohe Kosten für notwendige Logistik sowie mögliche Versorgungsprobleme in klein strukturierten, abgelegenen Gebieten. Das ist Schleswig-Holstein! Wenn Sie das nicht wissen, dann reisen Sie mal ein bisschen herum.

(Beifall bei der SPD - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Ja!)

Man sieht an Ihrer Haltung, dass Sie sich das ein bisschen leicht gemacht haben, oder aber der Antrag kam ein bisschen spät. Es ist der Versuch der Miesmacherei. Ich sage hier einmal ganz selbstbewusst, was das bundesweit für die Landwirtschaft bedeutet: 2001 ergibt es eine Verbesserung von 460 Millionen DM, 2002 von 580 Millionen DM, 2003 von 700 Millionen DM. Auch die Landwirte in Schleswig-Holstein sind in der Endstufe im Jahr 2003 mit 33 Millionen DM dabei.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist Schmarren, den Sie da erzählen!)

Jetzt erwidere ich Ihnen einmal als eine der Fachministerinnen, die im Moment in Chefgesprächen sind - der Haushalt wird Ihnen ja wieder nicht gut genug sein, Sie würden hier in Schleswig-Holstein ja alles besser machen -:

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Hätten wir auch gemacht!)

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

Bei diesen Beträgen

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen  
[CDU])

komme ich wirklich ins Schwimmen, weil ich sehe, was in Berlin umzusortieren möglich war und was wir uns hier zu sparen mühen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen  
[CDU])

Ziel wird es sein, auf europäischer Ebene die Harmonisierung der Besteuerung für die Arbeiten in der Landwirtschaft voranzutreiben.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ehlers?

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Nein, ich habe nur noch 25 Sekunden Zeit. Herr Ehlers, danach können Sie ja wieder loslegen.

Bis zur europäischen Regelung ist die Einführung eines ermäßigten Steuersatzes ein gangbarer Weg. Wir unterstützen diese Marschroute der Bundesregierung und sind stolz auf das, was von Minister Funke geschafft worden ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich danke allen Rednerinnen und Rednern für die Zeitdisziplin. Sogar der Frischling hat sich daran gehalten.

(Heiterkeit)

Die Beratung ist geschlossen.

Ich habe keinen Antrag auf Ausschussüberweisung gehört. Also haben wir in der Sache abzustimmen. Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/159, vor. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist gegen die Stimmen der F.D.P. abgelehnt worden.

Ich stelle den Ursprungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/127, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 5:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und F.D.P.

Drucksache 15/157

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/162

Die Fraktionen haben sich verständigt, diese beiden Gesetzentwürfe ohne Aussprache den zuständigen Ausschüssen, federführend dem Sozialausschuss, zu überweisen. Wird Mitberatung beantragt? - Das ist nicht der Fall. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir einstimmig so beschlossen, meine Damen und Herren!

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/117

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir sollten diesen Gesetzentwurf zur federführenden Beratung dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens in Norddeutschland**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/124

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Auch hier schlage ich vor, den Gesetzentwurf zur federführenden Beratung dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

**Entsendung von sechs Abgeordneten in den Beirat der Landesentwicklungsgesellschaft**

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/85

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD  
Drucksache 15/104

Ich schlage Ihnen vor, offen über die Wahlvorschläge insgesamt abzustimmen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werde ich so verfahren.

Ich lasse also über die Wahlvorschläge insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Wahlvorschläge sind einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 22:

**Verfassungsschutzbericht 1999**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/108

Wir wollen den Verfassungsschutzbericht ohne Aussprache dem zuständigen Fachausschuss, also dem Innen- und Rechtsausschuss, überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

**Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsangelegenheiten**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/20

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/92

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/122

Wir wollen auch hier ohne Aussprache abstimmen, und zwar über die Beschlussvorlage des Ausschusses. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Tagung angelangt. Der Beginn der nächsten Tagung des Landtags ist auf den 12. Juli, 10:00 Uhr, festgesetzt.

Ich wünsche Ihnen schöne Pfingstfeiertage.

Die Tagung ist geschlossen.

(Beifall)

**Schluss: 18:05 Uhr**